

b&w

bildung & wissenschaft
Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg



7-8
2024

TITELTHEMA
**SPRACH-
FÖRDERUNG**

In Kita und Schule

Lehrkräfteeinstellung 2024
Viele Stellen bleiben unbesetzt

GEW Thüringen
Kann die AfD das
Kultusministerium erobern?

GEW

IM
**RUHE-
STAND?**

NEU IM RUHESTAND? MELDE ES DER GEW!

Allen, die jetzt ihre Berufstätigkeit beenden, empfehlen wir, weiterhin als Mitglieder im Ruhestand in der GEW zu verbleiben. Denn da spricht vieles dafür!

WEITERHIN

- unterstützt ihr so die gewerkschaftlichen Interessen aller im Bildungsbereich Beschäftigten
- erhaltet ihr Informationen und Serviceleistungen der GEW

ZUSÄTZLICH

- gibt es vielfältige Angebote in den Kreisen, Bezirken und im Land für die Mitglieder im Ruhestand.
- erhaltet ihr die Zeitschrift **AKTIVER RUHESTAND**
- reduziert sich der Beitragssatz für die GEW-Mitgliedschaft

ABER: Das geht nur, wenn ihr euch ummeldet unter:
datenpflege@gew-bw.de
Von allein, weiß das die GEW nicht.

**Also, genießt euren Ruhestand und
seid weiter aktiv im Leben und in der GEW!**

Margot Littwin und Gunter Krieger
Vorsitzende im Team der Mitglieder im Ruhestand (MiR)

PS: Auch das weiß die GEW nicht... Wer im neuen Schuljahr

- mehr oder weniger arbeitet,
- vom Vorbereitungsdienst in den Schuldienst wechselt,
- versetzt oder abgeordnet wurde,
- Abteilungsleiter*in oder Schulleiter*in wurde,
- oder, oder, oder...

**BITTE
MELDEN**
datenpflege@gew-bw.de

Foto: Andreas Stephany



Monika Stein,
Landesvorsitzende

Eine sinnvolle Vorlage für eine neue Sekundarschule

Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,

der Unterschied zwischen der Bildungspolitik unserer Landesregierung und dem Vorgehen der Gruppe, die mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung am 14. Juni in Stuttgart ein Konzept für die Neue Sekundarschule vorgestellt hat? Es lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Die Ersteller*innen des Konzeptes haben die Expertise von Wissenschaft, Praxis und Schulträgern eingeholt und berücksichtigt und die Interessen und das Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt gestellt.

Im Gegensatz dazu hat unsere Landespolitik lange versucht, nichts zu verändern. Dann hat sie sich von den Interessen einer lauten und sehr gut vernetzten Lobby treiben lassen, den lauen Kompromiss aus dem Koalitionsvertrag „keine Strukturveränderungen“ über Bord geworfen und hektisch die ersten Änderungen für die Umgestaltung des Gymnasiums zu G9 und einige Änderungen für die anderen Sekundarschulen verkündet. Diese sollen in Rekordgeschwindigkeit umgesetzt werden, ohne dass durch Gründlichkeit Fehler vermieden und durch achtsame Einführungen diejenigen mitgenommen werden können, die das umsetzen sollen. Das Ganze, ohne die wissenschaftliche Expertise mit einzubeziehen, die es in Baden-Württemberg zur Genüge gibt. Und das, obwohl das Bürgerforum zu G9 mit übergroßer Mehrheit eine ganzheitliche, schulartübergreifende Schulreform empfohlen hatte.

Wir müssen der Initiative sehr dankbar sein, dass sie dieses Konzept vorgelegt hat. Die GEW wird sich gründlich und kritisch-konstruktiv damit auseinandersetzen. Sie können in diesem Heft (Seite 12) dazu erste Berichte und Einschätzungen finden. Dem Kultusministerium und allen Bildungspolitiker*innen kann ich eine gründliche

Auseinandersetzung nur sehr ans Herz legen. Hier wird nicht laut für eine Sache getrommelt, sondern in aller Ruhe für eine sinnvolle und umfassende Reform unserer Schullandschaft im Sekundarbereich 1 geworben. Und dies nicht aus Eigennutz, sondern zum Besten für unsere Kinder und Jugendlichen. Die GEW wird bei der gründlichen Auseinandersetzung natürlich auch auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in dieser neuen Sekundarschule achten.

Diskussionsbedarf hat die GEW sicherlich bei den Themen verbindliche(re) Grundschulempfehlung und auch verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte. Dennoch ziehe ich ein insgesamt positives Resümee nach der ersten Auseinandersetzung mit der Expertise.

Vor allem sollte dem Kultusministerium und der Landesregierung zu denken geben: in diesem Vorschlag wird ein vierjähriger Vorlauf empfohlen, um das Konzept gründlich auf den Prüfstand stellen zu können, Erprobungen durchzuführen und in aller Ruhe und ohne Hektik, ohne Arbeitsüberlastung und daraus resultierend eventuell Flüchtigkeitsfehlern die schulgesetzlichen und untergesetzlichen Änderungen vornehmen zu können. Das benötigt zwar mehr Geduld und ist damit ein Projekt, das über eine Legislaturperiode hinausreicht. Aber dieses Zugeständnis sollten uns und unseren Vertreter*innen im Landtag und dieser und der künftigen Regierung unsere Kinder und Jugendlichen wert sein.

Herzliche Grüße

Ihre

Monika Stein



Foto: imago

TITELTHEMA
20 SPRACH-FÖRDERUNG
 In Kita und Schule



38 GEW-Fachtagung
 Was Schulsozialarbeit leisten kann und was nicht



12 Schulstruktur Baden-Württemberg
 Vorschläge für eine Neue Sekundarschule



40 Schulbesuch in Grundschule
 Anschauungsunterricht für politische Entscheider*innen

In dieser Ausgabe

TITELTHEMA SPRACHFÖRDERUNG IN KITA UND SCHULE

- 20 Stufenweiser Aufbau
in vier Jahren**
- 22 Kommentar: Kein großer Wurf**
- 27 Herausforderungen
und Gelingensfaktoren**

Aus der Arbeit der GEW

- 8 Außerordentliche Landes-
delegiertenversammlung (LDV)**
Was für die Bildung wichtig ist
- 11 Personalratswahl im
außerschulischen Bereich**
Zwei Wahlen, zwei Erfolge
- 38 GEW-Fachtagung**
Was Schulsozialarbeit
leisten kann und was nicht
- 40 Schulbesuch in
Mannheimer Grundschule**
Anschauungsunterricht für
politische Entscheider*innen

Aus-, Fort-, Weiterbildung

- 47 Honorarlehrkräfte für DaF/DaZ**
Dozent*innen der VHS Stuttgart
erhalten bezahlten Urlaub

Arbeitsplatz Schule

- 12 Schulstruktur
Baden-Württemberg**
Vorschläge für eine
Neue Sekundarschule
- 18 Grundschulempfehlung**
Ein Instrument zur Lenkung
der Schüler*innen
- 33 Lehrkräfteeinstellung 2024**
Viele Stellen bleiben unbesetzt
- 48 Gesundheitstag**
Anträge lohnen sich

Gesellschaft

- 43 GEW Thüringen**
Kann die AfD das
Kultusministerium erobern?
- 45 Gleichstellungspolitik in
Baden-Württemberg**
Auf neuen Wegen

Rubriken

- 3 Editorial**
- 6 Aktuell**
- 7 Glosse**
- 50 Kurz berichtet**
- 52 GEW vor Ort**
- 52 Jubilare**
- 56 Totentafel**
- 57 Lesebrief**
- 57 Termine**
- 58 Impressum**

Titel: Prostock-Studio/iStock

Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe:
19. August 2024

GRUNDSCHRIFT IN GRUNDSCHULEN ZULÄSSIG
Manchmal geht es auch vorwärts

Lateinische Ausgangsschrift:

Niklas schreibt eine Geschichte.

Vereinfachte Ausgangsschrift:

Niklas schreibt eine Geschichte.

Grundschrift:

Niklas schreibt eine Geschichte.

Ab dem Schuljahr 2024/25 darf die Grundschrift in den Grundschulen wieder genutzt werden. Das bedeutet, dass die Grundschrift neben den bekannten und zulässigen Ausgangsschriften, der Lateinischen Ausgangsschrift und der Vereinfachten Ausgangsschrift, wieder zulässig ist.

Im Dezember 2016 hatte Kultusministerin Susanne Eisenmann die Grundschrift als „verbundene Schrift“ untersagt. Groß war die Frustration an den Grundschulen, die die Grundschrift als Konzept eingeführt, Materialien bestellt und Fortbildungen besucht hatten. Davor war die Grundschrift in 16 Schulen erprobt worden. Evaluiert wurden die Ergebnisse nie. Die beteiligten Schulen meldeten aber zurück, dass die Grundschrift vielen Kindern den Weg zu einer leserlichen Handschrift erleichtere. Sie müssten nach der Druckschrift nicht auch noch die Vereinfachte oder Lateinischen Ausgangsschrift lernen. Diese Schriften würden langwierige Übungsphasen ohne merklichen Lernzuwachs erfordern. So bliebe mehr Zeit für andere Inhalte des Deutschunterrichts. Siehe: www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/guter-weg-zu-einer-personlichen-handschrift.

Da die Entscheidung über die Ausgangsschrift gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 Konferenzordnung die Gesamtlehrerkonferenz trifft, ist jede Schule autonom in ihrer Entscheidung. Die Schulkonferenz wird hierzu nach § 47 Abs. 4 Nr. 1 a) Schulgesetz angehört.

Die GEW freut sich, dass der langjährige Einsatz der Grundschulexpert*innen der GEW im Kultusministerium Gehör gefunden hat und die Grundschrift wieder eingesetzt werden darf. (siehe auch: „Wie Kinder gut lesbar und flüssig schreiben lernen“, S. 30 in b&w 05 / 2015)

Die GEW wünscht sich weitere mutige Entscheidungen! Beispielsweise, dass der Schulversuch zur lernförderlichen Leistungsrückmeldung (früher: Schule ohne Noten) nach einer fundierten Evaluation aus dem Versuchsstadium genommen wird. ■

Ricarda Kaiser

stellvertretende Landesvorsitzende

Die Grundschrift

ist eine handgeschriebene Druckschrift, die von einer Expert*innengruppe des Grundschulverbands ab 2005 entwickelt wurde: <https://grundschulverband.de/grundschrift/>

Glosse Dr. Reich-Ranicki und Mr Karasek

Ich habe mir auf dem Flohmarkt das Buch „Lauter Verrisse“ von Marcel Reich-Ranicki gekauft. Reich-Ranicki war der aufbrausende und wortgewaltige Papst der Literaturkritik! Bekannt war er für seine eloquent formulierten Verrisse literarischer Werke, die man stets schadenfreudig lächelnd gelesen hat. Richtig berühmt geworden ist er aber erst durch die Fernsehsendung „Das literarische Quartett“. Vier Literaturkritiker sprachen über vier Bücher. Eigentlich hat man die Sendung weniger wegen der Bücher angeguckt, sondern um zu hören, wie Reich-Ranicki genüsslich mit seiner von ganz hohen, in sehr tiefe Töne fallenden Sprachmelodie und seinem Zungen-R seinen Hauptantagonisten Hellmut Karasek maßregelt und in ungeduldig tadelndem Tonfall raunt: „Aber HeRRR KaRRRaseKK!“

Während der Lektüre von Reich-Ranickis „Verrissen“ habe ich die Lernentwicklungsberichte (LEB) für meine Klasse geschrieben. Vielleicht war das ein Fehler. Bei jedem Satz hatte ich Reich-Ranickis (RR) Stimme im Ohr. Und das ist blöd, denn die LEB müssen positiv formuliert werden. Immer, wenn ich im



RR-Stil schreiben wollte: „Seine Aufsätze sind stilistisch kaum zu ertRRRagen und inhaltlich vollkommeneRR Sülz, warum diesäRR Mensch überRRhaupt einen Stift zuRR Hand nimmt, ist miRR mithin ein RRRätsel!“ Dabei ist mir aufgefallen, wie wohlthuend es sich anfühlt, alles rauszulassen. Endlich mal ehrlich sein! Es gibt ja so Kolleg*innen, die meinen: „Ich sage es einfach, wie es ist, nützt ja nichts, drumrum zu reden.“ Das sind die pädagogischen Reich-Ranickis.

Ich habe dann nach meinem Grundschulzeugnis gekramt. Und dort hat meine Grundschullehrerin in wunderschöner Handschrift geschrieben, dass

es mir „immer wieder gelingt, mich über kurze Zeiträume hinweg zu konzentrieren“ und dass ich „im Zahlenraum von 1 bis 100 im Laufe des Schuljahres immer weniger Fehler gemacht habe“. Und komischerweise hatte meine Grundschullehrerin, wenn ich ihre Sätze las, die sanfte Stimme von Hellmut Karasek. Sie war freundlich, ehrlich und trotzdem ermutigend.

Und da war ich froh, dass nicht RR mein Zeugnis geschrieben hat. Der hätte geschrieben: „DiesäRR Jens lümmelt in seiner Bank heRRRum, als hätte eRR keine Knochen und guckt dabei als wäRRre eRR geRRade eRRst aufgewacht, waRRum seine ÄlteRRn überRRhaupt denken, eRR könnte soetwas wie Bildung in sich aufnehmen – es ist miRR ein RRätsel!“ Das wäre zwar ehrlich und irgendwie auch wahr gewesen, aber was für eine Klatsche! Ich glaube, ich wäre nie wieder in die Schule gegangen.

Als ich an meinen Schreibtisch zurückgekehrt bin, fühlte ich mich ein bisschen wie Dr. Reich-Ranicki und Mr Karasek. Für die LEBs beschloss ich, der pädagogische Hellmut Karasek zu sein.

Jens Buchholz

ARBEITSZEITERFASSUNG

Landesregierung muss handeln – die GEW will mitgestalten

Längst ist klar, dass alle Arbeitgeber verpflichtet sind, die Arbeitszeit zu erfassen, um die Beschäftigten vor gesundheitsgefährdenden Arbeitszeiten zu schützen – auch an Schulen. Doch die Länder spielen auf Zeit. Auch die Landesregierung in Baden-Württemberg ignoriert bisher die Urteile des EuGHs und des Bundesarbeitsgerichts, die klargestellt haben, dass auch bei den Lehrkräften die Arbeitszeit erfasst werden muss.

Die GEW steht für Gespräche mit der Landesregierung zur Umsetzung der Arbeitszeiterfassung an den Schulen bereit. Die Grundpositionen der GEW zur Arbeitszeiterfassung, mit denen die GEW in Gespräche mit dem Kultusministerium (KM) gehen möchte, sind klar. Das zentrale Ziel der Arbeitszeiterfassung ist die Begrenzung der Arbeitszeit und damit der Gesundheitsschutz. Die

Erfassung darf nicht der Leistungs- und Verhaltenskontrolle dienen. Erfasst werden müssen nur Anfang, Ende und Pausen. Zur Erfassung selbst braucht es ein einfaches und manipulationssicheres elektronisches System. Die Personalräte müssen eng in die konkrete Ausarbeitung und die Umsetzung der Arbeitszeiterfassung eingebunden sein.

Damit die Landesregierung und vor allem das Kultusministerium die Verweigerungshaltung aufgibt und in Gespräche zur Arbeitszeiterfassung mit der GEW eintritt, wird die GEW im nächsten Schuljahr die Arbeitszeit und die Erfassung der Arbeitszeit zu einem Schwerpunktthema ihrer Arbeit machen.

Das KM drückt sich vor der Arbeitszeiterfassung, weil dann die vielen Überstunden und die hohe Arbeitsbelastung sichtbar würden. Der Nutzen wäre groß.

Hochschulen

Vergleichbar zu den Schulen ist auch die Lage im Wissenschaftsbetrieb. Während dort in der Verwaltung die Arbeitszeit erfasst wird, arbeiten die Wissenschaftler*innen ohne Arbeitszeiterfassung. Zumindest die Wissenschaftler*innen unterhalb der Professur sind rechtlich zur Zeiterfassung verpflichtet. Diese Pflicht darf das Wissenschaftsministerium nicht länger ignorieren. Die Arbeitszeit würde sichtbar und leichter eingrenzbar. ■

Farina Semler und Martin Schommer

AG Arbeitszeit

Weitere Informationen:

Wer Fragen, Anregungen, Erfahrungen mit der Zeiterfassung hat, oder in der AG Arbeitszeit mitmachen möchte, bitte per E-Mail melden: arbeitszeiterfassung@gew-bw.de
Siehe auch: www.gew-bw.de/arbeitszeiterfassung

AUSSERORDENTLICHE LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG (LDV)

Was für die Bildung wichtig ist

Die Satzung der GEW musste angepasst werden. Anlass war eine Änderung im Ehrenamtsstärkungsgesetz. Daher trafen sich Anfang Juli mehr als 200 Delegierten in der Stadthalle Sindelfingen zu einer außerordentlichen Landesdelegiertenversammlung (LDV). Die Veranstaltung wurde auch genutzt, um über aktuelle gewerkschafts- und bildungspolitische Themen zu diskutieren.



Im Ehrenamtsstärkungsgesetz wird neu geregelt, wie Ehrenamtliche in Organisationen wie der GEW für ihren Aufwand entschädigt werden können. Damit die GEW diese Vergütungen rechtssicher bezahlen kann, war eine Satzungsänderung nötig.

Es blieb bei den Diskussionen aber nicht bei diesem eher formalen Antrag. Die Delegierten sprachen sich unter anderem deutlich gegen die von der FDP geforderte Einschränkung des Streikrechts aus. Auch die klare Positionierung der GEW gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus hielt Einzug in einen Antrag, dem die Delegierten zustimmten. Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Stärkung der sozialpädagogischen Berufe waren ebenfalls Inhalte von Anträgen und engagierten Diskussionen.

Podiumsdiskussion

Herzstück des Tages war die Podiumsdiskussion zur Frage „Was braucht unser Bildungssystem bis 2031?“ mit Kultusministerin Theresa Schopper, dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und früheren Kultusminister Andreas Stoch, und der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein.

Alle finden die frühkindliche Bildung, gute Lern- und Bildungschancen in den Grundschulen, Bildungsgerechtigkeit und insgesamt gute Bildung wichtig. Doch wenn es darum geht, die hehren Ziele mit Leben zu füllen, wird es schwammig bis unverbindlich. Und ganz schnell landet die Diskussion bei G8/G9. Was bedeutet ein zusätzliches Jahr am Gymnasium für das ganze System? Die Kultusministerin lässt durchblicken, dass sie G9 lieber nicht eingeführt hätte, doch der Druck sei von vielen Seiten groß gewesen. „Gegen G9 habe es keine



- 01** Friederike Samba-Ehrlich (Referentin Schopper), Theresa Schopper (Kultusministerin), Marcel Bürkle (Referent Stoch), Andreas Stoch (SPD-Chef), Monika Stein
- 02** Anja Hanke und Ricarda Kaiser moderieren die Podiumsdiskussion
- 03** Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne)
- 04** Monika Stein und Andreas Stoch
- 05** Elke Imbery (Grundschule), Dominik Steiner (Realschule), Verena König (Gymnasium), Roland Theophil (Gemeinschaftschule), David Warneck

Welle gegeben“, sagt sie. Die SPD ist auch für G9, auch wenn Andreas Stoch das so deutlich nicht sagt. Mit der Wiedereinführung von G9 sei gut, dass die Bildungsstruktur auf neue Beine gestellt werde und die Diskussion weitergehe. „Wir brauchen gute Wege für alle Kinder auf allen Schularten“, bekräftigt er. Wer will das nicht?

Auch die Kultusministerin sagt: „Es stimmt nicht, dass wir nur das Gymnasium im Blick haben. Wir wollen alle Sekundarschulen attraktiv halten.“ Das neue Konzept einer unabhängigen Arbeitsgruppe zur Neuen Sekundarschule (siehe Seite 12) habe sie angeschaut und sie finde den Weg gut. Diese Einschätzung teilt Stoch. „Ich bin dankbar für den Vorschlag“ sagt er, „weil er neben den Gymnasien einen Weg für eine geordnete Struktur der Schulen bietet, die für Lehrkräfte und Eltern anschlussfähig sind.“

Schopper verweist immer wieder auf äußere Zwänge und den Koalitionspartner CDU: „Wir arbeiten nicht im luftleeren Raum“, revolutionäre Ansätze seien nicht durchsetzbar. Auch die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung ließe sich nicht verhindern. „Ich hätte sie nicht gebraucht“, räumt Schopper ein. Den Vorschlag der Landesregierung, den Schulen in der Sekundarstufen nur über Verbände Veränderungen zu ermöglichen, hält Stoch für einen typischen Formelkompromiss von Grünen und CDU. „Das führt zu einem Flickenteppich“, lautet sein Fazit. „Mit G9 haben die Lautesten gewonnen“, sagt Monika Stein. Sie plädiert nun dafür, dass die Neuentwicklungen nicht übers Knie gebrochen wird. „Nehmen Sie sich Zeit für ein gutes Konzept“, sagte sie an die Kultusministerin gerichtet. Es sei in der kurzen Zeit bis zur Sommerpause nicht möglich, alle



- 06** Bärbel Etzel-Paulsen wird für ihre langjährige und sehr engagierte Tarifarbeit und ihren Einsatz für die Frauen geehrt. Die GEW überreicht ihr die Hans-Böckler-Medaille des DGB.
- 07** Hans Maziol, Michael Hirn, Doro Moritz (ehemalige GEW-Landesvorsitzende)
- 08** Präsidium der LDV leitet durch die Veranstaltung. Von links: Jens Björn-Arndt, Andrea Wagner, Katya von Komorowski, Matthias Linke und Thomas Reck

Maßnahmen von der Sprachförderung, über die Mittelverteilung des Startchancenprogramms, Abschaffung des Werkrealabschlusses, die neue verbindliche Grundschulempfehlung und G9 so zu regeln, dass alles gut funktioniert. „Nehmen Sie die Menschen mit“, appellierte sie. Und Stein betonte, dass die Befürworter*innen des neunjährigen Gymnasiums in der GEW keinesfalls wollen, dass G9 auf Kosten der anderen Schularten eingeführt wird. „Wir hätten einen Schulfrieden gebraucht“, sagt Stein und spielt damit auf die eine parteiübergreifende Bildungsallianz an, die durch das Vorpreschen der grün-schwarzen Landesregierung gescheitert ist. Klare und konkrete Vorstellungen, was für die Bildung in den nächsten Jahren wichtig wäre, haben die Delegierten bei der Aussprache formuliert: Den Bildungstopf größer machen, Ethik ab Klasse 1, Gymnasien auch beim Startchancenprogramm beteiligen, Inklusion zu einem

Zukunftsmodell ausbauen, die Regeln für die Schulkindergärten erneuern, bessere Kooperation zwischen Kita und Schule, Konzepte, dass ausgebildete Kitafachkräfte nicht das Feld verlassen. Die Delegierte haben deutlich darauf hingewiesen, dass frühkindliche Bildung etwas anders ist, als das Konzept der Landesregierung zur Sprachförderung im letzten Kita-Jahr. Die GEW erwartet, dass den Kindern über mehr und besser qualifiziertes Personal in den Kitas ermöglicht wird, wesentlich früher, ganzheitlich und alltagsintegriert gute sprachliche Kompetenzen zu erwerben. (Siehe auch Titelthema ab Seite 20) Ein sehr erfreulicher Abschluss der LDV war eine Spendensammlung unter den Delegierten. Für die GEW-Stiftung „Fair Childhood“ kamen 1.251 Euro zusammen. ■

Maria Jeggle
Redakteurin b&w

**GEWÄHLT
HPR asB
ÖPR ZSL**

PERSONALRATSWAHL IM AUßERSCHULISCHEN BEREICH

Zwei Wahlen, zwei Erfolge

Mitte Juni wurden der Hauptpersonalrat für den außerschulischen Bereich (HPR asB) und der Örtliche Personalrat am ZSL (ÖPR ZSL) gewählt. Im Hauptpersonalrat hat die GEW/Verdi-Fraktion die Mehrheit zurückerobert und im ÖPR ZSL ausgebaut. Ein toller Erfolg!



Foto: privat

CHRISTINA HORN

Die Schulpsychologin wurde zur neuen Vorsitzenden des HPR asB gewählt.



Foto: Elke Ihde

SABINE KIRSCHBAUM

Die Fachberaterin am ZSL wurde wieder zur Vorsitzenden des ÖPR ZSL gewählt.

Im HPR asB war die Ausgangslage schwierig. Nach der Wahl 2019 war die GEW mit einer klaren Mehrheit in die Arbeit gestartet. Im Januar 2022 ging der damalige Vorsitzende Martin Morgen in den Ruhestand. Bei der Neuwahl haben eine Beamtin und zwei Arbeitnehmerinnen überraschend von der GEW/Verdi-Fraktion zum Beamtenbund gewechselt. Mit der neuen Mehrheit wurde eine Kollegin des Beamtenbunds zur Vorsitzenden gewählt. Deshalb ist es ein toller Erfolg, dass die Kandidat*innen der GEW in diesem Jahr 8 der 15 Sitze der Beamt*innen erhalten haben. GEW und Verdi haben beide Sitze der Arbeitnehmer*innen gewonnen.

Zur neuen Vorsitzenden des HPR asB wurde Christina Horn (Schulpsychologin) gewählt. Martin Hug (Hausmeister) ist der stellvertretende Vorsitzende. Carmen Glockner (Beratungslehrerin) und Frieder Harzer (Seminar Freudenstadt) leiten die GEW/Verdi-Fraktion.

GEW/Verdi-Sitze im außerschulischen Bereich

HPR 10 von 17
ÖPR ZSL 17 von 27
BPR ZSL 8 von 11

Auch bei der Wahl des ÖPR ZSL gab es für die GEW Grund zur Freude. Die bisherige Mehrheit der GEW/Verdi-Fraktion (13 von 25 Sitzen) wurde ausgebaut. Die neue Fraktion hat jetzt 17 von 27 Sitzen. Die bisherige Vorsitzende Sabine Kirschbaum (Fachberaterin und Referentin am ZSL) wurde wiedergewählt. Cornelia Müller (Außenstelle Esslingen) ist die stellvertretende Vorsitzende. Alexander Chucholowski (Fachberater Unterricht) ist ein weiteres Mitglied im vierköpfigen Vorstand

und leitet zusammen mit Ute Cardinal von Widdern (Fachberaterin Schulentwicklung) die GEW/Verdi-Fraktion.

Der HPR asB vertritt die Interessen der knapp 11.000 Kolleg*innen im Kultusministerium, in den Regierungspräsidien und Staatlichen Schulämtern, in den Schulen in Trägerschaft des Kultusministeriums (z.B. SBBZ mit Internat), anderen zentralen Einrichtungen wie dem IBBW, den Seminaren und dem ZSL.

Der ÖPR vertritt die Interessen der rund 6.000 Kolleg*innen, die ganz oder teilweise für das ZSL arbeiten: Kolleg*innen in der Verwaltung der Zentrale, der Regionalstellen und der Außenstellen, Referent*innen, Fachberater*innen, Fachbetreuer*innen, Fortbildner*innen, Schulpsycholog*innen und Beratungslehrer*innen.

Ein Wermutstropfen war die Wahlbeteiligung. Beim HPR asB haben nur 32 Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ausgeübt. Beim ÖPR ZSL waren es nur 27 Prozent.

Mit der Wahl der beiden Gremien wurden jetzt alle Personalräte im außerschulischen Bereich neu gewählt. Bereits im Dezember wurden die Örtlichen Personalräte an den Seminaren und der BPR am ZSL gewählt. Auch im BRP ZSL war die GEW erfolgreich: Dort hat die GEW/Verdi-Fraktion 8 von 11 Sitzen.

Mit der Mehrheit in allen drei Personalräten kann sich die GEW im zentralen Bereich der Schulverwaltung der Ausbildung, Fortbildung und Beratung, kompetent und stark einmischen. Und das ist auch gut so: Die Kolleg*innen im asB tragen bei den intensiven politischen Bestrebungen zu Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen eine hohe Verantwortung und eine hohe Arbeitsbelastung. Die nächsten Wahlen für den asB sind im Jahr 2029 geplant. ■

Michael Hirn

stellvertretender GEW-Landesvorsitzender

SCHULSTRUKTUR BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorschläge für eine Neue Sekundarschule

Mitte Juni 2024 stellte eine Gruppe aus Wissenschaftler*innen, Schulleitungen, Schulverwaltung und Schulträgern mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung ein Konzept für eine Neue Sekundarschule vor. Ziel war, Lösungen zu drängenden Problemen der Schulstruktur in Baden-Württemberg zu finden und zur Diskussion zu stellen. Eine Zusammenfassung für die b&w.

„Der Arbeitsvorschlag ist das Ergebnis zahlreicher Treffen, in denen wir – teilweise in kontroversen Diskussionen – um stichhaltige Argumente und bestmögliche Lösungen aus den verschiedenen Sichtweisen rangen.“

Unsere zwölköpfige Gruppe besteht aus Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen sowie Schulleiter*innen aller Schularten in Baden-Württemberg und ebenso aus Akteuren der Schulverwaltung und Vertretern der Schulträger. Wir haben uns zu Beginn des Jahres 2024 gegründet, als ersichtlich wurde, dass die Regierungskoalition den Weg zum neunjährigen Gymnasium (G9) frei machen würde und sich damit bereits vorhandene

Probleme, vor allem in den nicht gymnasialen Schularten, noch weiter verschärfen. Das von der Landesregierung begleitend zur Reform eingerichtete Bürgerforum votierte mehrheitlich dafür, vor einer Umstellung auf G9 auch die Auswirkungen auf die anderen Schularten zu prüfen und eine gerechte Aufteilung der Gelder für alle Schularten anzustreben. Dies sahen wir als Auftrag. Eine offizielle Beauftragung lag nicht vor. Für uns war leitend, die Probleme und mögliche Lösungen anhand verschiedener Expertisen zu diskutieren.

Der Arbeitsvorschlag ist das Ergebnis zahlreicher Treffen, in denen wir – teilweise in kontroversen Diskussionen – um stichhaltige Argumente und bestmögliche Lösungen aus den verschiedenen Sichtweisen rangen. Er ist dem Ziel verpflichtet, die Arbeitsergebnisse in eine größere gesellschaftliche Diskussion zu überführen.

Analyse der aktuellen Schulstruktur

Im Frühjahr 2024 wurde von der Regierungskoalition die (Wieder-)Einführung von G9 zum Schuljahr 2025/26 beschlossen. Nach Ansicht vieler Expert*innen führt dies voraussichtlich zu höheren Übergangszahlen von der Primarstufe in das Gymnasium und erhöht die Attraktivität des Gymnasiums. Damit stehen nicht nur die Gymnasien vor inhaltlichen, personellen und räumlichen Herausforderungen. Weit mehr führt G9 auch zu weitreichenden Implikationen für die Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen als den Schularten der sogenannten zweiten Säule. Ebenfalls sind bedeutsame Auswirkungen auf die Grundschulen zu vermuten, weil mit der Rückkehr zum G9 auch die Wiedereinführung der verbindlichen



Foto: Liudmila Chemetska/istock

Die Neue Sekundarschule ist eine inklusive Schulart.

„Die sozialen und pädagogischen Herausforderungen, die auf das Schulsystem einwirken, betreffen weit überproportional die nicht-gymnasialen Schularten.“

Grundschulempfehlung einhergehen wird. Mit ihr sollen die Schüler*innenströme besser gelenkt werden.

Die sozialen und pädagogischen Herausforderungen, die durch Lehrkräftemangel, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, vielfältige psychische und ökonomische Belastungen der Familien sowie Flucht und Migration auf das Schulsystem einwirken, betreffen weit überproportional die nicht-gymnasialen Schularten. Gerade diese Schularten konkurrieren in jedem Jahr aufs Neue um die

die Einführung des G9, so ist begründet zu vermuten, weiter verschärfen. Die Gesamtarchitektur der gegliederten Schulstruktur kommt damit in eine Schieflage.

Konstruktive Änderungsvorschläge

Der Vorschlag zielt darauf, die bisherigen Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen zu einer neuen Schulart, der Neuen Sekundarschule, zusammenzufassen. Die Mitglieder unserer Arbeitsgruppe sehen in einem zweigliedrigen Schulsystem aus Gymnasium und Neuer Sekundarschule einen gangbaren Weg, um den Problemen konstruktiv zu begegnen.

Folgende Kernmerkmale schlagen wir vor:

Die Neue Sekundarschule ist eine inklusive Schulart, die an den Stärken der bisherigen Schularten ansetzt und diese weiterentwickelt. Sie bietet alle Abschlüsse an: Den ersten Schulabschluss zum Ende der 9. und 10. Klassenstufe, den mittleren Abschluss nach der 10. Klassenstufe und die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife zum Ende der 13. Klassenstufe. Diese kann entweder in eigenen Oberstufen, in gemeinsamen Oberstufen oder in Kooperation mit den etablierten beruflichen Gymnasien absolviert werden. Damit hält die Neue Sekundarschule individuelle Entwicklungsverläufe von Schüler*innen offen, was besonders für Kinder und Jugendliche mit Benachteiligungen wesentlich ist.

Die Neue Sekundarschule ist als verbindliche Ganztagschule

konzipiert, um allen Kindern unabhängig ihrer Voraussetzungen den gleichen Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu gewähren. Damit wird fehlendes kulturelles Kapital benachteiligter Familien kompensiert. Wir schlagen deshalb einen gebundenen Ganztags an drei oder vier Tagen pro Woche vor, der rhythmisierte Angebote in der Balance von lernbezogenen und freizeitbezogenen Angeboten ermöglicht.



Foto: Pexic/istock

*Die Neue Sekundarschule hält individuelle Entwicklungsverläufe von Schüler*innen offen.*

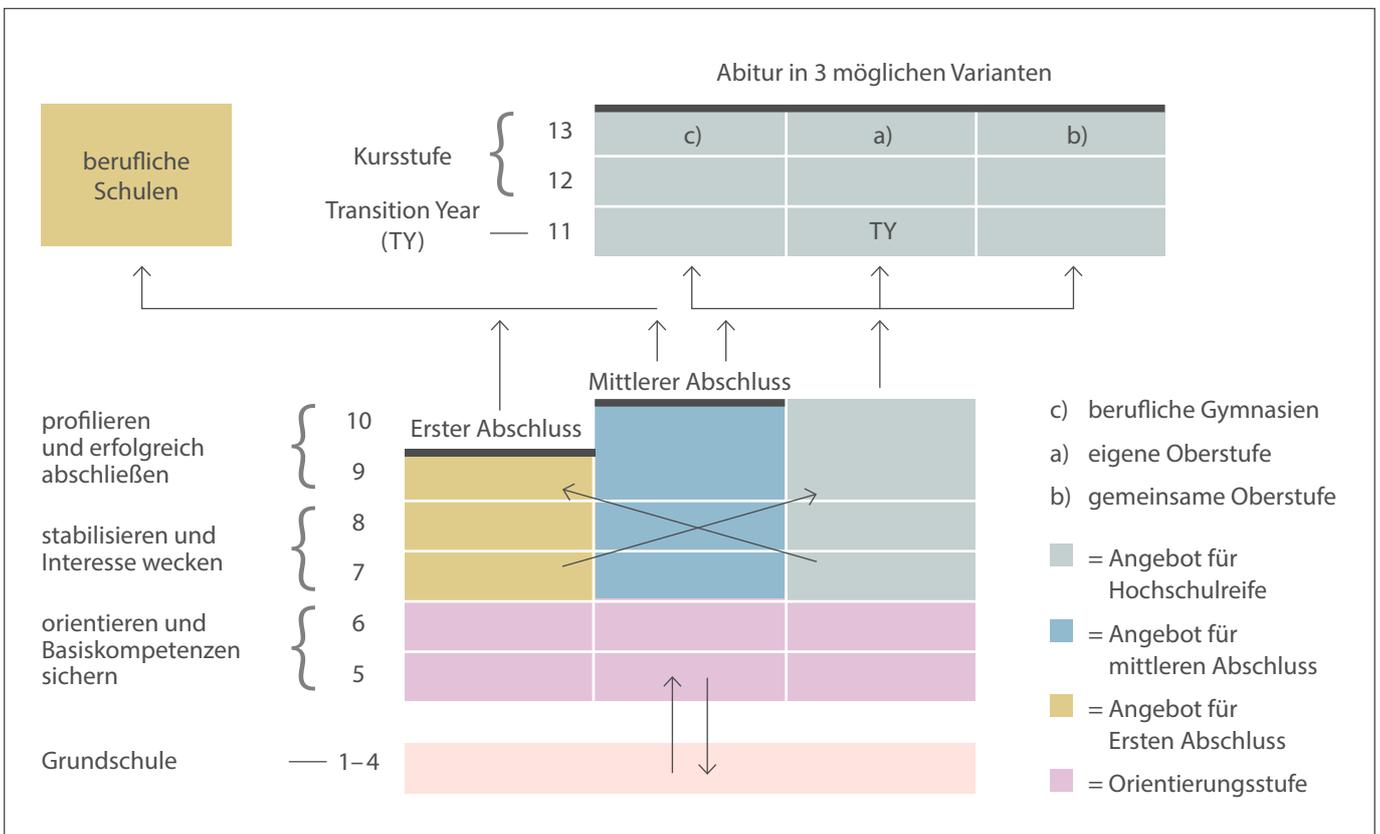
mittleren bis leistungsstärkeren Schüler*innen, die sie brauchen, um zu einer ausbalancierten Heterogenität in den Klassenstufen zu kommen. Sie sind auch am meisten vom akuten Lehrkräftemangel betroffen.

Insgesamt führten die Entwicklungen schon in den letzten Jahren zu strukturellen Ungleichheiten zwischen dem Gymnasium einerseits und den weiteren Schularten in der Sekundarstufe andererseits. Diese Probleme werden sich durch

„Zur Erreichung ihrer Ziele ist die Neue Sekundarstufe auf eine sehr gute personelle und sächliche Ausstattung angewiesen.“

Der professionelle Umgang mit Heterogenität ist ein konstitutives Merkmal der Neuen Sekundarschule. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der individuellen Unterstützung und Lernbegleitung, der die Zusammenarbeit von multiprofessionellen Teams erfordert. An der Neuen Sekundarschule arbeiten aus verschiedenen Professionen zusammengesetzte Teams konzeptbasiert, teamorientiert und dauerhaft zusammen. Neben Lehrpersonen gehören weitere Professionen dazu, z.B. Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Personal für Digitalisierung, Gesundheitsfachkräfte und andere mehr.

„Stabilisieren und Interesse wecken“ in der 7. und 8. Klassenstufe ist der Entwicklung der Jugendlichen in der Pubertät und Adoleszenz verpflichtet. Hier sollen die erworbenen Kompetenzen stabilisiert und über ein vermehrt interessengeleitetes Lernen in einem Spektrum an Fächern und Themenfeldern Selbstwirksamkeitserwartungen angebahnt werden. In den Klassenstufen 9 und 10 erfolgt eine Entscheidung für das Profil „Zukunftsorientierung in Berufsfeldern“ oder ein „Gymnasiales Profil“. Mit der Wahl der Profile sind fachspezifische Schwerpunktsetzungen für gelingende Abschlüsse verbunden.



Abbildung

Hierzu ist die Neue Sekundarstufe in drei Bildungsabschnitte mit unterschiedlichen Zielausrichtungen gegliedert (vgl. Abbildung):

Im ersten Bildungsabschnitt „Orientieren und Basiskompetenzen sichern“, der die Klassenstufen 5 und 6 umfasst, stehen ein gelingendes Ankommen und die Sicherung von Basiskompetenzen, gerade vor dem Hintergrund äußerst unterschiedlicher Voraussetzungen, im Mittelpunkt. Ein Sitzenbleiben ist in diesen Klassen nicht möglich. Der Bildungsabschnitt

Der Fächerkanon der Neuen Sekundarstufe orientiert sich an den Festlegungen der Kultusministerkonferenz, enthält aber darüber hinaus ein durchgängiges Fach, das digitalisierungsbezogene Kompetenzen in allen Klassenstufen aufgreift und vertieft. Berufs- und arbeitsweltbezogene Angebote ab der 5. Klassenstufe bieten eine konzeptionell strukturierte, verbindliche und altersgerechte Berufsorientierung, die den Jugendlichen die Möglichkeiten einer dualen Ausbildung und der anschließenden betrieblichen

Weiterbildung in der Gleichwertigkeit mit einer akademischen Berufsausbildung aufzeigt. Für diese Aufgaben werden Kooperationsfachkräfte qualifiziert. Die Neue Sekundarstufe realisiert einen anspruchsvollen adaptiven und differenzierten Unterricht, der vom Ineinandergreifen von instruktiven und konstruktiven Phasen geprägt ist. Hierzu werden bewusst keine spezifischen didaktischen Konzepte vorgeschlagen, vielmehr sollen bestehende adaptive und qualitativ gestaltete Konzepte von Werkrealschulen, Realschulen oder Gemeinschaftsschulen genutzt und weiterentwickelt werden. Während der Arbeitsprozess für jüngere Schüler*innen noch einer umfangreicheren Strukturierung unterliegt, kommt er in den höheren Klassen dem zunehmenden Autonomiestreben junger Menschen in dieser Altersstufe entgegen. Auf die individuelle Unterstützung der Lernenden wird besonderen Wert gelegt und digitale Werkzeuge werden hierfür herangezogen. Ziffernoten und äußere Differenzierung sind ab Klassenstufe 7 möglich, aber nicht verbindlich vorgeschrieben. Eine individuelle Lernbegleitung und Lernberatung erstrecken sich über die gesamte Sekundarstufe. Die Stärkung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ist aus Sicht der

Arbeitsgruppe notwendig, aber die derzeit favorisierte Lösung „2 aus 3“ scheint uns mit zu vielen unerwünschten Nebeneffekten verbunden zu sein. Großes Vertrauen haben wir in die Expertise der Grundschullehrkräfte, die mit acht verbindlichen Elterngesprächen während der Grundschulzeit einen „validen“ Eindruck sowohl der Leistungen als auch des Arbeitsverhaltens des Kindes für das Übergangsverfahren erhalten. Daher sprechen wir uns dafür aus, einen (punktuellen) Test nur im Konfliktfall, d.h., wenn Elternwunsch und Empfehlung der Lehrpersonen auseinanderliegen, einzusetzen. Der Test wird von geschulten Beratungslehrkräften an der Grundschule durchgeführt.

Die Schulleitung ist ein zentraler Akteur auf der pädagogischen und operativen Ebene. Sie wird in der täglichen Arbeit durch ein Schulleitungsteam gestützt, zu dem auch Vertretungen multiprofessioneller Teams gehören. Die Schulleitung entwickelt die Organisation datengestützt.

Gelingende Einführung

Die Neue Sekundarschule soll in einem zeitlich definierten und klar gegliederten Prozess eingeführt werden. Dafür ist eine vierjährige Vorbereitungszeit erforderlich, um die gesetzlichen und unter-

gesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen, wobei auch ein zeitlich variabler Start – je nach Voraussetzungen der Einzelschule – denkbar ist.

Zu ihnen gehören bspw. die Anpassung des Bildungsplans und der Kontingenztafel, die Regelung der Übergänge von Klassenstufe 4 in die Neue Sekundarschule, die Definition von Kriterien für Querwechsel in andere Schularten, die Form der Leistungsbeurteilung und Zeugnisse, die Klärung von Fragen der Dienst- und Fachaufsicht für die multiprofessionellen Teams und anderes mehr. In dieser Vorlaufzeit sind einzelne Elemente schon vorab in Pilotschulen zu erproben.

Die Schulträger werden in ihrer Zuständigkeit für die äußeren Schulangelegenheiten angehalten, in der vierjährigen Vorbereitungsphase die vorhandenen räumlichen Voraussetzungen, insbesondere Bestandsgebäude zu prüfen. Für die Ausgestaltung des verbindlichen Ganztags und der erforderlichen Baumaßnahmen sind Förderprogramme des Landes zur Unterstützung der Kommunen und Schulträger anzudenken. Nach diesen vier Jahren erfolgt die Einführung der skizzierten Bildungsabschnitte im hochwachsenden Prinzip (vgl. Tabelle):

SCHULJAHR	24/25	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32	32/33	33/34	34/35	35/36	36/37
Klassenstufe 1. Kohorte					5	6	7	8	9	10	11	12	13
(1) Vorbereitungsphase													
(2) Einführung Orientierungsstufe													
(3) Einführung Klassenstufe 7 u. 8													
(4) Einführung Klassenstufe 9 und 10													
(5) Einführung Transition Year													
1. Erster Bildungsabschluss													
1. Mittlerer Abschluss													
1. Abiturjahrgang (G9)													

Tabelle: Zeitplan zur Einführung der Neuen Sekundarschule



Die neue Sekundarschule ist als verbindliche Ganztagschule konzipiert.

In diese Prozesse ist die Schulverwaltung einzubinden, um die Neujustierung in der zweiten Säule bestmöglich unterstützen zu können. Erforderlich ist hier eine vom Land koordinierte Schulentwicklungsplanung, die der kleingliedrigen Schulstruktur im Bundesland Rechnung trägt. Empfehlenswert ist es, den Einzelschulen im Implementationsprozess ein hohes Maß an Schulautonomie bei gleichzeitig adaptiver Unterstützung einzuräumen. Zur Erreichung ihrer Ziele ist die Neue Sekundarstufe auf eine förderliche personelle und sächliche Ausstattung angewiesen. ■

**Albrecht Wacker,
Jörg Fröscher und Thorsten Bohl**
im Namen der Arbeitsgruppe

Rückmeldungen und Anfragen

Die Arbeitsgruppe freut sich über konstruktive Rückmeldungen und Anfragen, die dazu dienen, eine gute Diskussion zur Lösung der Probleme anzustoßen.

Kontakte:

Albrecht Wacker: albrecht.wacker@ph-ludwigsburg.de

Thorsten Bohl: thorsten.bohl@uni-tuebingen.de

Jörg Fröscher: joerg.froescher@gmx.de

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

- **Benner, Silke:** Schulleiterin der Glemstalschule Schwieberdingen-Hemmingen (Gemeinschaftsschule)
- **Blumenstock, Johannes:** Schulleiter des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums mit Schwerpunkt Lernen in Pfullingen
- **Bohl, Thorsten:** Bildungswissenschaftler und Leiter der Tübingen School of Education an der Universität Tübingen
- **Engin, Havva:** Bildungswissenschaftlerin und Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, Mitglied des Wissenschaftlichen Bildungsrates in Baden-Württemberg
- **Fröscher, Jörg:** Gemeinschaftsschulrektor i. R., Asperg
- **Grunert, Dirk:** Bürgermeister, Dezernat III, Mannheim
- **Keppel-Allgaier:** Angela, Schulleiterin der Hans-Küng-Gemeinschaftsschule mit Oberstufe in Tübingen
- **Koderisch, Peter:** Bereichsleiter (Pädagogik/Pädagogische Psychologie) am Seminar für Ausbildung und Fortbildung in Freiburg (Gymnasium) i. R., Berater für Schulentwicklung, Lehrer, Freiburg
- **Pellens, Norbert:** Schulleiter der Laura-Schradin-Schule Reutlingen (Berufliche Schule)
- **Sliwka, Anne:** Bildungswissenschaftlerin an der Universität Heidelberg, Mitglied des Wissenschaftlichen Bildungsrates in Baden-Württemberg
- **Wacker, Albrecht:** Schulpädagoge für die Sekundarstufe I und Leiter des Instituts für Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
- **Wandel, Jochen:** Schulleiter der Wilhelm-Hauff-Realschule Pfullingen

Umfassendere Ausführungen zum Vorschlag „Neue Sekundarschule“ sind im Vorschlagspapier enthalten (vgl. Autor*innengruppe Neue Sekundarschule 2024a) zu der auch eine Kurzversion vorliegt (vgl. Autor*innengruppe Neue Sekundarschule 2024b).

Zum Weiterlesen



Autor*innengruppe Neue Sekundarschule (2024a): Neue Sekundarschule in Baden-Württemberg. Begründung, Ausgestaltung und Einführung. Ein Vorschlag zur Neugestaltung der Schulstruktur im Kontext der derzeitigen Diskussion um die Einführung des G9. Stuttgart.



Autor*innengruppe Neue Sekundarschule (2024b): Neue Sekundarschule in Baden-Württemberg. Ein Vorschlag um die Weiterentwicklung des Schulsystems (Kurzversion).



Institut für Bildungsanalysen und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023): Bildungsberichterstattung 2022. Bildung in Baden-Württemberg. Stuttgart.



Servicestelle Bürgerbeteiligung (2023). G8/G9: Bürgerforum zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums. Kurzfassung des Bürgergutachtens. Stuttgart.

Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg.

KOMMENTAR

Eine Chance für eine sachbezogene Diskussion

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe zur „Neuen Sekundarschule“ ist ein Gewinn für die schulpolitische Diskussion über die Schulstruktur in der Sekundarstufe 1 in Baden-Württemberg. Eine Arbeitsgruppe aus Wissenschaftler*innen und Schulpraktiker*innen, die die Situation der Schulen und die Diskussion darüber seit Jahrzehnten kennen, haben nach dem Scheitern der Bildungsallianz ein Konzept entwickelt, das nicht aus den üblichen ideologischen Lagern kommt. Ihr Konzept beruht auf Erfahrungen und bezieht die aktuellen nationalen und internationalen Forschungsergebnisse ein. Das ist ein wohltuender Unterschied zu den bisherigen Diskussionen, bei denen die Argumente seit vielen Jahren immer wieder aufeinanderprallten.

Die Landespolitik hat bei diesem Thema versagt. Zuerst haben sich die Parteien von der Elterninitiative für die Rückkehr zum G9 vor sich hertreiben lassen. Als diese erfolgreich war, haben die Parteien die Rückkehr zum G9 mit mehr oder weniger Begeisterung unterstützt. Mit dem Bürgerforum hat die Landesregierung versucht, neben einer reinen Verlängerung des Gymnasiums auch qualitative Verbesserungen für die Schüler*innen in den Klassen 5 bis 9 umzusetzen. Und das Ergebnis des Bürgerforums gab kurz Anlass zur Hoffnung: Dort wurde sehr deutlich gefordert, neben einer qualitativen Weiterentwicklung des Gymnasiums auch die völlig zersplitterte Struktur der Schulen neben dem Gymnasium in den Blick zu nehmen. Die keimende Hoffnung wurde aber jäh zerstört, als Grüne und CDU die eilig gestartete Bildungsallianz platzen ließen und SPD und FDP mit einem Vorschlag zur Neuordnung der Sekundarstufe 1 brüskierten. Der Vorschlag der Landesregierung, mit dem bisher kaum genutzten Modell der Schulverbünde die Probleme der Sekundarstufe 1 zu lösen, ist nur eine weitere politische Nebelkerze. Sie soll verhüllen, dass diese Koalition kein tragfähiges Konzept für eine moderne Schulstruktur hat. Ein durchsichtiger Versuch, das Thema über die Landtagswahl zu retten. Danach wird die Diskussion je nach Landesregierung wieder von vorne losgehen.

In dieser Gemengelage ist das Konzept der Arbeitsgruppe wohltuend unpolitisch und sachlich. Es beantwortet viele Fragen, die sich seit Jahrzehnten stellen: Wie mit dem Schulwahlverhalten der Eltern umgehen? Wie können Schulen mit heterogenen Lerngruppen umgehen? Wie können moderne Lernformen umgesetzt werden?

Wie können Schulen inklusiv arbeiten? Wie kann verhindert werden, dass Schüler*innen scheitern und Schulen wegen zu schlechter Noten verlassen müssen? Wie können die Lern- und Abschlusswege der Schüler*innen nach dem zu frühen Sortieren der Schüler*innen nach Klasse 4 offen gehalten werden? Die Liste ließe sich fortsetzen.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe gibt einen klaren konzeptionellen Rahmen vor, wie die neuen Schulen arbeiten sollen. Andererseits lässt es bei Themen wie der äußeren Differenzierung, der Leistungsbewertung oder dem Sitzenbleiben den Schulen viel Gestaltungsfreiheit. So ist es für alle Schulen und Schularten anschlussfähig. Natürlich wäre das ein herausfordernder Prozess. Aber die Schulstruktur kann so nicht bleiben. Sie ist für Schüler*innen und Lehrkräfte, die tagtäglich mit den Sollbruchstellen dieses Systems umgehen müssen, eine hohe Belastung.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt: Wenn es eine überzeugendere Struktur für die Sekundarschulen gibt, können wir uns den eigentlichen bildungspolitischen Problemen in der frühen Bildung und den Grundschulen zuzuwenden. Dort wird sich entscheiden, ob wir in der Bildung den Grundstein für eine zukunftsfähige Gesellschaft legen können.

Natürlich hat die Arbeitsgruppe nicht alle Details ausformuliert. Einige Punkte wie eine verbindlichere Grundschulempfehlung und Pflichtfortbildungen sind für die GEW schwierig. Aber das Konzept bietet eine Chance. Wir sollten dazu beitragen, dieses Potenzial politisch und gesellschaftlich zu nutzen. ■

Michael Hirn

Redakteur der b&w

GRUNDSCHULEMPFEHLUNG

Ein Instrument zur Lenkung der Schüler*innen

Der Plan der Landesregierung, mit dem Schuljahr 2025/26 G9 wieder einzuführen, hat auch die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Tagesordnung gerufen. Die GEW lehnt ein Verfahren ab, das nur dazu dient, Schüler*innen vom Besuch eines Gymnasiums abzuhalten. Was das für die Grundschulen bedeutet, wird nicht berücksichtigt.

Die Grundschulempfehlung soll sich künftig aus drei Bausteinen zusammensetzen:

- Empfehlung der Lehrkraft auf Basis der Schulnoten
- Landesweit einheitliches Beobachtungsinstrument (weiterentwickelter Kompass 4)
- Elternwunsch

Die „institutionelle Empfehlung“ ist wie bisher die Empfehlung der Lehrer*innen auf Grundlage der Noten in Deutsch und Mathematik. Aus dem für alle Schüler*innen verbindlichen Instrument Kompass 4 wird aber ein weiterer Baustein. Wenn die Empfehlung der Lehrkräfte und der Elternwunsch sich unterscheiden, gibt das Ergebnis von Kompass 4 den Ausschlag. Ist es zu schlecht, können die Eltern das Kind nur am Gymnasium anmelden, wenn es den zusätzlichen Potentialtest an einem Gymnasium besteht. So wird aus dem Beobachtungsinstrument Kompass 4 ein knallhartes Entscheidungskriterium. Früher nannte man das umgangssprachlich „Grundschulabitur“. Kompass 4 wird künftig die Lehrkräfte, die Eltern und die Schüler*innen erheblich unter Druck setzen – mit allen negativen Folgen für den Unterricht und das Wohlbefinden der Kinder. Bis 2011 gab es in Baden-Württemberg eine verbindliche Grundschulempfehlung. Das Lern- und Arbeitsverhalten der Kinder sollte zwar für die Empfehlung ebenfalls berücksichtigt werden, entscheidend aber waren die Leistungen in den Fächern Deutsch und Mathematik: Bei einem Schnitt von mindestens 2,5 gab es eine Empfehlung für das Gymnasium, bis zu 3,0 eine Empfehlung für die Realschule. Kinder mit Leistungen unter dieser Marke erhielten eine Empfehlung für die Haupt-/Werkrealschule.



Die Lenkungsversuche mit der alten verbindlichen Grundschulempfehlung haben schon nicht funktioniert.

Dies führte dazu, dass Kinder und auch Lehrkräfte von Beginn der Notengebung an, also bereits im Laufe der zweiten Klasse, erheblich unter Druck standen. Gespräche zwischen Erziehungsberechtigten und Eltern waren davon geprägt. Nicht selten wurden Noten angezweifelt oder gar mit gerichtlicher Überprüfung gedroht, sollte die erwünschte Empfehlung gefährdet sein. Der Wegfall der

verbindlichen Grundschulempfehlung war ein wichtiger Schritt, um Belastungen und Druck bei Kindern, Eltern und Lehrkräften zu mildern. Die Eltern wurden in ihrer Erziehungsverantwortung ernst genommen und entschieden letztlich über die für ihr Kind als geeignet erachtete Schulart. Mit der neuen verbindlichen Grundschulempfehlung soll der Zugang zum



Gymnasium reglementiert werden. Es sollen nur die Kinder auf das Gymnasium gehen, die auch wirklich diese Empfehlung haben. Der Zugang zur Realschule ist davon nicht betroffen. Hier soll die Orientierungsstufe um ein Jahr verkürzt werden, so dass eine äußere Differenzierung zwischen G-Niveau und M-Niveau nach Klasse 5 möglich ist. Aktuell ist das zum Leidwesen vieler Schüler*innen

und vieler Realschulen erst ab Klasse 7 erlaubt.

An den Gemeinschaftsschulen wird von Anfang an neben dem erweiterten Niveau das grundlegende und das mittlere Niveau angeboten. Dies soll auch künftig so bleiben.

In 13 von 16 Bundesländern – aktuell ist Baden-Württemberg noch eines davon – entscheidet der Elternwille, welche Schulart ein Kind nach der Grundschule besuchen wird. Diese Länder verzichten auf einen Übergang in die weiterführenden Schulen ohne eine verbindliche Empfehlung, auch bei Wiedereinführung des G9. Offensichtlich geht das auch.

Ein klarer Rückschritt

Die Änderungen im Aufnahmeverfahren sind schon zum kommenden Schuljahr geplant. Sie sollen also für die Kinder gelten, die im kommenden Schuljahr eine vierte Klasse besuchen. Dies ist aus Sicht der GEW viel zu kurzfristig und in der Praxis nicht umsetzbar: Bereits vor den Herbstferien finden die Informationsveranstaltungen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens statt. Bis zu diesem Zeitpunkt müsste die Aufnahmeverordnung geändert sein, so dass die Eltern auch informiert werden können. Änderungen nach diesem Zeitpunkt führen zu Verwirrung und Druck an den Schulen.

Die geplante Grundschulempfehlung samt Potentialtest stellt für die GEW einen Rückschritt dar. Eine verbindliche Grundschulempfehlung verdient den Namen „Empfehlung“ nicht – hier sollen Schüler*innenströme gelenkt und der Zugang zu G9 begrenzt werden. Die GEW lehnt dies ab. Die Lenkungsversuche mit der alten verbindlichen Grundschulempfehlung haben schon nicht funktioniert.

Die Übergangszahlen aufs Gymnasium stiegen trotzdem Jahr für Jahr.

Die Bildungsgewerkschaft setzt sich ein für eine Schule, die so ausgestattet ist, dass darin alle Kinder gut lernen können und bestmögliche Bildungsangebote erhalten. Bei einer Weiterentwicklung des Bildungssystems muss die neben dem Gymnasium bestehende zweite Säule der Sekundarstufe so ausgestattet sein, dass sie für Eltern attraktiv ist, und es keiner Lenkung von Schüler*innenströmen bedarf. ■

Barbara Bürgy und Corinna Blume
Landesfachgruppe Grundschule





SPRACHFÖRDERKONZEPT „SPRACHFIT“

Stufenweiser Aufbau in vier Jahren

*Die grün-schwarze Landesregierung hat ein neues Sprachförderkonzept für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen und die Grundschulen beschlossen. Das Programm „SprachFit“ ist eine Reaktion auf das immer schlechtere Abschneiden der baden-württembergischen Schüler*innen der 4. Klassen in den letzten Leistungsvergleichen wie der IQB-Studie.*

Anne Heck, Heike Herrmann

Im April wurde das Sprachförderkonzept beschlossen und seither konkretisiert. Es fußt auf fünf Säulen und soll als durchgängiger Prozess, der in der Kita beginnt und sich in der Schule fortsetzt, verstanden werden. Geplant ist der stufenweise Ausbau, weil sich die Umsetzung an den finanziellen Möglichkeiten orientiert.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Lernprozesse konzentrieren sich auf die Prämisse „Sprachkompetenz ist die Basis schulischer Bildung“. Kinder sollen zukünftig nur noch eingeschult werden, wenn sie Mindeststandards in der Bildungssprache Deutsch erreicht haben. Ein genaues Niveau wurde nicht definiert.

Die einzelnen Maßnahmen des Programms „SprachFit“ sehen wie folgt aus:

SÄULE 1: Vor der Einschulung

Das Konzept sieht eine verbindliche, ergänzende Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung vor. Im Rahmen der Einschulungsuntersuchung (ESU), die es schon seit 2006 in Baden-Württemberg gibt, sollen Sprachdefizite der viereinhalbjährigen Kinder frühzeitig erkannt werden. Bisher wurden den Eltern der Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf Maßnahmen angeboten, die nicht verpflichtend waren. Das soll sich zukünftig ändern. Alle Kinder mit Sprachdefiziten, auch die Kinder ohne Kitaplatz, sollen im Jahr vor der Einschulung eine verpflichtende additive Sprachförderung nach einheitlichen Standards von vier Stunden in der Woche erhalten. Gemeint sind Schulstunden, die in Kleingruppen stattfinden, entweder in der Kita oder der Grundschule. Entwickelt werden soll ein Qualitätsrahmen, um Pädagog*innen bzw. Zusatzkräfte zu schulen, die die Förderung durchführen. Die Gruppe der Pädagogischen Assistent*innen werden im Beschluss der Regierungsparteien explizit genannt.

Im kommenden Kita-Schuljahr wird das Vorhaben zunächst an 200 Standorten im Land umgesetzt, nämlich dort, wo das Modellprojekt des Schulreifen Kinds (SRK) bereits verortet ist. Geplant ist, mit 450 Kleingruppen an den Start zu gehen. Sie werden mit dem Geld finanziert, das ohnehin für das SRK im Haushalt eingestellt ist. 2025/2026 soll auf 1000 Gruppen, 2026/27 auf 2000 Gruppen ausgebaut werden, um schließlich 2027/2028 die Flächendeckung mit 4200 Gruppen zu erreichen. Erst zu diesem Zeitpunkt kann auch die Verbindlichkeit der Sprachförderung schulgesetzlich verankert werden. Die zusätzlichen Mittel für die Maßnahmen sollen im Landeshaushalt eingestellt werden. Die Landesregierung geht davon aus, dass es Kitas geben wird, die die additive Sprachförderung vor Ort anbieten. Dort, wo dies nicht möglich ist, muss die Schule für die Angebote sorgen.

KOMMENTAR

Kein großer Wurf

Hintergrundinformationen und

Anmerkungen zum Sprachförderkonzept „SprachFit“
Bildungsbenachteiligungen werden oft einseitig auf Eigenschaften der Kinder (können kein Deutsch) und der Familien (lesen keine Bücher vor) zurückgeführt. Außer Acht bleiben sozioökonomische und strukturelle Gründe innerhalb des Bildungssystems. Auch das „katholische Arbeitermädchen vom Land“, das einst der Prototyp für Bildungsbenachteiligte war, konnte erst erfolgreich am Schulsystem teilnehmen, nachdem strukturelle Hindernisse abgebaut wurden.

Statt die Kompetenzen der Kinder in den Blick zu nehmen, was eigentlich schon seit Anfang der 2000er-Jahre pädagogischer Standard ist, geht „SprachFit“ nur von den (unterstellten) Defiziten der Kinder aus. Dabei werden nur sprachliche Defizite erhoben und beruhen auf einer unzureichenden Testung. Viel sinnvoller und erfolgsversprechender wäre es, von den Kompetenzen der Kinder auszugehen und auf der Basis von validen Daten mit den Kindern zu arbeiten. Erschwerend kommt hinzu, dass alle Kinder über einen Kamm geschoren werden. So wird verallgemeinernd Kindern mit Zuwanderungsgeschichte unterstellt, sie könnten kein Deutsch oder noch schlimmer: Sie könnten nicht gut sprechen.

Einschulungsuntersuchung (ESU) verbesserungswürdig
Seit 2006 wird mit der Einschulungsuntersuchung der Sprachstand von vier- bis viereinhalbjährigen Kindern ermittelt. Ärztliche Fachpersonen und ihre Gesundheitsassistent*innen erheben mit dem diagnostischen Verfahren HASE (Heidelberger Auditives Screening zur Einschulung), ob die Kinder drei Aufgaben erfüllen: Sätze nachsprechen, Kunstwörter wiederholen, Zahlenreihe fortsetzen. Bei unzureichenden Ergebnissen wird das Kind mit einer Auswahl von Aufgaben des SETK 3–5 (Sprachentwicklungstest für Kinder zwischen 3 und 5 Jahren) eingeschätzt.



Die Untersuchung selbst findet im Gesundheitsamt mit den Eltern oder in der Kita statt. In den Kitas ist meist eine pädagogische Fachkraft dabei. Wenn die ESU im Gesundheitsamt stattfindet, kommt es öfter zu Konflikten zwischen Familien und den Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes. Da sie vermutlich unter Zeitdruck stehen, scheinen sie oft nicht die notwendige Geduld für die Kinder aufzubringen, die in einer fremden Situation und mit fremden Menschen einen Test ablegen sollen. So verweigern Kinder teilweise die Mitarbeit. Manchmal sind die Mitarbeitenden sehr unsensibel, wenn sie den Familien schlechte Testungsergebnisse mitteilen, was in der Folge eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Eltern erschwert. Am schlimmsten ist aber, dass sich die verwendeten Tests nur für einsprachig deutsche Kinder eignen. Viele Kinder wachsen aber mehrsprachig auf. Daher kommt es zu einer Vielzahl von falsch positiven, aber auch falsch negativen Ergebnissen. Die Ergebnisse der ESU, wie sie jetzt erhoben werden, sind eigentlich untauglich.

Das alte Sprachförderkonzept

Unabhängig von der Qualität werden mit den Testergebnissen zwei Wege bestritten: Zum einen kann der Förderbedarf in der alltagsintegrierten Sprachbildung im pädagogischen Alltag der Kita entlang des Orientierungsplans gesichert werden. Zum anderen wird ein Kind bei gravierenden Sprachentwicklungsauffälligkeiten in eine Fördergruppe aufgenommen. Für 80 Förderstunden im letzten Kindergartenjahr und für eine Kleingruppe von 3 bis 7 förderbedürftigen Kindern erhält die Kita 2.200 Euro pro Gruppe aus Landesmitteln zu den Sprachfördermaßnahmen „Intensive Sprachförderung plus“ (ISF+) oder „Singen-Bewegen-Sprechen“ (SBS).

Im Rahmen des Pakts für gute Bildung und Betreuung wurde die Gesamtkonzeption „Kompetenzen verlässlich voranbringen (Kolibri)“ zu Fördermaßnahmen im frühkindlichen Bereich erstellt. (...) Gefördert werden Entwicklungsgespräche sowie Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit intensivem Sprachförderbedarf (...).

Siehe: <https://kindergaerten.kultus-bw.de/Lde/Kolibri>

Die neuen Konzepte für den Kitabereich sind folglich nicht neu, aber so unzureichend wie die alten. Kolibri beispielsweise erfordert ein immenses Antrags- und Dokumentationsverfahren und hat bis jetzt keine positiven Wirkungen gezeigt. Das liegt auch an der fehlenden Qualifikation der durchführenden Fachkräfte und der mangelnden zeitlichen Ausgestaltung.

Das neue Sprachförderkonzept

Ziel des neuen Sprachförderkonzepts ist: Kinder sollen nur noch schulbereit in die Schule kommen. Der alte Begriff „schulreif“ steckt noch im Projekt „Schulreifes Kind“ und entstammt dem Geist der 60er-Jahre, als man meinte,



Foto: real444/iStock

Wenn Kinder nicht verstehen oder nicht verstanden werden, belastet das ihre Psyche.

SÄULE 2: In der Schule

Manche Kinder werden trotz der Förderung vor der Einschulung nicht die für einen erfolgreichen Schuleintritt notwendigen Sprachkompetenzen haben. Statt sie zurückzustellen, werden die Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 in eine Juniorklasse eingeschult. Die neue Schulform wird schulgesetzlich verankert und damit verbindlich. Die Juniorklassen werden die Grundschulförderklassen mit derzeit 274 Gruppen ablösen. Im Schuljahr 2027/28 soll auf 550 Klassen erhöht werden und 2028/29 der Endausbau mit 832 Klassen erreicht sein.

Die Kinder, bei denen zu erwarten ist, dass sie trotz sprachlicher Defizite am Unterricht der Klasse 1 erfolgreich teilnehmen können, erhalten in den ersten beiden Klassen weiterhin je zwei Wochenstunden zusätzliche Förderung. Eine Stunde wird aus der Kontingenzstundentafel abgedeckt, die zweite Stunde mit 164 weiteren Deputaten.

Das Konzept sieht vor, Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache im Grundschulalter weiter zu fördern, um deren

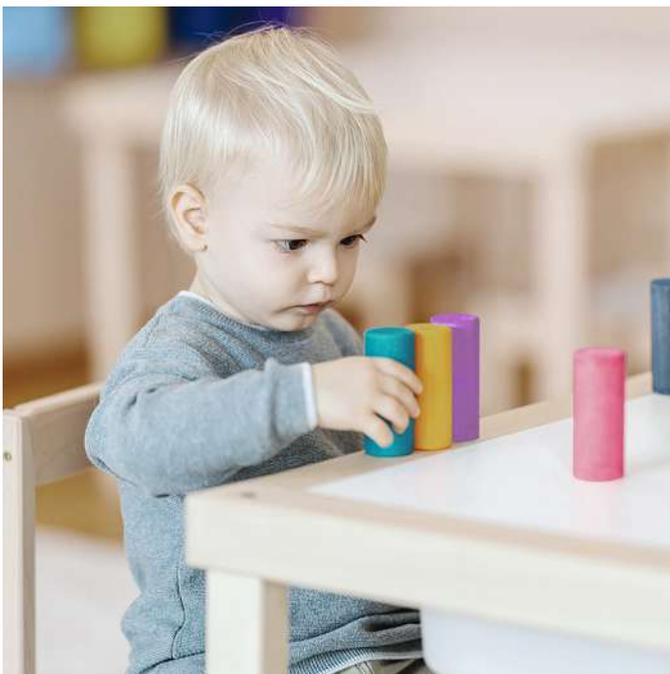


Foto: dusanpetkovic/istock

Mit den Maßnahmen der Säule 1 wird folglich viel Geld für wenig Wirkung ausgegeben.

Sprachkompetenz und Integration zu verbessern. Zudem garantiert es den Zugang zu einer Ganztagschule, beginnend mit 10 Prozent des Gesamtbedarfs in 2025/26. Ein Jahr später sollen 20 Prozent der Schüler*innen, im Schuljahr darauf 50 Prozent erreicht werden. Im Endausbau 2028/29 werden dafür 182 Deputate zur Verfügung gestellt.

SÄULE 3: Kita – alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung

Mit „SprachFit“ will sich die Regierung an den Sprach-Kitas orientieren, in denen erfolgreich alltagsintegrierte Sprachbildung umgesetzt wird. Gelingende Faktoren waren und sind hier zusätzliche Fachkräfte für Sprache in den Kitas und die Begleitung durch Fachberatungen. Die Sprach-Kitas in Baden-Württemberg werden bis Ende 2024 mit Bundesmitteln finanziert, wobei im anfänglichen Programm mehr Unterstützung vorgesehen war. Eine Ausweitung der Sprach-Kitas nach derzeitigen Bedingungen auf weitere Kitas wird es nur geben, wenn der Bund dem Land über ein Kitaqualitätsgesetz ab 2025 weitere Zuschüsse erteilt. Falls der Bund seine Zahlung einstellt, führt die Landesregierung nur die jetzigen Sprach-Kitas weiter. Sofern Geld vom Bund kommt, soll für alle anderen Kitas im Land ein flächendeckendes Angebot von Fachberatung auf den Weg gebracht werden. Dafür müssen stufenweise 300 Stellen finanziert werden. Der sogenannte Fachdienst Sprache soll den bisherigen Ausbau ab 2025 um weitere 150 ganze Fachberatungsstellen ergänzen, ab 2027 würden weitere 150 halbe Fachberatungsstellen und 2028 nochmals 150 halbe Fachberatungsstellen dazukommen. Diese 300 Fachberatungsstellen sind allerdings nicht wie bisher für die Prozessbegleitung von Kitas im Allgemeinen gedacht, sondern sollten nur zielgerichtet für Sprachförderung zum Einsatz kommen.

FORTSETZUNG > KOMMENTAR

man müsse nur warten bis biologische Vorgänge dazu führen, dass ein Kind reif für die Schule sei. Die wichtigen Einflüsse durch Lernmöglichkeiten in der Familie und Kitas ließ man außen vor. Dieses alte Denken blitzt immer wieder auf.

ZU SÄULE 1: Sprachförderung vor der Einschulung

Die Grundsatzfrage lautet: Ist es sinnvoll, Kita-Kinder in Kleingruppen zur Sprachförderung in eine Schule zu transportieren, wo sie in fremder Umgebung und von für sie zunächst fremden Menschen unterrichtet werden sollen? Wer den Text ab Seite 27 von Prof. Dorothee Gutknecht liest, wird erkennen, wie mäßig sinnvoll Sprachförderprogramme sind. Es ist wissenschaftlich belegt, dass sich die Kluft zwischen Kindern mit und ohne Förderbedarf durch die Arbeit mit Sprach-Förder-Programmen nicht verringert. Mit den Maßnahmen der Säule 1 wird folglich viel Geld für wenig Wirkung ausgegeben.

Da sich die Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung auf das Projekt „Schulreifes Kind“ beziehen, sind die Grundschulen dafür verantwortlich. Auf Kita-Träger hat das Land keinen Einfluss und kann daher die Aufgabe nicht in die Kitas verlagern.

Bisher ist ungeklärt, wie Kitas die Förderbedarfe umsetzen, wenn sie nicht im Projekt „Schulreifes Kind“ beteiligt sind. Bleibt hier alles beim Alten mit Kolibri? Weiterhin ist nicht gewährleistet, ob und wie personelle Kapazitäten vorhanden sind, um Fördergruppen überhaupt anzubieten.

ZU SÄULE 2: In der Schule

Dass es in den Grundschulen nun verbindliche Stundenzuweisungen zur Förderung von Schüler*innen geben wird, ist eine jahrelange Forderung der GEW, und es ist positiv, dass das SprachFit-Konzept nun dazu führt, dass dies umgesetzt wird.

In den bisherigen Grundschulförderklassen, die jetzt Junior-Klassen heißen sollen, sind nicht nur Kinder, die eine Förderung im sprachlichen Bereich brauchen, sondern auch Kinder, die zurückgestellt (also nicht regulär eingeschult) wurden, weil sie anders gelagerte, teils vielschichtige Förderbedarfe hatten. Völlig unklar ist noch, wie diesem Anspruch in den zukünftigen Juniorklassen gerecht werden sollen.

Der Erfolg wird davon abhängen, wie die Fachkräfte, die in den Juniorklassen unterrichten werden, qualifiziert sind, und welche Personen für den Unterricht in der Sprachförderung eingesetzt werden. Originär sollten das Lehrkräfte sein, die Deutsch studiert, Erfahrungen in Deutsch als Fremdsprache und in Vorbereitungsklassen haben. Um eine gelingende Kooperation mit den Kitas zu festigen und nicht in ein Konkurrenzdenken zu verfallen, wäre es zudem nötig, dass diese Lehrkräfte auch an der Kindergartenkooperation beteiligt sind. Eine entsprechende Qualifizierung muss dies im Blick haben und lässt sich sicher nicht nebenbei in einer Fortbildung erwerben.

Um die Schulen zu sensibilisieren und das Thema nicht als weitere Zusatzaufgabe in der Verantwortung einzelner Lehrkräfte oder der Schulleitung zu belassen, ist es dringend notwendig, dass das Sprachförderkonzept in der Unterrichts- und Schulentwicklung jeder einzelnen Grundschule mitgedacht und implementiert wird. Denn auch im Regelunterricht ist es wesentlich, sprachsensibel zu unterrichten und die Sprachkompetenzen der Schüler*innen im Blick zu behalten. Inwieweit das bisherige Konzept und die Diagnostik der bisherigen Vorbereitungsklassen aufgehoben oder integriert werden, ist noch unklar.

Muss die Sprachförderung der Säulen 1 bis 3 von der Kita über die Juniorklassen und dann in den ersten beiden Schuljahren nicht von Teams (Sprachprofis) gestaltet und Hand in Hand und auf Augenhöhe mit dem Fachpersonal in den Schulen und in den Kitas entwickelt und umgesetzt werden? Woher kommt dieses Personal?

Die Gelingensfaktoren sind also Qualifikation, Kooperation und ausreichendes Personal.

ZU SÄULE 3: *Alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung in der Kita*

Das Land Baden-Württemberg setzt mit Kolibri seit Jahren auf ein additives Sprachförderprogramm in den Kitas. Die angesetzten vier Schulstunden pro Woche, die im neuen Konzept stehen, sind ebenfalls additiv, ziemlich nutzlos, zumindest unzureichend. Um eine Sprache zu lernen, brauchen Kinder ein "Bad" in der Zielsprache und nicht nur das trockene Lernen von Begriffen in abstrakten Lernsituationen, wie sie jetzt geplant sind. Nötig sind Verknüpfung von (Wort)Bedeutung und Erfahrung und zwar in einer Reihe von ganz unterschiedlichen Situationen. Das gelingt mit alltagsintegrierter Sprachbildung, Projektarbeit, Ausflügen usw. Das neue Programm der Landesregierungen wird solch wertvolle Sprachanlässe vermindern, weil es die zeitlichen Strukturen in den Kitas noch starrer macht und freie Zeit verringert.

Die alltagsintegrierte Sprachbildung, auf die das Bundesprogramm Sprachkita setzt, hat genau solche Vorhaben befördert. Das Programm rückt außerdem die adäquate Schulung der Fachkräfte (nicht die Defizite der Kinder) in den Fokus, da es davon ausgeht, dass Kinder dann die Sprache gut lernen, wenn sie die ganze Zeit von guten Sprachmodellen umgeben sind. Im Gegensatz dazu senkt die Landesregierung die Anforderungen an die Fachkräfte ab und versucht nicht, sie systematisch und flächendeckend auszubauen.

Auch die Evaluationsergebnisse des Bundesprogramms bestätigen die gute Wirkung der alltagsintegrierten Sprachbildung mit den Sprachkitas. Die Expertise „Bundesweite Standards in der sprachlichen Bildung in der Kindertagesbetreuung“ von Yvonne Anders, Katrin Wolf und Charlotte Enß (Universität Bamberg) von 2023 empfiehlt als vorrangige, wichtige und wirkungsvolle Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung der Sprachlichen Bildung und



Foto: Bilal photos/istock



Foto: imago

SÄULE 4: Stärkung der Grundschule mit „Lernen mit Rückenwind“

Mit dieser Säule soll das Programm „Lernen mit Rückenwind“ fortgeführt werden und Basiskompetenzen vermitteln, vor allem für Kinder, die bis dahin noch nicht von zusätzlicher Sprachförderung profitieren konnten. Ausgedehnt werden soll das Programm nicht.

Säule 5: Ausweitung der multiprofessionellen Teams an Grundschulen

Die letzte Säule dient der Ausweitung des Modellversuchs „Multiprofessionelle Teams an Grundschulen“, der seit diesem Schuljahr an 16 Modellstandorten läuft. Mit den Teams sollen die Basiskompetenzen und basalen Kompetenzen der Kinder verbessert werden. Ab dem Schuljahr 2024/25 soll dieser Versuch über das Startchancenprogramm finanziert werden.



Heike Herrmann, GEW-Referentin für Kinder- und Jugendhilfe

Anne Heck, Fachberaterin im Bundesprogramm Sprach-Kitas, Vorsitzende im Team der Landesfachgruppe Fach- und Praxisberatung für Kitas

FORTSETZUNG > KOMMENTAR

Sprachförderung (Seite 110 ff.):

- mindestens 18 Prozent der Arbeitszeit für mittelbare pädagogische Arbeit
- regelmäßige Fortbildung für alle pädagogischen Fachkräfte im Bereich der sprachlichen Bildung
- Einrichtung von Fachberatungsstellen auf Seiten der Träger, die 10 bis 15 Einrichtungen kontinuierlich zur Weiterentwicklung der sprachlichen Bildungsqualität beraten und unterstützen
- eine Fachkraft mit einschlägiger Qualifikation in jeder Kindertageseinrichtung als zusätzliche Funktionsstelle und Multiplikationsstellen für Einrichtungen in besonders herausfordernden Lagen
- verpflichtende externe Evaluationen
- verpflichtende Sprachstandserhebungen und bundeseinheitliches Sprachdiagnostikverfahren
- verbindliche Implementierung und Stärkung der sprachbezogenen Elternzusammenarbeit
- Sicherstellung eines Fachkraft-Kind-Schlüssels in Anlehnung an wissenschaftliche Empfehlungen

Diese Empfehlungen sind ganz im Sinne der GEW. Deshalb raten wir dem Kultusministerium ganz dringend, in Verbesserungen der personellen Ausstattung in den Kitas zu investieren und einen sozial-pädagogischen Ansatz zu verfolgen.

Anne Heck, Caroline Heller, Ricarda Kaiser



Caroline Heller, Vorsitzende im Team der Landesfachgruppe Kita

Ricarda Kaiser, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende



SPRACHLICHE BILDUNG UND FÖRDERUNG IM ELEMENTARBEREICH

Herausforderungen und Gelingensfaktoren

Vor dem Hintergrund der Debatte um die Sprachförderung in Baden-Württemberg haben wir Dorothee Gutknecht, Professorin mit dem Schwerpunkt Spracherwerb und Mehrsprachigkeit, gefragt: Was sind zentrale Herausforderungen und Gelingensfaktoren im Bereich früher sprachlicher Bildung und Förderung?

Dorothee Gutknecht

Das vergangene Jahrzehnt hat sich als zunehmend herausfordernd für den Bereich sprachlicher Bildung und Förderung in den Kindertageseinrichtungen in Deutschland erwiesen:

- Die Sprachenvielfalt in den Kitas ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich angewachsen. Durch die großen Fluchtbewegungen im Kontext von Kriegen – zum Beispiel in Afrika, in Syrien, in der Ukraine – sind vermehrt Kinder mit Fluchthintergrund – zum Teil traumatisiert – in den Kitas angekommen. Nicht selten sind zwanzig und mehr verschiedene Sprachen repräsentiert. Lernen in so genannten „Sprachbad“ ist dann nicht mehr möglich. Auch die sprachförderliche Wirkung von Peer-Kontakten ist bezogen auf die Umgebungssprache begrenzt. In Einrichtungen mit vielen Sprachen stellt sich das „Wie“ der Umsetzung einer gelebten Mehrsprachigkeitsdidaktik im Alltag (Gutknecht 2023).

- Viele Kinder erlebten während der Schließzeiten der Einrichtungen während der Corona-Pandemie kommunikative Einbrüche in den sensiblen Phasen ihres Spracherwerbs. Kindern mit einer anderen Muttersprache als der Umgebungssprache wurde phasenweise der intensive Kontakt zur Umgebungssprache entzogen. Negative Folgen lassen sich in Hinblick auf den Aufbau von Weltwissen, dem sprachlichen Verstehen und der Entwicklung der Bildungssprache konstatieren. Dies belegen Forschungsergebnisse der Internationalen Corona-Kita-Studie (ICKE); hier haben Familien schwerwiegende Folgen für ihre Kinder gerade auch in Bezug auf die sprachliche Entwicklung beschrieben (Flöter et al. 2021).
- Es besuchen viele Kinder mit Einschränkungen im Sprachverstehen die Kitas. Nicht zu verstehen und nicht verstanden zu werden, stellen eine hohe Belastung und ein nachweislich



Foto: Germanovich/Stock

hohes Risiko für die psychische Gesundheit dar (Hachul & Schönauer-Schneider 2019). Kinder, die im Bildungsbereich „Sprache und Kommunikation“ Schwierigkeiten zeigen, sind sehr viel häufiger von problematischen Entwicklungsverläufen, internalisierenden oder externalisierenden Verhaltensauffälligkeiten (Mayer & Gutknecht 2022), psychischen Erkrankungen, Schulversagen oder -abbrüchen betroffen.

- Traumatisierungen von Kindern (Flucht, Verlust der Heimat, ebenso häusliche Gewalt oder Missbrauch) haben herausforderndes Verhalten zur Folge. Das bindet die Fachkräfte, die dann mit Regulationsstrategien oft in emotional anstrengenden Ein-zu-Eins-Interaktionen gegensteuern müssen. Zur Förderung der Sprache steht die hier eingebundene Fachkraft, dann nicht zur Verfügung.

Diese Problemlagen treffen die Kitas in Deutschland in einer Phase eines dramatischen Fachkräftemangels. Umso bedeutender ist es, in Bezug auf Gelingensbedingungen und Erfordernisse von Sprachförderung, sowohl die Prozess- als auch die Strukturqualität in den Einrichtungen in den Blick zu nehmen.

1. GELINGENSAKTOR: *Sprachverstehen*

Rezeption vor Produktion – das ist ein wichtiger Grundsatz beim Erlernen von Sprachen. Erst wenn eine bestimmte Schwelle an Wortschatzumfang auf der Ebene des Verstehens aufgebaut ist, können auch mehr Worte produziert werden. Dies ist umso wichtiger, als dass die Gruppe der Kinder in einer Kita, die Probleme mit dem Sprachverstehen hat, vergleichsweise groß sein kann. Betroffen sind Kinder:

- die sehr jung sind und entwicklungsbedingt (noch) nicht viel sprachlich verstehen,
- mit Verzögerungen oder Störungen in der Entwicklung des Sprachverstehens,
- aus armutsbetroffenen, bildungsfernen Familien, die oft hochbelastet sind und über ein nur geringes Weltwissen verfügen,
- mit Behinderungen einschließlich Störungen des Sprachverstehens,
- mit andersartiger Wahrnehmungs-Verarbeitung, kognitiver Verarbeitung (neurodivers),
- mit Migrationshintergrund ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen,
- mit Hörbeeinträchtigungen.

Die zu starke Fokussierung auf die Sprachproduktion kann dazu führen, dass Schwierigkeiten mit dem Sprachverstehen übersehen werden. Sprachverstehensprobleme verringern in einem erheblichen Maße die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern. Kindern mit Verstehensproblemen ist zudem oft nicht bewusst, dass sie etwas nicht verstehen oder verstanden haben. Rückfragen wie: „Hast du das verstanden?“ oder „Habt ihr das verstanden?“ sind daher nicht zielführend (Hachul & Schönauer-Schneider 2019). Die Kinder sind fest davon überzeugt, alles



korrekt verstanden und entsprechend ausgeführt zu haben. Es kommt zu vielen belastenden Missverständnissen und Konflikten, die wieder Verhaltensprobleme nach sich ziehen.

Eine Spur des Verstehens durch die Kita legen

Gerade wenn viele Kinder mit Schwierigkeiten im Sprachverstehen die Kita besuchen, empfiehlt es sich multimodal, über viele Wege anzusetzen und insbesondere Visualisierungsstrategien zu nutzen. Das unterschiedliche Niveau der Kinder im Verstehen erfordert auch unterschiedliche Strategien. Über Gebärden von Schlüsselworten kann der Aufbau eines ersten Situations- und Schlüsselwortverstehens als Voraussetzung zum Sprachverstehen unterstützt werden (Wilken 2021). Gebärden haben eine verständnis erleichternde Funktion, da die simultane visuelle Darbietung besser aufzunehmen ist. Betroffene Kinder profitieren vom gezielten Einsatz von Zeige- und ikonischen Gesten (Frank et al. 2022). Visualisierte Ablaufpläne unterstützen das Verstehen in Alltagsroutinen (z.B. An- und Ausziehen oder Hände waschen). Auch im Morgenkreis sollten Verstehenshilfen zum Einsatz kommen. Visualisierungsstrategien über Bilder und Gebärden sollen Sprache nicht ersetzen, sondern müssen sprachlich „belebt“ werden, um zur Begriffsbildung beizutragen.

Die sprachlichen Kompetenzen von Vorschulkindern hängen bereits früh mit ihrem Wissensstand zusammen (Dubowy et al. 2008). Das Sprachverstehen, das wesentlich durch den Umfang des passiven Wortschatzes und die rezeptiven Grammatikkompetenzen bestimmt wird, hat sich in Längsschnittstudien als prädiktiv für das Leseverständnis im gesamten Grundschulverlauf herausgestellt (Ebert 2020; Anders et al. 2022).

2. GELINGENSAKTOR:

Alltagsintegrierte sprachliche Bildung/Förderung

Im Wissenschaftsdiskurs ist die Frage alltagsintegriert versus Förderung mit Sprachförderprogrammen in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert worden. Insbesondere die negativen Studienergebnisse zur Wirksamkeit einer programmatisch gestalteten Sprachförderung von jungen Kindern führten zur Neu-Positionierung im Sinne alltagsintegrierter Förderung. Zu nennen ist hier die Evaluationsstudie EVAS (Roos et al. 2010), die zeigte, dass sich die Kluft zwischen Kindern mit und ohne Förderbedarf durch die Arbeit mit Sprach-Förder-Programmen nicht verringert. Die Gründe wurden in folgenden Punkten verortet:

1. zu große Gruppen (bis 10 Kinder, alle mit sprachlichen Defiziten),
2. zu später Beginn der Förderung,
3. Förderung von außen, statt von den vertrauten pädagogischen Fachkräften,
4. unzureichende Nutzung der Vielfalt der unterschiedlichen Bildungsbereiche mit ihren jeweiligen Zugängen: z.B. Musik, Kunst, Mathematik, Naturwissenschaften
5. zu geringe Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernstrategien von älteren und jüngeren Kindern.

Programmatische Vorgehensweisen lassen zudem zu wenig Raum für eine responsive Pädagogik, die individuelle Unterschiede bei Kindern hinreichend berücksichtigt, zum Beispiel im kognitiven Verarbeitungstempo. Fachkräfte handeln in einem solchen Setting nicht responsiv, sondern so, wie es das Programm für alle vorschreibt (Gutknecht 2023). Der Grad an Responsivität, den die pädagogischen Fachkräfte zeigen, ist aber ein zentraler Wirkfaktor in Bezug auf die soziale, kognitive und

sprachliche Entwicklung von Kindern (Gutknecht 2023; Miosga 2019). Responsivität (= das Antwortverhalten) sagt etwas über das „Wie“ der Durchführung aus. Dieses „Wie“ beinhaltet den systematischen und insbesondere responsiven, also gut abgestimmten Einsatz von Sprachförderstrategien.

Förderung mithilfe von Programmen wurde vielfach eher losgelöst vom Gesamtgruppenkontext durchgeführt. Diese Art der Förderung wurde und wird daher vielfach als „additive Sprachförderung“ bezeichnet. Dies ist in gewisser Weise irreführend, da der Begriff „additiv“ faktisch nur „zusätzlich“ bedeutet. Hinter einem Zusatzangebot steht aber nicht per se ein programmatisches Vorgehen. Eine Fachkraft, die mit einer Kleingruppe von Kindern ein Zusatzangebot macht, könnte sehr wohl ein hochwertiges, responsiv gestaltetes Angebot durchführen.

In den Wortlandschaften des Alltags

Aktuell stützen die neuen so genannten Groß-Corpora-Studien den didaktischen Weg einer alltagsintegrierten Förderung. Es sind damit Studien gemeint, die die Sprachproduktion eines Kindes über viele Jahre hinweg aufzeichnen. Aus dieser Forschung lassen sich wichtige Schlüsse zur Entstehung der ersten Worte ziehen. Die Forschungsgruppe um Roy (et al. 2015) konnte über aufwändige Videotechnik-Forschung nachweisen, dass junge Kinder einen neuen Begriff dort zuerst sprechen, wo sie ihn viele Male gehört haben, wie z.B. das Wort „Wasser“ in der Küche, das Wort „Tschüss“ an der Haustür.

Für den verstehensgeleiteten Wortschatzaufbau lohnt es sich, dieses Prinzip wie eine didaktische Strategie anzuwenden. In der Kita können die zur Mahlzeit gehörenden Begriffe auch im Rollenspielbereich und im Sandkasten evoziert werden, wodurch der Wortschatzaufbau erheblich unterstützt wird. Kinder bauen dann Alltags-Skripts flüssiger auf, da ihnen die Worte häufiger begegnen. Über eine Frühdidaktik der Drehbuch-Skripts des Alltags (Gutknecht, 2023) oder der von Roys Forschungsgruppe abgeleiteten Didaktik der Wortlandschaften (Roy, et al., 2015) kann der Alltagswortschatz sehr systematisch aufgebaut werden. Dies impliziert allerdings eine Perspektive auf alltagsintegrierte sprachliche Bildung und Förderung, die beinhaltet, dass Vorlesen und Erzählen, responsive Formen der Spielassistenz sowie Projekte als reguläre Teile des Kindergartenalltags zu verstehen sind.

Hieraus ergibt sich, dass bei einer Zusatzförderung die Fachkräfte in der Kita und die durchführende Fachkraft der Zusatzförderung hinsichtlich der Projekte und Themen gemeinsam planen. Hierfür ist es günstig, wenn die Förderung innerhalb der Kita stattfindet mit kurzen Wegen, um gute Abstimmungsprozesse zu ermöglichen. Wenn der Alltagswortschatz bei der Mahlzeit über mahlzeitbezogene Sprache aufgebaut wird, im Rollenspielbereich mit Küchengegenständen aus aller Welt gespielt wird, kann auch unter dem Aspekt der Bildungssprache



Foto: imago

Im frühen Spracherwerb spielen spiegelnde Verhaltensweisen bezogen auf Laut- und Sprachäußerungen, Emotionen, Mimik und Gestik eine große Rolle.

an diese Inhalte angeknüpft werden, um so den sprachlichen Radius der Kinder sukzessive zu erweitern.

Wissenschaftler:innen aus der empirischen Forschung bewerten aktuell die Zusatzförderung im Bereich Sprache keinesfalls negativ und im Widerspruch zur alltagsintegrierten Förderung, sondern sehen in der sinnvollen Kombination der beiden Zugänge die besten Chancen. Diese Position vertreten zum Beispiel Anders et al. in der Bundesexpertise (2022), Egert et al. in ihrer Arbeit zur Evidenzbasierung vorschulischer sprachlicher Bildung und Förderung (2020) und Körner et al. (2024) in „Bedeutung sprachlicher Interaktionen im Kita-Alltag mit Kindern mit und ohne Sprachförderbedarf“. Es besteht hier Einigung darüber, dass Kinder mit Sprachförderbedarf zusätzliche Sprachförderung benötigen und dass dieses in Kleingruppen oder alltagsintegriert stattfinden kann. Es ist bei dieser Beurteilung zu sehen, dass Forschungsgruppen die Ausrichtung an der alltagsintegrierten Sprachförderung in der Umsetzung durch die pädagogischen Fachkräfte oft nur unzureichend vorfinden. So konnten Körner et al. (2024) zeigen, dass viele Fachkräfte im Rahmen der alltagsintegrierten Förderung eine systematische und responsive Sprachförderstrategie vermissen lassen. Regelmäßige Fort- und Weiterbildung ist hier erforderlich.

3. GELINGENSAKTOR: Responsivität

Responsives Handeln pädagogischer Fachkräfte zeigt sich in einem umfangreichen Spektrum an Strategien zur sprachlichen Bildung und Förderung sowohl in Face-to-Face- als auch in Gruppenkontexten (Miosga 2019; Gutknecht 2023).

Responsivität bedeutet, ein gut auf das Kind und seine kognitiven Verarbeitungsmöglichkeiten abgestimmtes Antwortverhalten zeigen zu können. Im frühen Spracherwerb spielen dabei zunächst spiegelnde Verhaltensweisen, bezogen auf Laut- und Sprachäußerungen, Emotionen, Mimik und Gestik eine große Rolle. Später kommen Strategien wie Self-Talking (Versprachlichung des eigenen Handelns) und Parallel-Talking (Versprachlichung des Handelns des Kindes) dazu, sowie die korrigierende, umformende oder erweiternde Rückmeldung über das korrektive Feedback (Kartchava 2022). Die Sprache der Fachkräfte orientiert sich dabei am kindlichen Aufmerksamkeitsfokus.



Foto: imago

Für viele Kinder sind praktische Tätigkeiten eine Brücke in die Sprachwelt.

Mit dem Voranschreiten der kognitiven Entwicklung der Kinder verändern sich die Lernstrategien. Strategien wie Scaffolding (sprachliche Gerüstbautechnik) und kognitiv anreichende Interaktionen im Sinne des Sustained Shared Thinking gelten dabei als besonders wertvoll und wichtig (Siraj et al 2015). Mehrsprachige Kinder profitieren davon, wenn es Möglichkeiten gibt, ihre Sprachen einzubringen.

Kinder mit Sprachauffälligkeiten sind eine diverse Gruppe mit unterschiedlichen Bedarfen. Es hat sich hier gezeigt, dass die Kompetenz, Sprachförderstrategien responsiv und in der nötigen Frequenz einzusetzen, in länger andauernden Fortbildungen insbesondere unter Nutzung von (Video)Feedback systematisch aufgebaut werden muss. Die oben genannten Strategien müssen tief verankert und zu einem professionellen Habitus in der Interaktion mit Kindern werden.

Professionelle Responsivität zeigen pädagogische Fachkräfte insbesondere in der Projektarbeit in der Kita. Im Rahmen von Projekten können Fachkräfte Sprache erweitern und modellieren. Sprachreiche Themen, die über einen längeren Zeitraum bearbeitet werden können, stehen im Fokus (z. B. Freundschaften, Emotionen und Gefühle, Tiere, Berufe). Über Projekte lassen sich verschiedene Bildungsbereiche behandeln wie Kunst, Musik, Mathematik, Sprache und Naturwissenschaften. Dies ermöglicht den Kindern, ein Thema aus verschiedenen Perspektiven zu erkunden und unterschiedliche Wortschatzfelder auch der Bildungssprache aufzubauen. Kinder werden aktiv in den Planungs- und Entscheidungsprozess einbezogen. Sie dürfen Fragen stellen, Ideen einbringen und an der Gestaltung des

Projekts mitwirken. Durch praktische Aktivitäten und Experimente können Kinder ihre Fähigkeiten und ihr Wissen erweitern. Dies kann auch durch Bauen, Pflanzen, Kochen, Tönen oder andere handwerkliche Tätigkeiten geschehen. Für viele Kinder sind praktische Tätigkeiten eine Brücke in die Sprachwelt. Über Projektarbeit kann die Zusammenarbeit zwischen den Kindern im Sinne des sozial-emotionalen Lernens vertieft werden. Sie lernen, sich abzusprechen, Aufgaben zu teilen und gemeinsam Probleme zu lösen. In den Prozessen im Projekt können langanhaltende Interaktionen aufgebaut und vertiefendes kognitives Denken angeregt werden. Projekte sind kein Zusatz, sondern gehören zum Kita-Alltag, von daher ist das responsive Sprachhandeln der Fachkräfte im Projektkontext alltagsintegrierte Förderung. Die hier verwendeten Sprachförderstrategien fallen bei den einzelnen Kinder unterschiedlich aus und spiegeln die Anpassung der Fachkräfte an den jeweiligen Entwicklungsstand. Projekte schaffen eine Basis, um in einen Austausch zu kommen, zu teilen und mitzuteilen, zu erzählen, zu phantasieren, gemeinsam Dinge zu kreieren, zu analysieren.

Die Responsivität der Fachkräfte zeigt sich auch in einem breiten Methodenspektrum zum entwicklungsangepassten Aufbau der Erzählkompetenzen der Kinder, zur Förderung und Unterstützung des Erzählens (bildgestütztes und objektbezogenes Erzählen (von Minimal Stories bis zur komplexen Dramaturgie), kollektives Erzählen, Fortsetzungsgeschichten, Geschichtenparcours, Geschichtenwerkstatt.

4. GELINGENSAKTOR: *Mehrsprachigkeitsdidaktik*

Mehrsprachigkeitsdidaktik bezieht sich auf den Ansatz, mehrsprachige Kompetenzen bei Lernenden bewusst und gezielt zu fördern. Das Ziel der Mehrsprachigkeitsdidaktik ist es, den Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre sprachlichen Fähigkeiten in ihren verschiedenen Sprachen zu entwickeln und zu verbessern, um so ihre kommunikativen Fähigkeiten in verschiedenen Kontexten zu erweitern.

Kinder mit noch geringen Kenntnissen in der Umgebungssprache haben gehäuft einen schwierigen Zugang zu Interaktionen mit den Peers. Sie haben ein größeres Risiko der Vernachlässigung oder sogar aktiver Ablehnung durch ihre Peers (Ytterhus 2013). Sie spielen und sprechen aufgrund sprachlicher und kommunikativer Schwierigkeiten insgesamt oft seltener mit Gleichaltrigen und haben Schwierigkeiten, Interaktionen aufrechtzuerhalten. Im Rahmen einer responsiven Spiellassistenz unterstützen Fachkräfte Kinder darin, zum Skript eines Spiels beizutragen.

5. GELINGENSAKTOR:

Digitale Medien in inklusiven Kontexten

Digitale Medien lassen sich vielseitig gerade auch in inklusiven Kontexten einsetzen. Die Spannweite reicht von den adaptierten Spielsachen, die sich über Taster bewegen lassen, bis hin zu Tablets, mit denen man Bilder oder Geräusche „einfangen“ und zu Geschichten verarbeiten kann. Im Übergang zur Grundschule lassen sich bereits die so genannten „adaptable books“ nutzen, das sind Bücher, die sich im Rahmen der Early Literacy Pädagogik auf die Kinder und ihre Bedarfe hin anpassen lassen (Reber et al 2020).

6. GELINGENSAKTOR:

Zusammenarbeit mit ein- und mehrsprachigen Familien

Der Entwicklungs- und Bildungsbereich Sprache erfordert ein nicht zu unterschätzendes Beratungswissen der Fachkräfte. Gerade wenn die Sprachförderung auffällig erscheint, ist in den Entwicklungsberatungsgesprächen eine Aufklärung über sprachförderliche, aber auch sprachhemmende Verhaltensweisen notwendig. Es besteht ein hohes Risiko, dass Eltern in einen instruktiven Sprachstil wechseln, wenn Sprachauffälligkeiten kommuniziert werden. Die Kinder werden dann häufig zum Nachsprechen gedrängt, mit dem Risiko, die Sprechfreude zu verringern.

In der Arbeit mit mehrsprachigen Familien ist die Erfassung der Mehrsprachenkontexte auf der Basis der Vorlage von Lüke und Ritterfeld (2013) geeignet. Hier kann auf einem DIN-A4-Bogen im Gespräch mit den Eltern erfasst werden, in welcher Sprache ein Kind mit seinen Geschwistern spricht, mit seinen Eltern und Großeltern oder mit Freund*innen – aber auch welche Sprache für den Mediengebrauch (Fernsehen, PC) bevorzugt wird. Zentral ist die Expertise im Bereich Mehrsprachigkeit. Eltern haben hier viele Fragen und hohen Beratungsbedarf. Buschmann und Schumm (2017) haben in einer Studie aufzeigen können, wie umfangreich das Fachwissen sein muss, um beispielsweise Fragen nach dem Umgang mit mehreren Sprachen in der Familie (Was mache ich, wenn andere Personen anwesend sind?) oder dem Erwerb mehrerer Sprachen (Wann spricht das Kind eine bisher verweigerter Sprache?) zu beantworten.

7. GELINGENSAKTOR: Einsatz von Fachberatungen

Gerade das Projekt der Sprachkitas konnte zeigen, wie wertvoll die sprachbezogene Fachberatung im Kontext der Sprachförderung für Fachkräfte in Kitas sein kann. Allerdings müssen die Fachberatungen mehrheitlich intensiv für diese Arbeit geschult werden. Fachberatungen, die als fachlichen Hintergrund ein Studium der Sozialen Arbeit einbringen, haben dort in der Regel mangels Angebot keine verpflichtenden Module zur Sprachentwicklung, zu Sprachauffälligkeiten, zur Mehrsprachigkeitspädagogik belegen können. Aktuell sind zudem die Rahmenbedingungen suboptimal. Vielfach müssen Fachberatungen viel zu viele Einrichtungen betreuen und haben als „Feuerwehr“ meist Kinderschutz oder auch den Umgang mit Kindern mit externalisierenden Verhaltensweisen im Fokus.

Ausblick

Die Aufgaben im Kontext des Bildungsbereichs Sprache wandeln sich derzeit massiv. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund mit geringen Sprachkenntnissen steigt. Dies wird zu einer Neuausrichtung sprachlicher Bildung und Förderung führen müssen. Seeger und Holodynski (2022) betonen in dem von ihnen entwickelten Konzept „Bildung in der Kita organisieren (BiKo)“ das Erfordernis guter diagnostischer Instrumente zur Einschätzung des Entwicklungsstandes und der Bereiche, in denen Kinder mehr Erfahrungsmöglichkeiten benötigen. Auch ein regelmäßiger Materialcheck in puncto Spiel- und Anregungsmaterialien wird als zentral angesehen. Ein Aspekt, der auch bei Zusatzförderung eine große Rolle spielt. Responsive Spielassistenz bedeutet, Spiele sehr genau auf ihr Potenzial hin beurteilen zu können.



Anders et al (2022) empfehlen in ihrer Bundesexpertise, neben einem wissenschaftlichen Kriterien entsprechenden Fachkraft-Kind-Schlüssel die mittelbare pädagogische Arbeit mit mindestens 18 Prozent deutlich höher zu gewichten, um ausreichend Vorbereitungszeit für diese anspruchsvolle Arbeit zur Verfügung zu haben.

Auch die Arbeit in den Alltagsroutinen, in denen die Skripts für Lebensaktivitäten wie Essen und Trinken, Schlafen und Ruhen, Ausscheiden erlernt werden, erfordert Vorbereitung und Expertise (Gutknecht 2023). Gerade diese Bereiche sind oftmals von geringer Qualität in den Einrichtungen, obwohl hier neben der Sprache ein Schlüssel für Wohlbefinden und für ein gutes Kita-Klima liegen kann. ▮



Dr. Dorothee Gutknecht,

Professorin für Kindheitspädagogik, Evangelische Hochschule Freiburg. Arbeitsschwerpunkte: Spracherwerb/Mehrsprachigkeit, Inklusion, Säuglings- und Kleinkindpädagogik, Achtsamkeit und Responsivität

Literatur

- Anders, Y., Wolf, K. & Enß, C. (2022): Bundesweite Standards in der sprachlichen Bildung in der Kindertagesbetreuung.
- Egert, F., Galuschka, K., Groth, K., Hasselhorn, M. & Sachse, S. (2020): Evidenzbasierung vorschulischer sprachlicher Bildung und Förderung: Was man darunter versteht und bisher darüber weiß. In K. Blatter
- K. Groth & M. Hasselhorn (Hrsg.): Evidenzbasierte Überprüfung von Sprachförderkonzepten im Elementarbereich (S. 3–27). Wiesbaden: Springer VS.
- Gutknecht, D. (2023): Mehrsprachigkeit in der Kita als Weiterbildungsthema: Konzeptionelle Perspektiven auf Wirksamkeit und Transfer. In: Journal of Early Years Education. Gyermeknevelés Tudományos Folyóirat, 1.1 (1):128–153.
- Körner, F., Sachse, S. & Egert, F. (2024): Bedeutung sprachlicher Interaktionen im Kita-Alltag mit Kindern mit und ohne Sprachförderbedarf. Konzeption, sprachliches Handeln und fachliche Begleitung. Frühe Bildung (2024), 13 (1), 3–12.

Eine vollständige Literaturliste steht auf:

www.gew-bw.de/herausforderungen-und-gelingensfaktoren

LEHRKRÄFTEEINSTELLUNG 2024

Viele Stellen bleiben unbesetzt

Die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften stellt sich dieses Jahr fast überall noch deutlich schlechter dar als in den vergangenen Jahren. Je nach Schulart und Standort muss mit dramatischen Versorgungslücken gerechnet werden. Besonders an den SBBZ, in der Inklusion und in Grundschulen wird der Personalmangel die Kolleg*innen belasten.

Neben den Noten in den Lehramtsprüfungen hängen die Einstellungschancen in Baden-Württemberg von den studierten Fächern und der Schulart ab. Aber auch der regionale Bedarf und die Einsatzwünsche der Bewerber*innen sind entscheidend für ein Einstellungsangebot.

Daran hat sich 2024 nichts geändert. Noch scheint die Talsohle des allgemeinen Lehrkräftemangels nicht erreicht. Die Unterrichtsversorgung ist vor allem in den weniger attraktiven Regionen Baden-Württembergs weiterhin problematisch und teilweise alarmierend. Selbst mit

sehr guter bis guter Gesamtqualifikation erhielten Lehrkräfte kein Einstellungsangebot, wenn sie bei der Bewerbung nur beliebte Einstellungsbezirke angegeben hatten. Für viele freie Stellen gab es auch 2024 keine Bewerber*innen.

Einstellungen und Bewerbungen						
	EINSTELLUNGEN				BEWERBUNGEN	
		2024		2023	2024	2023
Lehrkräfte	freie Stellen insgesamt	Angebote über Einstellungsliste	vorab besetzte Stellen	freie Stellen insgesamt		
Grundschulen	1.124	293	724	1.221	1.250	1.205
Haupt- / Werkrealschulen / Realschulen	1.127	156	672	1.057	1.050	1.030
Sonderpädagogik	450	22	297	488	400	401
Musisch-technische Fachlehrkräfte	459	18	304	483	390	57 nur Listenverfahren
Fach- / techn. Lehrkräfte Sonderpädagogik	171	66	105	165	150	118
Gymnasien	ca. 700 (davon 121 an GMS)	ca. 234 (davon 70 an GMS)	ca. 346 (davon 51 an GMS) ¹	ca. 930 (davon 150 an GMS)	ca. 1.360 ² (minus 447 in Privatschulen)	1.496
Berufliche Schulen	884 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL), 169 Technische Lehrkräfte (TL)	25 WL (davon 23 Neubewerber)	234 WL 88 TL	1.011 WL, 139 TL	320 Laufbahnbewerber*innen (253 Neu-, 67 Altbewerber*innen)	388 Laufbahnbewerber*innen

Die ungefähren Angaben und einige Unterschiede zwischen den Zahlen im Text und der Tabelle liegen an widersprüchlichen Angaben des KM sowie dem Unterschied zwischen freien Stellen und der Zahl der Personen, die sie besetzen.

¹ Besetzte Stellen im Ausschreibungsverfahren: Stand 14.06.2024 ² Diese Zahl beinhaltet nur Bewerber*innen für das Listenverfahren

Grundschulen

Unterrichtsversorgung regional sehr unterschiedlich

In der Einstellungsrunde 2024 gab es für die Grundschulen ein Gesamtkontingent von 1.124 freien Stellen und damit rund 100 Stellen weniger als 2023. Neben dem Listenverfahren mit 400 Stellen (386 über Gesamtqualifikation und 14 über Engpassfächer) zählt das Kultusministerium auch die schulbezogenen Einstellungen sowie Entfristungen, Teilzeiterhöhungen oder vorzeitige Rückkehr aus Beurlaubung und Elternzeit dazu. Wie viele Stellen jeweils auf die verschiedenen Einstellungsverfahren fielen, lässt sich daher nicht verlässlich benennen.

Eines aber ist sicher: Für die freien Stellen im Listenverfahren gab es wieder zu wenig Bewerber*innen. Massiv war erneut das Regierungspräsidium (RP) Stuttgart betroffen. Hier standen 162 Stellen zur Verfügung. Nur für 67 dieser Stellen gab es Bewerber*innen. Angesichts der landesweiten Bewerber*innenlage und der angegebenen Wunschregionen hatten die RP in den Verfahren vermutlich von vorneherein weniger Stellen angefordert. 167 Bewerber*innen fürs Grundschullehramt hatten ihre Wünsche regional so eingeschränkt, dass für sie keine Stelle infrage kam. Diese Zahl ist erneut erschreckend hoch. Selbst Noten mit 1,1 führen zu keinem Angebot, wenn die freien Stellen nicht zu den regionalen Vorstellungen der Bewerber*innen passt. Die attraktiven Regionen waren auch in diesem Jahr die Rheinschiene (Großräume Freiburg und Karlsruhe, sowie die Rhein-Neckar-Region). Im Regierungsbezirk Tübingen gab es mit über 50 Stellen mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. In Südbaden gab es dieses Jahr erfreulicherweise mehr Bewerber*innen. Wie viele Stellenangebote von den Bewerber*innen im Nachhinein abgelehnt wurden, bleibt abzuwarten.

KOMMENTAR

Kann Baden-Württemberg Bildungsgerechtigkeit?

*Bildungsgerechtigkeit schreibt sich unsere Landesregierung groß auf die Fahnen, dafür will sie viel tun. Viele Ideen der letzten Monate sollen bessere Chancen für Kinder und Jugendliche bieten, unabhängig von ihrer Herkunft Bildungserfolge erreichen zu können. Doch die Realität in unserem Land sieht anders aus: Es kommt immer stärker auf den familiären Hintergrund an, wie die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen sind. Für Kinder mit schwierigeren Startbedingungen gibt es in Baden-Württemberg immer mehr Hürden auf dem Weg zum Bildungserfolg. Zunehmend herrscht noch eine andere Ungerechtigkeit: Die Attraktivität des Ortes für junge Lehrer*innen, die neu in den Schuldienst kommen, entscheidet über die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Wie viele junge Menschen auf dem freien Arbeitsmarkt können sich die jungen Lehrkräfte immer besser aussuchen, was für sie attraktiv ist. Der Lehrkräftemangel in allen Schularten tritt – je nach Region unterschiedlich deutlich – zutage. Lehrer*innen haben die Wahl: Habe ich beste Noten und will eine unbefristete Stelle? Dann muss ich nur ein bisschen flexibel sein, was die Lage meiner künftigen Schule angeht. Begehrteste Städte allein anzugeben, reicht trotz sehr guter Noten manchmal nicht aus. Bringe ich aber eine Mangelschulart oder Mangelfächer mit, ist meine Chance gut, auch in begehrten Städten eine Stelle zu bekommen. Die Zeiten, zu denen eine Beamt*innenstelle gereicht hat, um junge Menschen zu vielen Kompromissen zu bringen, sind vorbei. Das hat die Spitze des Kultusministeriums leider noch nicht verstanden.*

*Die Mangelregionen und Mangelschularten müssen ausreichend mit qualifizierten, gut ausgebildeten und motivierten Lehrer*innen versorgt werden. Dafür müssen Anreize her. Was nicht hilft: Die Flexibilität einzuschränken, was den Umfang der Stelle oder Freistellungsjahre betrifft. Auch nicht die Bezahlung nach A 12/E 11 für Grundschullehrkräfte, die jenseits der*

*Landesgrenzen oder in der Schweiz deutlich mehr verdienen als bei uns. Auch die die Entlassung der Referendar*innen vor den Sommerferien hilft nicht. Wir sollten den dringend benötigten jungen Lehrer*innen mehr Wertschätzung entgegenbringen und ihnen möglichst viel Sicherheit bieten. Stattdessen werden sie vor den Ferien in die Arbeitslosigkeit entlassen. Und das in der Zeit, in der die Finanzierung von Umzügen, Kautionszahlungen oder Wohnungseinrichtung anstehen. Ganz abgesehen von der Erholungsbedürftigkeit am Ende eines fordernden Schuljahres, das diese Kolleg*innen im Vorbereitungsdienst hinter sich gebracht haben.*

Die GEW fordert das Kultusministerium seit Jahren auf, endlich Konzepte zu entwickeln, die in den Regionen und betroffenen Schularten eine ausreichende Lehrkräfteversorgung sicherstellen.

Im Bereich Sonderpädagogik werden sich die mangelhaften Zustände in der Unterrichtsversorgung weiter verschlechtern. An den SBBZ und in der Inklusion herrscht eine massive Unterrichtsversorgung. So kann das Recht auf Bildung der Kinder mit Behinderungen nicht erfüllt werden. Das werden auch 175 neue Studienplätze für Sonderpädagogik an der PH Freiburg in absehbarer Zeit nicht verbessern. Dieser Zustand ist für unser Land und unsere Regierung beschämend.

*Die GEW setzt sich weiterhin für genügend ausgebildete Lehrkräfte und bessere Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich ein – zum Besten für gute Bildung und für unsere Schüler*innen. ■*

Monika Stein

GEW-Landesvorsitzende

Sekundarstufe 1

Warum Bewerber*innen

Stellenangebote nicht wahrnehmen

Drastischer ist die Stellenbesetzung in den Schularten der Sekundarstufe 1. Hier stand ein Gesamtkontingent von 1.127 Stellen zur Verfügung. 400 Stellen waren im Listenverfahren über die Gesamtqualifikation und 55 Stellen über Engpassfächer zu vergeben. 299 der 455 Stellen blieben offen. Allein im Regierungsbezirk Stuttgart konnte im Listenverfahren für 242 der 290 Stellen keine Bewerber*innen gefunden werden. Über 80 Prozent der Stellen im Listenverfahren sind im RP in Stuttgart noch unbesetzt. Auch in den Mangelregionen des Regierungsbezirks Freiburg fand sich für nicht mal die Hälfte der ausgewiesenen Stellen Bewerber*innen. Besser sah die Quote bei den fachspezifischen Einstellungen (z.B. Englisch, Bio, Technik, AES, Chemie) im RP Freiburg und RP Karlsruhe aus. Für Stuttgart und Tübingen gab es keine fachspezifischen Stellen. Die Wunschregionen sind auch für die Sekundarstufe 1 die Großräume Freiburg

und Karlsruhe, sowie die Rhein-Neckar-Region. Wieder war es eine viel zu große Zahl, nämlich 118 Bewerber*innen auf der Liste, die aufgrund ihrer regionalen Einschränkungen kein Angebot erhalten konnten. Wie viele Personen später über Nachrückverfahren bzw. die Stelleninfos der RP noch ein Angebot annehmen, lässt sich noch nicht abschätzen. Aus Beratungen rund um die Einstellungsverfahren wissen wir, dass viele angehende Lehrkräfte auf eine Anstellung als Krankenstellvertretung in ihrer Wunschregion setzen. Die musisch-technischen Fachlehrkräfte bekamen insgesamt 155 Stellen im Listenverfahren zugewiesen. Die meisten waren wieder für den Regierungsbezirk Stuttgart vorgesehen. Dort konnten aber nur wenige Angebote gemacht werden. Ein kleineres Kontingent gab es auch für Karlsruhe, wenige Stellen für Freiburg und nur eine für Tübingen. Insgesamt standen für die 155 Stellen nur 18 Fachkräfte zur Verfügung. Zusammen mit den vorgezogenen Verfahren hätte hier ein Gesamtkontingent von 459 Stellen zur Verfügung gestanden.

Sonderpädagogik

Bildungschancen verschlechtern sich

Insgesamt sind rund 450 Stellen für Lehrkräfte Sonderpädagogik zum kommenden Schuljahr zu besetzen. Davon wurden vorab bereits rund 280 besetzt. Im Listenverfahren war die Situation dramatisch. Für 171 offene Stellen hatten sich zwar 128 Bewerber*innen gemeldet. 90 dieser Personen wollten aber eine Verbeamtung im Privatschuldienst. Aufgrund der Einsatzwünsche konnten nur 22 Bewerber*innen ein Angebot an einem staatlichen SBBZ erhalten. Die positiven Ausnahmen bei den Sonderpädagog*innen sind wieder das RP Tübingen und die Rhein-Neckar-Schiene. Nur dort gab es für die Mehrzahl der freien Stellen Bewerber*innen. Besonders dramatisch ist die Situation im RP Stuttgart. Dort waren beim Listenverfahren noch 125 Stellen offen, aber nur für 5 Stellen gab es passende Bewerber*innen. Im RP Freiburg konnten für 34 offene Stellen nur 7 Angebote gemacht werden, im RP Karlsruhe war das Verhältnis mit 11 offenen Stellen zu 7 Angeboten besser und im



Foto: imago

RP Tübingen gab es nur 1 offene Stelle, für die es auch eine Bewerbung gab.

Bei den Fachlehrkräften und Technischen Lehrkräften Sonderpädagogik konnten vorab bereits knapp 100 Stellen besetzt werden. Beim Listenverfahren waren noch 66 Stellen offen. Dafür gab es 47 Bewerber*innen. Davon wollten aber 37 im Privatschuldienst verbeamtet werden. Viele Bewerber*innen haben bereits eine Stelle an einem privaten SBBZ angenommen und wollen verbeamtet und in den Privatschuldienst beurlaubt werden. Das ist im sonderpädagogischen Bereich üblich, da es in vielen Regionen nur private SBBZ gibt. Für die 66 offenen Stellen an staatlichen SBBZ blieben nur 3 Bewerber*innen übrig.

Gymnasien

Rücklaufende Zahlen an Referendar*innen

Zum Schuljahr 2024/25 bewarben sich 1.360 Gymnasiallehrkräfte (525 Neu- und 835 Altbewerber*innen) für das Listenverfahren; 447 davon werden entweder im Privatschuldienst arbeiten oder sind bereits an einer Privatschule tätig und bewerben sich über das Listenverfahren für die Verbeamtung. Bleiben also 913 Gymnasiallehrkräfte, denen in diesem Jahr ungefähr 319 Listenplätze (davon 70 an Gemeinschaftsschulen) zur Verfügung stehen.

Da, wie in den Jahren zuvor, wahrscheinlich nicht alle Dienstanfänger*innen mit einem vollen Deputat beginnen, liegt die Einstellungszahl höher. Ein kleiner Teil der Stellen kann im Härtefall-, Spitzensportler*innen- und im Schwerbehindertenverfahren vergeben werden. Darüber hinaus werden auch Einstellungen für Gymnasiallehrkräfte an beruflichen Schulen angeboten.

Die Einstellungschancen in den vier Regierungspräsidien (RP) sind wie in den letzten Jahren sehr unterschiedlich. Im größten RP, dem RP Stuttgart, wurden mit knapp 300 Stellen die meisten Stellen frei. Über die Hälfte der Stellen im RP Stuttgart wurde bereits im Ausschreibungsverfahren vergeben. Rund 150 Stellen entfielen auf das RP Freiburg und ca. 90 auf das RP Tübingen. Im RP Karlsruhe gab es ca. 125 Stellen. Bei diesen Angaben handelt es sich um eine Summe aus Stellen über Liste und über Ausschreibung.

Ob Referendar*innen ein Einstellungsangebot bekommen, hängt sehr von den Fächern bzw. Fachkombinationen ab. Erfreulicherweise konnten allerdings in diesem Jahr wieder einige Deutschstellen über die Liste vergeben werden. Wenn man aber die hohe Anzahl an Bewerber*innen mit dem Fach Deutsch betrachtet (346), so ist ersichtlich, dass leider einige Bewerber*innen nicht zum Zug gekommen sind.

Einzelne Stellen in Mangelfächern können dagegen nicht besetzt werden, da die Bewerbungen sich nicht mit dem Bedarf in Mangelregionen decken. Insgesamt zeigt sich in Mangelregionen, dass auch Bewerber*innen mit schlechterer Leistungsziffer zum Zug kommen, wenn sie räumlich sehr flexibel sind. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings

auch, dass sehr gute Bewerber*innen, die räumlich nicht flexibel sind, keine Stellenangebote erhalten haben. Auch steigen die Chancen deutlich für diejenigen, die bereit sind, an einer anderen Schulart als dem Gymnasium eingesetzt zu werden.

Aussagen zu treffen, inwiefern sich die Teilzeitbeschränkung für Lehrkräfte auf die Anzahl der neuen Stellen ausgewirkt hat, kann das Kultusministerium zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht.

Da es in den letzten Jahren zunehmend schwierig geworden ist, offene Physik- und BK-Stellen zu besetzen, hat das Kultusministerium das Gymnasium in einzelnen Fächern für den Direkteinstieg geöffnet. Insgesamt konnten 12 Direkteinsteiger*innen in den Fächern BK und Physik gewonnen werden, davon 11 im RP Stuttgart. Dies zeigt, dass das RP Stuttgart auf dieses Programm angewiesen ist, damit auch in weniger beliebten Regionen Lehrkräfte für Mangelfächer zur Verfügung stehen.

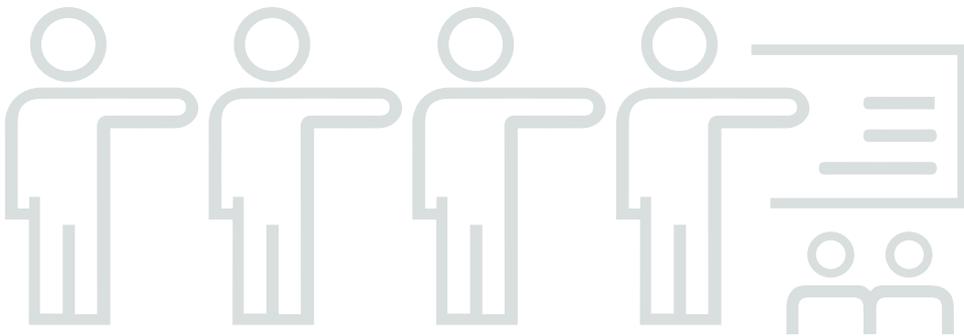
Die Gymnasien starten wie in den letzten Jahren mit einer großen Anzahl an Vertretungslehrkräften ins neue Schuljahr. Trotzdem kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Referendar*innen zumindest eine KV-Stelle bekommen.. Wer eine KV-Stelle ergattert, bekommt dank des Einsatzes der GEW die Sommerferien bezahlt, sofern der Vertrag bis zum 31. Dezember geschlossen wird und bis zum Ende des Schuljahres gilt.

Insgesamt ist die Zahl der Referendar*innen rückläufig, sodass in den kommenden Jahren vermutlich in vielen Fächern Lehrkräfte fehlen. Erst recht mit G9.

Berufliche Schulen

Bewerber*innenmangel verschärft sich weiter

An den Beruflichen Schulen (BS) werden insgesamt 1.047 Deputate frei – davon 878 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL) und 169 Technische Lehrkräfte (TL). Darunter sind sich 299 Deputate mit auslaufenden befristeten Verträgen. Dazu kommen 14 Neustellen für die Erzieher*innenausbildung, 8 Stellen werden abgebaut, so dass insgesamt 1.053 Stellen besetzt werden können.



Bei den TL konnten bislang 88 Personen gewonnen werden, davon 55 im Gewerbe. Damit können aufgrund des Teilzeitfaktors 85 Deputate besetzt werden. Die Zahlen bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei den WL konnten in den vorgezogenen Verfahren 523 Personen gewonnen werden (2023: 582). 234 Laufbahnbewerber*innen (Vorbereitungsdienst Berufliche Schulen) wurden in den vorgezogenen Verfahren eingestellt, 23 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Dramatik der Situation wird erst bei einem genaueren Blick auf die Zahlen deutlich. Die Zahl der Laufbahnbewerber*innen in den berufsbezogenen Fächern Gewerbe und Kaufmann ist stabil geblieben – im Gewerbe allerdings auf einem seit Jahren viel zu niedrigen Niveau. Einen massiven Rückgang mit minus 60 Prozent gibt es allerdings bei den Bewerber*innen mit zwei allgemeinbildenden Fächern. Auch in Hauswirtschaft/Sozialpädagogik gab es einen Rückgang um 23 Prozent, vor allem im Fach Sozialpädagogik/Pädagogik.

Traditionell werden an den BS Bewerber*innen aus dem allgemeinbildenden Bereich eingestellt. Gewonnen werden konnten

132 Gymnasialbewerber*innen, 5 Sekundarstufen 1-Lehrkräfte und 3 Sonderpädagog*innen. Die Zahl der gewonnenen Lehrkräfte mit Gymnasialausbildung ist damit innerhalb von zwei Jahren um ein Drittel zurückgegangen.

Positiv hat sich lediglich der Direkteinstieg entwickelt. Hier konnten 146 Personen gewonnen werden (Vorjahr 105), was einem Zuwachs von 39 Prozent entspricht. Insbesondere im Gewerbe konnten mehr Lehrkräfte gewonnen werden (2024: 71; 2023: 46).

Für das Listenverfahren standen noch 84 Bewerber*innen zur Verfügung – davon haben 25 Lehrkräfte ein Einstellungsangebot erhalten. Den anderen Lehrkräften konnten meist mangels regionaler Flexibilität kein Einstellungsangebot gemacht werden. 42 Personen haben einen Zwischenbescheid erhalten. Die verbliebenen Bewerber*innen können sich im Nachrückverfahren bewerben – hier werden die Stellen schulscharf ausgeschrieben.

Tendenziell verschärft und verallgemeinert sich der Bewerber*innenmangel. Problematisch sind nicht mehr nur die klassischen Mangelfächer im berufsbezogenen Bereich, in Mathematik und Naturwissenschaften. Einen Mangel gibt es zunehmend auch in allgemeinbildenden Fächern.

Die Einstellungszahlen spiegeln den demographischen Wandel wider. Derzeit verlassen die geburtenschwachen Jahrgänge das Schulsystem, die Zahl der Abiturient*innen ist um ca. 20 Prozent zurückgegangen, folglich auch die Zahl der Studierenden. Seit 2017 ist die Zahl der Personen, die den Vorbereitungsdienst Berufliche Schulen beginnen, von 491 auf 302 (2023) zurückgegangen, im gymnasialen Lehramt hat sich die Zahl

fast halbiert (2017: 2.059; 2023: 1.075). Damit wird es für die Berufliche Schulen immer schwieriger, Bewerber*innen zu finden. Der Mangel wird wohl mindestens bis Ende des Jahrzehnts anhalten.

Die Einführung von G9 wird dies vermutlich noch weiter verschärfen. Noch ist unklar, wie viele zusätzliche Stellen mit welchen Fachrichtungen das KM in G9 stecken will. Die GEW vertritt deshalb die Position, dass die Einführung von G9 nicht zulasten anderer Schularten gehen darf. Die rechnerische Unterrichtsversorgung am allgemeinbildenden Gymnasium beträgt bereits heute 105 Prozent. Zusätzliche Bedarfe können somit auch aus dem Bestand gedeckt werden.

Insgesamt konnten bis Stand 3. Juli rund 475 Deputate mit WL besetzt werden (Vorjahr ca. 580). Damit stehen noch ca. 400 Deputate für WL und ca. 80 Deputate für TL zur Verfügung. Die restlichen Stellen werden bis in den September hinein ausgeschrieben. Es gibt also nach wie vor gute Einstellungschancen an den Beruflichen Schulen – eine regionale Flexibilität vorausgesetzt. Das KM geht außerdem davon aus, dass wieder eine vergleichbare Zahl an Deputaten in befristete Verträge umgewandelt werden. Damit können dann „Personen ohne Lehramtsausbildung“, Pensionäre etc. eingestellt werden. Auf diesem Wege können Stellen, die für Mangelfächern gebraucht werden, für ein Schuljahr besetzt werden, ohne sie dauerhaft zu blockieren. Allerdings wird es auch hier immer schwieriger, dafür geeignete Bewerber*innen zu finden. ▮

**Thomas Reck, Carmen Bohner,
Michael Futterer**

GEW- FACHTAGUNG

Was Schulsozialarbeit leisten kann und was nicht

*Dass Schulsozialarbeit wertvoll und nötig ist, darüber sind sich alle einig. Welche Aufgaben Schulsozialarbeit an Schulen tatsächlich übernehmen soll, darüber gehen bei genauer Betrachtung die Meinungen doch auseinander. Die GEW tauschte sich auf der Fachtagung Anfang Juni mit Politiker*innen und Fachkräften aus.*

„Kinder sind die primäre Ansprechgruppe der Schulsozialarbeit und nicht die Schule“, stellte Sandra Geissler heraus. Für die Leiterin der Schulsozialarbeit in Bern ist das ganz selbstverständlich, sie weiß aber wohl, dass die Realität an den Schulen oft eine andere ist. Wenn Schulen Personal fehlt, wenn Schüler*innen den Unterricht stören, wenn Schulen keine Zeit für Prävention haben, immer dann soll Schulsozialarbeit einspringen und schulische Probleme lösen. Sich dem Erwartungsdruck zu entziehen, ist für die Sozialarbeiter*innen schwierig. Sie arbeiten in ihrem Berufsfeld in der Regel alleine vor Ort. „Schulsozialarbeitende haben Angst, in der Schule ausgeschlossen zu sein. Wie jeder Mensch haben sie das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, sie möchten zur Schule dazugehören. Das verleitet sie zu tun, was die Schule will“, gab Geissler zu Gedenken. Schwerpunkt der Arbeit müsse aber sein, für Kinder da zu sein, denen es nicht gut geht.

Ohne Standards und Qualitätsansprüche geht es nicht, ohne die Fachkräfte auf ihr Arbeitsfeld vorzubereiten auch nicht. „Es sagt niemand: Gehen Sie morgen auf den Mount Everest, ohne vorbereitet zu sein. In der Schulsozialarbeit machen wir genau das“, sagte Geissler. Es sei wichtig, folgende Fragen zu diskutieren und zu beantworten: Was zeichnet gute Schulsozialarbeiter*innen aus? Wie soll Schulsozialarbeit, die zur Kinder- und Jugendhilfe gehört, in Schulen eingebunden sein? Sind Schulsozialarbeitende dafür da, Lehrkräfte zu entlasten oder Lücken der Personalversorgung zu stopfen? Wie können Lehrkräfte und Sozialarbeitende auf Augenhöhe miteinander kooperieren? Welche Rolle spielt



„Wenn Schulen Personal fehlt, wenn Schüler*innen den Unterricht stören, wenn Schulen keine Zeit für Prävention haben, immer dann soll Schulsozialarbeit einspringen und schulische Probleme lösen.“

Sandra Geissler

Leiterin der Schulsozialarbeit in Bern

die Schulsozialarbeit in der Prävention? Der Verein Berner Schulsozialarbeit (BeSSA) kam zu eindeutigen Ergebnissen. Die Mitglieder legten fest, welche Bedingungen ihre Schulsozialarbeiter*innen brauchen, um ihre Praxis so gestalten zu können, dass sie ihre Ziele zum Wohl der Kinder erreichen. Das

gemeinsame Selbstverständnis schützt sie vor überzogenen Erwartungen von Schulen, Politik oder Gesellschaft.

Siehe: www.bessa.swiss

Mehr Mittel für die Schulsozialarbeit

Das täte der Schulsozialarbeit hierzulande auch gut. Jürgen Schmidt, GEW-Experte für Schulsozialarbeit und Fortbildner zum Thema, stimmte Geisslers Analyse zu. Er begegnete vielen Fachkräften, die von den Schulen vereinnahmt würden, für Aufgaben, die originär in der Verantwortung der Schulen lägen. Das sei nachvollziehbar, weil unsere Bildungseinrichtungen enorm unter Druck stünden. Sie seien nicht ausreichend vorbereitet und ausgestattet, um ihre Kernaufgaben wie beispielsweise Primärprävention gut zu erfüllen. Gleichzeitig stiegen die Problemlagen der Kinder und Jugendlichen massiv. Nach dem Motto „Ohne Geld geht nichts“ forderte Schmidt in der Diskussion mit den Abgeordneten des Landtags mehr Mittel für die Schulen und die Schulsozialarbeit. Außerdem setzte er sich für gesetzliche Regelungen zur Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit ein. Die GEW hätte jüngst ein Rechtsgutachten hierzu erstellen lassen, das den landespolitischen Entscheidungsträger*innen zur Verfügung stünde. Im Schulgesetz müsse auch die verpflichtende Kooperation von Schule und Schulsozialarbeit geregelt werden.

Was Landtagsabgeordnete sagen

Bei Katrin Steinhilb-Joos rannte Schmidt damit offene Türen ein. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD steht für mehr Investitionen in die Schulsozialarbeit.

An allen Schulen sollte es ihrer Meinung nach Fachkräfte der Schulsozialarbeit geben, und selbstverständlich müsse auch die Zusammenarbeit der Akteur*innen verpflichtend geregelt werden. Aus der Diskussion nähme sie mit, dass auch fachliche Leitungsstellen und Supervision für die Schulsozialarbeit strukturell verankert werden müssten. Udo Heidrich, Tagungsteilnehmer und fachlicher Leiter von Schulsozialarbeit, hatte sich dafür stark gemacht. Andreas Sturm, Landtagsabgeordneter der CDU, machte keine Hoffnung, dass sich am Anteil der Landesfinanzierung

zu betrachten. Man dürfe die Menschen nicht verheizen. Gerade mit dem Ausbau von ganztägigen Schulen nehme diese Gefahr weiter zu. Zudem brauche es Leitungsstrukturen und Raum und Zeit für eine gelingende Kooperation zwischen Schule und Schulsozialarbeit. Die Zusammenarbeit müsse bereits bei den jeweils zuständigen Ministerien beginnen. In seinem Beitrag „Positionierung und Auftragsklärung der Schulsozialarbeit“ knüpfte Jürgen Schmidt an genau diese Themen an. Den Landespolitiker*innen gab er mit auf den Weg, dass die Schulen in Baden-Württemberg dringend stabil

ren Kindern und Jugendlichen ausreichend Entwicklungs-, Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem aber Schutz bieten würden. Eine starke Schulsozialarbeit sei hierbei von großer Bedeutung. Mit der individuellen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Problemen kann Schulsozialarbeit dazu beitragen, Bildungs- und Chancengerechtigkeit, sowie Armutslagen entgegenzuwirken. ■

Heike Herrmann

GEW-Referentin für Kinder und Jugendhilfe

Fotos: Maria Jeggfe



links: Jürgen Schmidt (GEW), Andreas Sturm (CDU), Katrin Steinhülb-Joos (SPD), Thomas Poreski (Grüne), Dennis Birnstock (FDP)
links unten: Monika Stein (GEW) im Gespräch mit Sandra Geissler und Jürgen Schmidt
unten: Jürgen Stahl, Heike Herrmann, Udo Heidrich (alle GEW)



etwas ändere. Die Haushaltsberatungen blieben abzuwarten, die Höhe der bisherigen Unterstützung würde wohl bleiben. Der Grünen-Abgeordnete Thomas Poreski sprach die geteilte Verantwortung von Kommunen und Land an. Es seien vernünftige Gespräche mit den Kommunen nötig, man



sehe den Handlungsbedarf an den Schulen und durchaus die Notwendigkeit, dass vom Land Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Es gebe aber auch andere Bereiche, die durch das Land unterstützt werden könnten, zum Beispiel die Schulbegleitung. Für Dennis Birnstock, bildungspolitischer Sprecher der FDP, ist es an der Zeit, Missverständnisse auszuräumen und Schulsozialarbeit nicht weiter als Notnagel

finanzierte Schutzprozesse gegen Gewalt, auch sexualisierte Gewalt, unter Einbezug von spezialisierten Fachberatungsstellen brauchten. Damit bekräftigte er eine der Forderungen, die Monika Stein in ihrer Grußrede schon eingebracht hatte. Nach Auffassung der GEW-Landesvorsitzenden müssten Bildungseinrichtungen dringender denn je Lern- und Lebensorte sowie demokratische Erfahrungsräume sein, die unse-



Rechtsgutachten zur Schulsozialarbeit

Prof. Jan Kepert hat im Auftrag der GEW ein Rechtsgutachten erstellt. Darin stehen Regelungsvorschläge für eine gesetzliche Neufassung auf Landesebene.

Download:

www.gew-bw.de/rechtsgutachten_schulsozialarbeit

Siehe auch b&w 01–02/2024, S. 17

SCHULBESUCH IN MANNHEIMER GRUNDSCHULE

Anschauungsunterricht für politische Entscheider*innen

Die Hochstätt in Mannheim ist Brennpunkt pur. Mittendrin: die Astrid-Lindgren-Schule. „Wir machen vieles gut“, sagt die Schulleiterin Sylvie Ruckh selbstbewusst. Davon haben sich Vertreterinnen und Vertreter der GEW und der SPD-Landtagsfraktion Anfang Juli ein eigenes Bild gemacht.

Die GEW hat die Abgeordneten in die Ganztagsgrundschule eingeladen. „Unser Ziel ist, den politisch Verantwortlichen zu zeigen, wie die GEW auf ihre Forderungen kommt und warum diese Forderungen berechtigt sind“, erklärt die Landesvorsitzende Monika Stein den Zweck der Übung.

Den Anschauungsunterricht in der schulischen Realität haben Bildungspolitik*innen aus dem Landtag nach Meinung der GEW-Chefin vielfach nötig. Sie hat schon dem Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz in Heilbronn über den Personalmangel in der Gemeinschaftsschule die Augen geöffnet. Im Herbst plant die GEW eine Lehrfahrt für Manuel Hagel und seine CDU-Bildungspolitik*innen zu einer Gemeinschaftsschule in Blaubeuren. Auch der FDP will Stein noch eine praktische Lektion in Aussicht stellen.

„Unser Ziel ist, den politisch Verantwortlichen zu zeigen, wie die GEW auf ihre Forderungen kommt.“

Monika Stein
GEW-Landesvorsitzende

Die SPD-Delegation in Mannheim war vergleichsweise gut im Stoff. Landes- und Fraktionschef Andreas Stoch kann mehr als drei Jahre als baden-württembergischer Kultusminister vorweisen. Der Mannheimer Abgeordnete Stefan Fulst-Blei ist von Haus aus Berufsschullehrer, die Stuttgarterin Katrin Steinhülb-Joos war Schulleiterin. Und doch, Stoch hat der Besuch in der Astrid-Lindgren-Schule wieder einmal



Fotos: Jonas Froehlich

von links: Steffen Kling (Lehrer), Manuel Rüttinger (Konrektor), Julia Zamzau (Lehrerin), Stefan Fulst-Blei, Katrin Steinhülb-Joos (beide SPD), Sylvie Ruckh (Schulleiterin), Andreas Stoch (SPD), Alexander Hecker, Monika Stein (beide GEW), Dirk Grunert (Bildungsbürgermeister), Ricarda Kaiser (GEW), Dennis Baranski (Stadt Mannheim)

gezeigt: „Schule und Bildungspolitik müssen die gesellschaftliche Dynamik aufnehmen, um den Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu geben.“ Es sei zu fragen, „Passt das bildungspolitische Instrumentarium noch zur Realität?“ Besonders die Bildungsfinanzierung müsse neu diskutiert werden.

Die Astrid-Lindgren-Schule hat „Kinder mit zum Teil sehr herausforderndem Verhalten“, sagt Ruckh. Da zeigt sich, dass alte Rahmenbedingungen nicht zum heutigen Schulalltag passen. Zum Beispiel die Arbeitszeit. 28 Deputatsstunden gibt es an der Grundschule, so viele wie an keiner anderen Schulart. Arbeit am Wochenende sei an der Tagesordnung, berichtet der Lehrer Steffen Kling. Im Ganztag stimme die Stundenzuweisung

nicht, macht die Rektorin ein Beispiel. Es könne nicht sein, dass für zwei Stunden Arbeit im Lernband nur eine Deputatsstunde angerechnet werden sollte. Die Lehrkräfte fordern eine neue Definition ihrer Arbeitszeit. Die GEW hat die Anregung aufgenommen. „Da muss man am ganz großen Rad drehen“, pflichtet die stellvertretende GEW-Vorsitzende Ricarda Kaiser ihren Kolleg*innen bei. Das gilt auch für die Schulleitungen. „Die Entlastungsstunden für die Schulleitung sind weit weg von der Wirklichkeit“, konstatiert die Rektorin. „Die Wirklichkeit wird dominiert von einem gewaltigen Organisationsaufwand. Der Ganzttag bringt Kooperationen mit Vereinen, pädagogischen Assistent*innen, Sozialarbeiter*innen und, und, und. Auch



Teams. Ruckh möchte die Kooperation mit der Heilpädagogin ausweiten. Aber sie weiß nicht, wie viel Geld die Schule aus dem Startchancenprogramm erhält, geschweige denn, wann es kommt. So kann sie keine Verträge abschließen und muss notgedrungen warten, bis Anfang Oktober Informationen aus dem Kultusministerium kommen.

„Das Personal einer Schule muss passgenau zusammengestellt werden, Lehrkräfte müssen von allem entlastet werden, was nicht zwingend von Lehrkräften gemacht werden muss“, sagt Andreas Stoch. Aber: „Wo kriegen wir die Leute für die multiprofessionellen Teams her?“



Mit den Besucher*innen gab es vor allem Personalprobleme der Schule zu besprechen.

„Die Entlastungsstunden für die Schulleitung sind weit weg von der Wirklichkeit.“

Sylvie Ruckh
Schulleiterin

wenn es noch mehr Verwaltungsarbeit mit sich bringt, es muss noch mehr Personal an die Schulen“, sagt Sylvie Ruckh. Die Schulleitung braucht Fachkräfte aller Art. Da bedeutet das Startchancenprogramm des Bundes und der Länder „einen sehr großen Hoffnungsschimmer“. Ein zentrales Element des Programms für Schulen mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen ist die Finanzierung multiprofessioneller

fragt Dennis Baranski, der Koordinator der Stadt Mannheim für den Ausbau der Ganztagschulen. Nicht nur Grund- und Sonderschullehrkräfte sind knapp. Auch ein Verwaltungsassistent oder eine Logopädin seien nicht so leicht zu finden. Außerdem habe jede Schule ihre eigenen Herausforderungen.

Schule ist Vollversorger

Nicht wenige Kinder an der Astrid-Lindgren-Schule haben vor Schulbeginn noch nie ein Buch oder eine Schere gesehen. Für manche Hausaufgabe geben die Lehrer*innen den Kindern Papier mit nach Hause. Die Schulleitung richtet auch schon mal Eltern eine E-Mail-Adresse ein, damit die ihre Kinder zum Essen anmelden können. Die Schule ist

ein Vollversorger. „Ganztag ist das einzige Mittel, diesen Kindern Bildungsgerechtigkeit zukommen zu lassen“, betont der Konrektor Manuel Rüttinger. Eigentlich müsste Ganztag flächendeckend angeboten werden. Der politische Besuch nickt zustimmend.

Die Arbeit ist aufreibend. Die Schullei-

„Das A und O in der Bildungspolitik ist mehr Personal und kleinere Klassen.“

Manuel Rüttinger
Konrektor

tung blickt auf eine Zeit zurück, als im Lehrkräftezimmer Tränen der Überforderung flossen. Inzwischen sind viele Lehrkräfte bereits seit etlichen Jahren an der Schule. Die Kontinuität spricht für die gute Stimmung.

Der Aufwand zahlt sich aus. Zumindest atmosphärisch. Isabel aus der Klasse 3a ist begeistert von ihrer „tollen Schule“. Sie lobt das Frühstück, das Mittagessen, die Spielzeit, die Ausflüge. „Alle sind sehr nett hier, sogar die Jungs.“

Mit ihrem Gehalt sind die Lehrerinnen und Lehrer aber gar nicht zufrieden. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland bezahlen ihre Grundschullehrkräfte nach A12, alle anderen Länder haben sie eine Besoldungsklasse höher eingestuft oder sind dabei das

„Das Personal einer Schule muss passgenau zusammengestellt werden, Lehrkräfte müssen von allem entlastet werden, was nicht zwingend von Lehrkräften gemacht werden muss.“

Andreas Stoch
SPD Landes- und Fraktionschef

Astrid-Lindgren-Schule in Zahlen

Das Personal:

20 Lehrkräfte, zwei Referendar*innen, eine pädagogische Assistenz, ein Erzieher*innenteam aus dem Schifferkinderheim, eine Sozialarbeitsstelle, ein FSJ, eine Schulleiterin und ein Konrektor. Dazu kommt eine zusätzliche Lehrkraft ohne formale Befähigung zum Lehramt. 22 Stunden Sonderpädagogik gibt es für die Inklusionsklasse mit sieben Kindern.

Die Schüler*innen:

Die Grundschule ist zweizügig und hat zwei Grundschulförderklassen. Für eine Ganztagschule ist sie mit 165 Schülern relativ klein.



Fotos: Jonas Froehlich



Bild oben links: Andreas Stoch, Sylvie Ruckh, Katrin Steinhül-Joos

Oben rechts: Stefan Fulst-Blei, Monika Stein, Andreas Stoch

Unten: Sylvie Ruckh, Dominik Weidenbach, Andreas Stoch, Katrin Steinhül-Joos (jeweils von links)

zu tun. Steffen Kling, der Klassenlehrer von Isabel, wundert es nicht, dass Pädagog*innen aus Mannheim nach Hessen abwandern. Die Forderung ist klar. Mehr Geld für die Lehrkräfte und in der Folge auch für die Schulleitungen. Monika Stein versichert „die GEW macht Druck“.

„Jedes zweite Kind, das in die Astrid-Lindgren-Schule kommt, ist eigentlich nicht schulbereit“

Sylvie Ruckh
Schulleiterin

Die Gäste aus dem Landtag und von der GEW wollen unterstützen. „Wo fehlt’s?“, fragt Stoch und bringt die frühkindliche Bildung ins Spiel. Die Schulleitung würdigt die Sprachförderung der Kitas, das genüge aber bei weitem nicht: „Viele Kinder haben sehr große Defizite im sozial-emotionalen Bereich“. Da müsse deutlich mehr geschehen. Das schreibt sich die GEW-Chefin Stein in ihr Aufgabenheft.

Auch die Verzahnung zwischen Kita und Schule könnte besser sein, meint der Konrektor Manuel Rüttinger. Eine Kooperationsstunde sei zu wenig. Jedes zweite Kind, das in die Astrid-Lindgren-Schule komme, sei eigentlich nicht schulbereit.

Die Schule tut, was sie kann. „Wir poweren die ersten Klassen mit Personal voll“, berichtet die Schulleiterin. In jeder ersten Klasse ist eine Erzieherin dabei. Seit Jahren kommen Fachkräfte aus dem Schifferkinderheim an die Astrid-Lindgren-Schule. „Wenn eine Erzieherin in der Klasse ist, hilft das wahnsinnig“,

berichtet die Lehrerin Melissa Zielonka. Allerdings: „28 Kinder in der ersten Klasse sind untragbare Zustände“, schreibt Sylvie Ruckh den Besuchern ins Stammbuch. Sie lobt zwar ausdrücklich die Personalausweisung an ihre Schule, betont aber: „Das A und O in der Bildungspolitik ist mehr Personal und kleinere Klassen.“ Das ist Wasser auf die Mühlen von GEW und SPD.

Bei der Lehrerin Melissa Zielonka weckt der Besuch gemischte Gefühle. Alle wüssten offenbar, woran es hake, bilanziert sie. Dafür geht es ihrer Meinung nach in der Schulpolitik nicht zügig genug voran. Positiv blickt dagegen Konrektor Manuel Rüttinger in die Zukunft. „Viele Dinge sind nun auf den Weg gebracht.“ Das sieht auch Sylvie Ruckh so. Kurzfristig tue es gut „von den Besuchern Wertschätzung zu erfahren“.

Renate Allgöwer
freie Journalistin

GEW THÜRINGEN

Kann die AfD das Kultusministerium erobern?

Im Herbst stehen in drei ostdeutschen Bundesländern Landtagswahlen an. Die AfD wird voraussichtlich überall stärkste Kraft. Die GEW-Landesvorsitzende Thüringen, Kathrin Vitzthum, spricht im Interview mit der b&w über Auswirkungen auf die Bildungspolitik in ihrem Bundesland, wie sich die GEW vorbereitet und wie die AfD vielleicht auch kleiner gehalten werden könnte.



KATHRIN VITZTHUM | GEW-LANDESVORSITZENDE THÜRINGEN

Am 1. September wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt. Ihr bei der GEW in Thüringen macht euch Sorgen, dass die AfD an der Regierung beteiligt werden könnte und dann das Kultusministerium beansprucht. Sind eure Befürchtungen nach den Europa- und Kommunalwahlen gewachsen?

Die AfD stellt zwar nach den Stichwahlen keine Landrät*innen und Bürgermeister*innen, sie ist aber stärkste oder zweistärkste Kraft in den kommunalen Parlamenten geworden. Bei den Europawahlen hat sie in Thüringen über 30 Prozent gewonnen. Wir befürchten, dass die Landtagswahl ähnlich ausgeht. Neu ist, dass das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) in Thüringen angetreten ist. Die Hoffnung, dass sie der AfD Stimmen wegnimmt, hat sich nicht bewahrheitet.

Sie spaltet die Linke. So kann es völlig ungewöhnliche Konstellationen geben.

Ohne Koalitionspartner kann die AfD nicht regieren. Wie könnte ihr das gelingen?

Wir können nur spekulieren. Die CDU Thüringen hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit den Linken, aber nicht mit der AfD und zum BSW. Insofern könnte es gut sein, dass es eine Tolerierung der AfD gibt, wenn die CDU mit der BSW koalieren würde. Was realistisch ist, ist aber offen. Ein Teil von mir glaubt immer noch, dass eine Koalition mit der AfD nicht denkbar wird. Aber wenn die rechtsextreme Partei 33 Prozent bekommen würde, hätte sie zumindest eine Sperrminorität und Verfassungsänderungen wären ohne sie nicht mehr möglich.

Was hat die AfD auf ihrer Agenda?

Die AfD setzt stark auf ein gegliedertes Schulsystem. Das Gymnasium soll sich wieder zu einer Art Eliteschule weiterentwickeln, und sie will die Regelschule stärken. Die Regelschulen brauchen tatsächlich Unterstützung. Aber für die AfD ist das keine qualitative Stärkung, sondern hauptsächlich eine quantitative, damit nur die Elite aufs Gymnasium geht.

In ihrem Wahlprogramm machen sie sehr deutlich, dass Kinder am besten zu Hause betreut werden und frühestens nach dem 3. Lebensjahr in die Kita gehen sollen. In Thüringen haben wir aber eine hohe Betreuungsquote schon ab dem 1. Lebensjahr. Würde sich das Familienbild der AfD durchsetzen, würden sich beispielsweise die Beschäftigungsbedingungen für die Erzieher*innen radikal ändern, ihre Arbeitsplätze wären direkt bedroht.

Wie kann so eine Einstellung im Osten auf fruchtbaren Boden fallen? Dort ist doch schon seit Jahrzehnten üblich, dass Kinder früh in die Kita gehen.

Das ist schwierig einzuschätzen. Es gibt ja die Erzählung, dass Kinder von heute nichts mehr können und ungebildet aus der Schule kommen. Das Gefühl, dass Kitas und Schulen nicht mehr dazu beitragen, dass Kinder gut Lesen, Schreiben, Rechnen können, das nutzt die AfD aus. Mit ihren Vorschlägen, dass Kinder zuerst zu Hause bleiben, dann geordnet in den Kindergarten gehen und danach in ein mehrgliedriges Schulsystem, und zwar stark konzentriert auf Ausbildungsfähigkeit und auf Handwerksberufe, das ist nicht ganz unattraktiv für Menschen hier.

Das Frauenbild, das dahintersteckt, eckt das nicht an?

Das eckt bei Frauen an, die sagen, wir

haben um unsere Rechte nicht umsonst gekämpft. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen: Die AfD wird auch von Frauen gewählt. Sie finden es wohl in Ordnung, dass Frauen zurück an den Herd sollen und der starke Mann das Geld verdient. Die Einstellung ist vielleicht auch eine Flucht vor einer Gesellschaft, die herausfordernd ist.

Für uns in Baden-Württemberg ist ganz weit weg, dass die AfD das Kultusministerium erobern könnte.

Die KMK nimmt uns mit unseren Befürchtungen ernst. Dort wird jetzt das Einstimmigkeitsprinzip diskutiert. Es ist besser die Szenarien durchzuspielen, als hinterher überrascht zu sein. Es wäre wirklich eine Katastrophe, wenn die KMK das Einstimmigkeitsprinzip aufrechterhalten würde. Sollte eines Tages ein AfD-Bildungsminister oder eine Bildungsministerin einziehen, könnten die alles blockieren. Das kann sich die KMK nicht leisten.

Wie reagiert ihr in der GEW darauf?

Der Bildungsbereich ist dummerweise sehr anfällig, weil es nur drei große Gesetze gibt: Schul-, Kita- und Hochschulgesetz. Um die zu ändern, braucht es eine parlamentarische Mehrheit. Auf der Ebene von Richtlinien und Verordnungen kann eine Partei schnell viel verändern, beispielsweise Lehrpläne aushebeln oder die Stundentafel anpassen.

Wir haben verschiedene Veranstaltungen für Lehrkräfte angeboten. Dort wird dargestellt, was die AfD schnell im Bildungswesen ändern könnte. In Workshops werden verschiedene Szenarien zu „Was wäre, wenn?“ durchspielt. Wie könnten Lehrkräfte oder Schulleitungen beispielsweise damit umgehen, wenn Eltern sich über eine Lehrkraft beschwerten, dass sie keinen politisch neutralen Unterricht mache. Oder bei einem Elternabend fordern, dass das Essen nicht mehr auf religiöse Vorgaben abgestimmt sein darf. Dass es nur noch gutes Thüringer Essen mit Fleisch, Soße und Klößen gibt.

Und wird der Workshop angenommen?

Wir haben ihn fünf Mal angeboten, und sie waren stark nachgefragt. Lehrkräfte merken bei den Veranstaltungen auch: Ich bin nicht alleine und es gibt auch andere, die sich Sorgen machen und vorbereitet sein wollen.

Man kann ja davon ausgehen, dass bei den 30 Prozent AfD-Wähler*innen auch Lehrkräfte dabei sind.

Gibt das Konflikte im Kollegium?

Ich gehe auch davon aus, dass ein Teil der Lehrkräfte AfD-affin ist, würde aber sagen, dass es in Schulen noch nicht ganz opportun ist, das kundzutun. Es ist historisch geprägt, dass sich Lehrkräfte im Osten politisch zurückhalten. Ein Großteil unserer Kolleg*innen sind ja noch in der DDR sozialisiert worden, so dass es eine Vorsicht gibt, das in Schulen stark zu thematisieren.

Wenn ihr euch gegen dieses Rechtsruck stemmt, erfahrt ihr auch Anfeindungen?

Anfeindungen im Moment nicht, aber es gibt aber immer wieder Stimmen, die GEW soll sich nicht politisch äußern, sondern sich nur um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen kümmern. Wir können aber nur mit den Ministerien und dem Parlament dafür sorgen, dass Kitas, Hochschulen und Schulen vernünftig ausgestattet sind. Von daher ist unser Tun per se politisch.

„Wenn Menschen gesehen werden, sich gehört fühlen, dann sind sie eher in der Lage, im Gespräch zu bleiben.“



Wie geht es dir persönlich mit der Situation?

Ich bin auf der einen Seite nach wie vor entsetzt, dass die AfD so einen hohen Wahlerfolg hatte. Ich will mich aber nicht so runterziehen lassen. Ich habe als Landesvorsitzende den Auftrag, für gute Arbeits-, aber auch Lebensbedingungen der Kolleg*innen zu sorgen und das hält mich aufrecht. Wenn wir zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften ein gutes Leben in Thüringen erreichen, dann können wir die AfD auch wieder kleiner machen.

Gibt es Aussagen und Bemerkungen aus den westlichen Bundesländern, die du wenig hilfreich findest?

Uns tut weh, wenn gesagt wird, der Osten hat die Demokratie nicht gelernt. Erst neulich erinnerten wir an den Aufstand vom 17. Juni 1953. Im Herbst 1989 haben es die Bürgerinnen und Bürger der DDR geschafft, mit demokratischen Mitteln die Wende herbeizuführen. Wenn das nicht Demokratie gestalten ist, dann weiß ich auch nicht.

Einige Menschen sind tief verletzt, dass nach der Wende ihre Arbeitsplätze abgebaut, ihre Berufsbiografien abgewertet wurden und ihre Abschlüsse nichts mehr galten. Das erklärt nicht alles, darf auch nicht alles erklären, diese Verwundung ist aber in allen Generationen spürbar.

Das Gegenüberstellen von Ost und West ist auf der einen Seite richtig und wichtig, aber ich glaube, man muss immer schauen, mit welchem Maßstab und welcher Perspektive man draufschaut. Die Ostperspektive sollte auch mitgedacht werden. Viel schöner wäre es natürlich, wenn wir nicht länger im Ost-West-Denken verharren und lieber schauen würden, wo sind unsere Gemeinsamkeiten und wo liegen unsere gemeinsamen Herausforderungen. Bildungsgerechtigkeit ist ein Stichwort.

Wir sollten uns gegenseitig unser Leben erzählen. So können wir verstehen lernen, welche ungeschriebenen, verbindenden Geschichten jemand mitbringt. Wenn Menschen gesehen werden, sich gehört fühlen, dann sind sie eher in der Lage, im Gespräch zu bleiben. Wir sollten einander vielmehr erzählen, wie es uns geht. ■

Das Interview führte Maria Jeggle

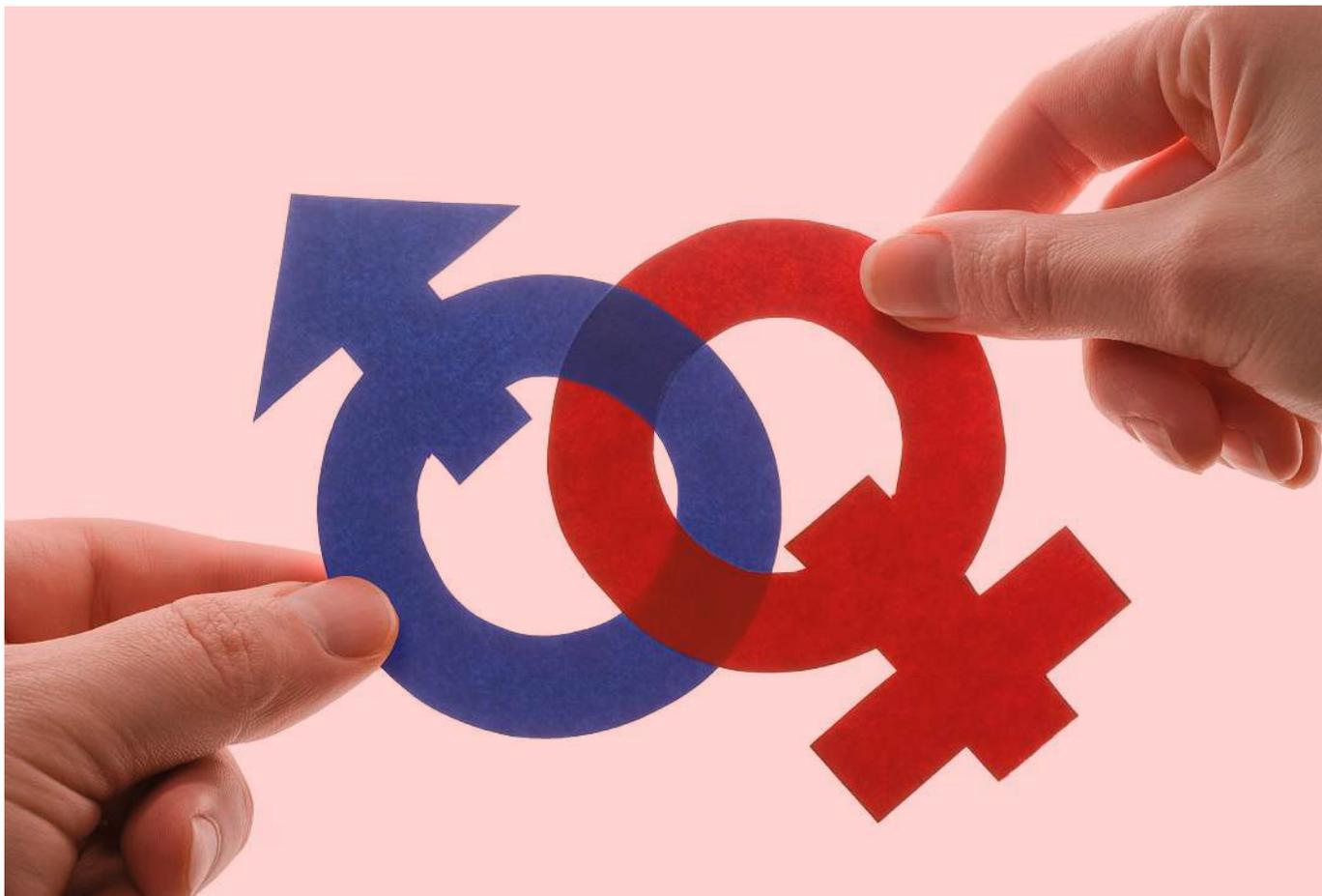


Foto: imago

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Auf neuen Wegen

Die Landesregierung hat die Entwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie für die aktuelle Wahlperiode auf der Agenda. Die GEW hat sich dabei intensiv eingebracht. Ziele und Maßnahmen wurden für Hochschulen und Schulen entwickelt. Der Prozess der Landesregierung wurde auf einer Zukunftskonferenz des Sozialministeriums Mitte Juni in Stuttgart vorgestellt.

Es ist ein Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik unseres Bundeslandes, dass von der Landesregierung systematisch und groß gedacht wird. Zuletzt ist dies bei der Einführung des Landesgleichstellungsgesetzes 1995 und beim Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf unter Frauenministerin Brigitte Unger-Soyka (SPD) und 2013 mit der erstmaligen Erarbeitung eines Landesgleichstellungsatlasses auf Betreiben von Arbeits- und Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) passiert. Danach

wurde das Landesgleichstellungsrecht 2016 novelliert. Bisher wird die Entwicklung der Gleichstellungsstrategie in der Öffentlichkeit wenig beachtet. Wir informieren unsere Mitglieder über die aktuellen Entwicklungen.

Der Zeitplan der Landesregierung wurde von Ute Leidig (Grüne), MdL und Staatssekretärin im Sozialministerium, bei der Zukunftskonferenz vorgestellt. Unter den ca. 150 Teilnehmenden waren auch zahlreiche Frauen aus der GEW. Offiziell haben die GEW Farina Semler, Elke

Gärtner und Manuela Reichle vertreten. Seit Dezember 2022 tagt eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung der Amtschefin des Sozialministeriums Leonie Dirks. Die Arbeitsgruppe hat zunächst Maßnahmen, die die Ministerien bereits im Gleichstellungsbereich unternehmen, und Ideen für weitere Maßnahmen gesammelt. Im Beteiligungsprozess werden weitere Ideen gesammelt.

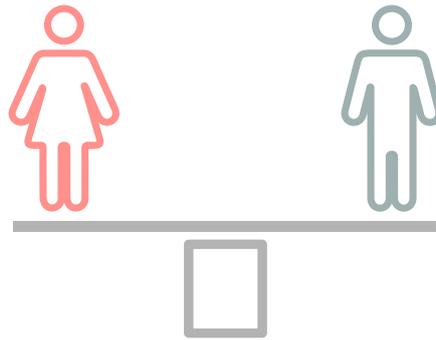
Der offizielle Startschuss zum Beteiligungsprozess der Zivilgesellschaft fand dann am 29. Februar in einem Online-

Format statt. Mit ca. 120 Teilnehmenden konnte von einer Beteiligung letztlich aber nicht wirklich die Rede sein mit einer Gesamtdauer von 90 Minuten und einer Vortragsdauer von einer knappen Stunde. Vorgestellt wurde eine Ist-Analyse, die das Sozialministerium nebst Formulierung von Entwicklungsoptionen in Auftrag gegeben hatte. Sie ist der Grundstein für die weitere Entwicklung der Strategie. Die Ist-Analyse kann kostenfrei beim Publikationsservice des Sozialministeriums bezogen werden.

Die Analyse ist durchaus lesenswert, auch wenn sie für Expert*innen keine neuen Erkenntnisse gewährt, den Stand der Dinge allerdings gut zusammenfasst. Sie zeigt auch auf, wo die Ministerien momentan in etwa mit ihren Ideen stehen. Im Kultusministerium macht man sich Gedanken darüber, wie über Bildungspolitik der gesellschaftliche Wandel hinsichtlich von Rollenstereotypen vorangetrieben werden kann. Wie muss Unterricht und Schule aussehen, damit die Lernerfolge und das Berufswahlverhalten von Kindern und Jugendlichen nicht geschlechterstereotyp, sondern begabungsgerecht erfolgt? Im Wissenschaftsministerium scheint derzeit die Vorstellung zu herrschen, dass sich die Gleichstellungsprobleme im Wissenschaftsbereich damit lösen lassen, dass die Gleichstellungsbeauftragten besonders geschult würden.

Die Ansätze des Kultusministeriums (KM) vernachlässigen aus Sicht der GEW die Beschäftigtenperspektive, die des Wissenschaftsministeriums (MWK) gehen leider in die völlig falsche Richtung. Für den Wissenschaftsbereich fordert die GEW unter anderem verpflichtende Weiterbildungen in Genderkompetenz für Führungskräfte. Prozesse, die Kulturwandel fördern statt reiner Orientierung an Kennzahlen in den Gleichstellungsberichten, Konsequenzen bei (Nicht-)Erfüllung der Kaskadenziele durch die Hochschulen, Schulungen und Aufklärung zum Thema sexuelle Gewalt und Machtmissbrauch für verschiedene Statusgruppen an den Hochschulen, die Benennung von geschulten Ansprechpersonen an den Hochschulen bei Diskriminierung und eine Sichtbarkeit der Stelle der Vertrauensanwältin in Fällen sexueller Übergriffe beim MWK.

Maßnahmen mit Effekten für die Beschäftigten des Kultusministeriums sind aus Sicht der GEW die Ausweisung geeigneter



Ansprechpersonen bei Fällen sexueller Gewalt, von Misogynie und Diskriminierung, die Benennung einer Vertrauensanwältin in Fällen sexueller Gewalt für das KM nach Vorbild des MWK, die Abschaffung der Unterrepräsentanz bei den Funktionsstellen, der Ausbau der Befugnisse und Ressourcen für die Beauftragten für Chancengleichheit (BfC), der Erlass einer Rahmenrichtlinie zum Thema teilbare und unteilbare Dienstaufgaben und zum Schutz von Teilzeitbeschäftigten vor Benachteiligung, der Ausbau von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen bis hin zur Kinderbetreuung bei Konferenzen und staatlichen Fortbildungen. Die weitere Aufwertung der Berufe in Bildung und Erziehung ist dringend geboten. Baden-Württemberg darf sich nicht länger gegen A13/E13 für GH-Lehrkräfte sperren.

Bei der Zukunftskonferenz am 14. Juni skizzierte Staatssekretärin Ute Leidig die weiteren Planungen des Ministeriums zum Beteiligungsprozess. Fortgesetzt wird die Sammlung der Ideen und Impulse aus der Zivilgesellschaft in einem schriftlichen Rückmeldeverfahren. Das Statistische Landesamt wird die Ergebnisse des gesamten Beteiligungsprozesses bündeln, damit sie strukturiert in den interministeriellen Arbeitsprozess eingespeist werden können. Sie sollen im Dezember 2024 beim Abschluss des Beteiligungsprozesses erneut der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden. Es wird somit nachvollziehbar sein, inwieweit Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bzw. von Fachfrauen* Eingang in die Strategie finden. Der Kabinettsbeschluss zur Gleichstellungsstrategie soll dann voraussichtlich im Herbst 2025 gefasst werden. Die Gewerkschaftsfrauen begrüßen das Vorhaben und die Planungen grundsätzlich. Ohne ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Finanzierung ist aber zu befürchten, dass der Prozess nicht wirklich in einer Strategie mündet,

sondern dass die Gleichstellungspolitik weiter im Projekthaften gefangen bleibt. Dafür, dass eine Strategie entwickelt wird anstatt einer Ansammlung von relativ beliebigen gleichstellungspolitischen Projekten, sollte das Sozialministerium außerdem einen Fachbeirat für das Projekt einsetzen. Dieser sollte die Fachexpertise der Ressorts ergänzen und das Sozialministerium bei der Ausrichtung der Strategie unterstützen, die es für die Orientierung in den Ressorts braucht. Was aus Sicht der GEW-Frauenpolitik für einen Kulturwandel und eine nachhaltige Strategie schließlich nötig ist, ist ein klares Bekenntnis der Spitze der Landesregierung zu mehr Frauen in Politik und in Entscheidungsfunktionen. Gleichstellungsrelevante Akteur*innen wie die Gleichstellungsbeauftragten und die Kontaktstellen Frau und Beruf müssen gestärkt werden. Auch die Frauenerwerbstätigkeit insbesondere im ländlichen Raum unseres Bundeslandes, wo sie im bundesweiten Vergleich besonders niedrig ausfällt, muss durch den Ausbau von Kinderbetreuung und eine gerechtere Verteilung von Sorgearbeit gefördert werden.

Eine Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg muss an Maßnahmen ansetzen, die anderswo wie kalter Kaffee klingen: Ausbau von Kinderbetreuung, Abbau von Rollenstereotypen und Erhöhung der Erwerbstätigkeit insbesondere von Müttern. Das ist so, weil Baden-Württemberg gleichstellungsbezogen deutschland- und europaweit eines der Schlusslichter ist. Damit dieser Zustand überwunden werden kann, spricht die Ist-Analyse von der Notwendigkeit eines Kulturwandels. Ein solcher Kulturwandel braucht einen soliden gesetzlichen, strukturellen und finanziellen Rahmen, viele Impulse, aber vor allem auch ein klares Bekenntnis von der Spitze der Landesregierung. Hier besteht aus Sicht der GEW und ihrer Netzwerkpartner*innen Nachholbedarf. ■

Farina Semler

stellvertretende GEW-Vorsitzende

Manuela Reichle

gleichstellungspolitische GEW-Referentin

HONORARLEHRKRÄFTE FÜR DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE/DEUTSCH ALS ZWEITSPRACHE (DAF/DAZ)

Dozent*innen der VHS Stuttgart erhalten bezahlten Urlaub



An der Volkshochschule (VHS) Stuttgart hatten DaF/DaZ-Lehrkräfte bereits im November 2017 mit Unterstützung der GEW Anträge auf bezahlten Urlaub gestellt. Als diese abgelehnt wurden, klagten sie und die GEW unterstützte sie bei ihren Gerichtsverfahren. Die Klage war erfolgreich und wirkt nach: Nun gibt es an der VHS Stuttgart eine Urlaubs-Regelung.

Kenntnisse der deutschen Sprache sind für Migrant*innen die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Entwicklung und selbstbestimmte Alltagsbewältigung. Medien und Politiker*innen bezeichnen Sprachkenntnisse daher immer wieder als „Schlüssel zur Integration“. Wenig gesprochen wird dagegen über die Arbeitsbedingungen, unter denen die Deutschkurse für Migrant*innen erteilt werden: Zum größten Teil auf Honorarbasis, ohne Planungssicherheit, ohne Kündigungsschutz und mit einem Honorar vergütet, das das unternehmerische Risiko der selbstständigen Lehrkräfte und die hohen Sozialversicherungsbeiträge nicht angemessen berücksichtigt.

Klage gewonnen

Freiberufliche Volkshochschuldozent*innen für Deutsch als Fremdsprache (DaF) hatten 2023 mit Unterstützung der GEW Baden-Württemberg ihre Klagen auf bezahlten Urlaub vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen. Das Gericht urteilte, dass zwei Dozent*innen an der Volkshochschule Stuttgart das Recht auf bezahlten Urlaub haben. „Ich gehe davon aus, dass die richterliche Bestätigung des Anspruchs die nötige Signalwirkung auf die Träger in Baden-Württemberg ausübt, jetzt zeitnah ihren anspruchsberechtigten Kolleg*innen auf Antrag Urlaub zu gewähren“, sagte Monika Stein, Landesvorsitzende der GEW im Anschluss an das Urteil.

Auch aus Trägersicht ist es für den Betriebsfrieden und die Kostenplanung nicht zuträglich, wenn sich arbeitsgerichtliche Verfahren häufen. Zu diesem Schluss kam wohl auch der Aufsichtsrat

der VHS Stuttgart und entwickelte ein Modell, mit dem an der VHS Stuttgart bezahlter Urlaub gewährt werden kann. Das Modell sieht vor, dass bezahlter Urlaub in unterrichtsfreien Zeiten allen Dozent*innen gewährt wird, die im vorangegangenen Kalenderjahr 902 Unterrichtseinheiten an der VHS Stuttgart unterrichtet haben. Dies entspricht bei 44 Unterrichtswochen einem Schnitt von mindestens 20,5 Unterrichtseinheiten pro Woche. Da das Stuttgarter Modell rückwirkend ab dem 1. Januar 2024 startet, ist 2024 das erste maßgebliche Kalenderjahr und die Auszahlung von Urlaubshonoraren erfolgt laut VHS erstmals Ende Januar 2025. Die Prüfungen der Unterrichtseinheiten und der ausbezahlten Honorare des jeweiligen Vorjahres werden automatisch von der VHS im Januar des Folgejahres vorgenommen.

Ein wichtiger Schritt für bessere Arbeitsbedingungen

Die GEW begrüßt, dass die VHS zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein freiwilliges Modell einführt, das eine auf alle anwendbare Regelung enthält. Das ist ein erster Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Honorarlehrkräften. Inhaltlich hat die GEW einige Vorschläge, das Modell nach Erprobung weiterzuentwickeln, und setzt sich für weitere Verbesserungen der Einkommen ein, beispielsweise Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und eine Zuzahlung des Auftraggebers zu den Sozialversicherungsbeiträgen. So ist es bereits in anderen Bundesländern durch Rahmenvereinbarungen mit Volkshochschulen geregelt.

Die GEW ist gespannt auf die Signalwirkung des „Stuttgarter Modells“ und

optimistisch, dass sich Träger in Baden-Württemberg infolge dieser guten und Erfolg versprechenden Neuigkeit zeitnah dem Stuttgarter Modell anschließen. Die VHS Stuttgart hat bereits Gesprächsbereitschaft gegenüber der GEW signalisiert. ■

Magdalena Wille

Für Honorarlehrkräfte will die GEW erreichen:

- Schaffung von Festanstellungen mit einer Einstufung in E11 TVöD.
- Bei Honorartätigkeit deutliche Erhöhung der Honorare auf mindestens 71,70 Euro pro Unterrichtseinheit
- Langfristig begründen die Qualitätsanforderungen für Lehrkräfte in Sprach-/ Integrations- und DeuFöV-Kursen eine weiterqualifizierende Ausbildung, die auf einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss beruht und eine Eingruppierung nach E13 TVöD ermöglicht
- Für die nach bisherigen Kriterien zugelassenen Lehrkräfte ist eine Nachqualifizierung einzurichten, bereits erworbene Qualifikationen sowie Berufserfahrungen sind dabei anzuerkennen

www.gew-bw.de/gruppen-arbeitskreise/arbeitskreis-dafdad

GESUNDHEITSTAG

Anträge lohnen sich

Nach der Gründung des ZSL wurde das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) in die Zuständigkeit des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) übertragen. Die Schulaufsicht ist seither nur noch für den gesetzlichen Arbeitsschutz zuständig. Schulen müssen Gesundheitstage seither über die zuständige ZSL-Regionalstelle beantragen. Und das sollten sie nutzen.

Wenn eine Schule der Regionalstelle Interesse an einem Gesundheitstag gemeldet hat, bekommt sie eine Mail mit verschiedenen Anhängen. Dort können Schulen Anregungen bekommen, was an einem Gesundheitstag gemacht werden kann. Für die konkrete Ausgestaltung des Gesundheitstags können sich die Schulleitungen von den Fachberater*innen für Arbeits- und Gesundheitsschutz beraten lassen.

Schulen sollten sich vom scheinbar komplizierten Antragsverfahren nicht abschrecken lassen. Für den Antrag ist nur eine Datei notwendig: „Antrag Gesundheitsförderung“. Falls Unterlagen der Schulen fehlen, wird sich die Regionalstelle melden. Den Hinweis auf die mögliche Versteuerungspflicht können die Schulen ignorieren, wenn sie 2 Punkte beachten: Der Gesundheitstag sollte die Gesundheitsgefährdungen der Kolleg*innen bzw. typische Gesundheitsgefährdungen des Lehrberufes oder der weiteren pädagogischen Mitarbeiter*innen aufgreifen und dazu ein präventives Angebot auf den Weg bringen. Außerdem sollte der Gesundheitstag in schulischer Verantwortung verbleiben. Die Versteuerungspflicht könnte nur greifen, wenn eine reine Bezuschussung für einen externen Anbieter wie z.B. Hansefit geplant ist. Falls doch eine Versteuerungspflicht droht, wird sich die Regionalstelle bei der Schule melden.



Foto: imago

Von präventiven Angeboten wie Gesundheitstagen sollten sich Schulen nicht abschrecken lassen.

Perspektivische Weiterentwicklung des BGM

2021 wurden den Landesbehörden zusätzliche Mittel für das BGM zur Verfügung gestellt. Für Schulen sind dies 2,7 Millionen Euro. Diese Gelder dürfen nur für Sachmittel und nicht für Stellen verwendet werden. Mit dem zusätzlichen Geld soll das BGM weiterentwickelt werden:

- Analyse der Gesundheitsgefährdungen
- gezielte Präventionsmaßnahmen
- Evaluierung der Wirksamkeit
- Anpassung der Maßnahmen

Hierzu befindet sich das Kultusministerium und das ZSL unter Einbindung der Hauptpersonalräte in der Konzeptionsphase.

Die GEW setzt sich dafür ein, dass dadurch kein „Dokumentationsmonster“ entstehen darf, das zusätzliche Belastungen, insbesondere für die Schulleitungen, mit sich bringt. Und es ist wichtig, dass nicht nur anders verwaltet oder gesteuert wird, sondern dass bei den Schulen wirksame Maßnahmen ankommen. ■

Günther Thum-Störk
Hauptpersonalrat GHWRGS

Beispiele für die Planung und Gestaltung von Gesundheitstagen oder gesundheitsförderlichen Maßnahmen

In Zeiten hohen individuellen Belastungserlebens leisten Gesundheitsmaßnahmen auch bei knappen zeitlichen Ressourcen einen wertvollen Beitrag zur individuellen Gesunderhaltung. Schulen haben einen eigenen Gestaltungsspielraum:

- An Gesundheitstagen können sich Kolleg*innen über Gesundheitsthemen informieren oder eigene Handlungsstrategien auf- bzw. ausbauen.
- Formate und Programme können zunächst ausprobiert und getestet werden, bevor sie in ein regelmäßiges Gesundheitsmanagement überführt werden.
- Nimmt ein ganzes Kollegium am Gesundheitstag teil, stärken gemeinsame Aktivitäten das Zusammengehörigkeitsgefühl und beeinflussen die interne Kommunikationskultur positiv.
- Bestandteil von Gesundheitstagen sind u. a. Beratungen, Vorträge oder Workshops rund um das Thema Gesundheit im Lehrberuf.
- Schulen können externe Anbieter einbinden, die flexibel auf den Bedarf eingehen und eine Fortbildung bzw. einen Workshop durchführen.

Beispiel 1: Der Gesundheitstag als Einstieg in ein Gesundheitsmanagement

1. Schritt:

Befragung durchführen: Am Anfang sollte immer die Analyse der Bedürfnisse stehen

Vor der konkreten Planung sollte geklärt werden: Wozu soll der Gesundheitstag dienen? Welche Gesundheitsthemen verdienen in der Schule eine besondere Beachtung? Welche Wünsche und Sorgen haben die Lehrkräfte? Manche Schulen nutzen dafür Instrumente wie den IBBW-Lehrkräftebefragungsbogen zum schulbezogenen Wohlbefinden. Andere entwickeln eigene Fragestellungen, dritte kaufen sich das umfangreiche IEGL-Inventar zur Bedarfsanalyse. Auch die Ergebnisse der COPSQ-Befragung können hilfreiche Ergebnisse liefern.

2. Schritt:

Befragungsergebnisse auswerten und im Kollegium kommunizieren

Das Herstellen von Transparenz der Ergebnisse kann innerhalb des Kollegiums die Bereitschaft zur Teilnahme an Gesundheitsmaßnahmen und die Auseinandersetzung mit gesundheitsförderlichen Strukturen erhöhen. Darüber hinaus steigt so die Wahrscheinlichkeit, die Angebote am Gesundheitstag passgenauer zu gestalten. Nur wenn die Inhalte und Formate die Bedürfnisse des Kollegiums treffen, kann der Gesundheitstag ein Erfolg werden.

3. Schritt:

Den Gesundheitstag planen und Angebote für Maßnahmen einholen – den Gesundheitstag durchführen

Hier ein Beispiel für einen Tagesablauf, zusammengestellt aus Maßnahmen und Angeboten aus unterschiedlichen Schulen.

- Start mit gemeinsamem Frühstück
- Vortrag für das ganze Kollegium zum Themenfeld der Lehrkräftegesundheit
- **Workshops:**
 - A) Resilienz- und Ressourcenstärkung oder Stressprävention im Lehrberuf;
 - B) Burn-out-Prophylaxe – Entspannungstechniken in den Schulalltag integrieren
- Gemeinsames Mittagessen
- **Workshops:**
 - A) Pädagogische Fallbesprechung kennenlernen und ausprobieren
 - B) Kommunikationsstrategien in herausfordernden Situationen – Grundlagen der gewaltfreien Kommunikation
 - C) Arbeits- und Kommunikationsstrukturen als ein Schlüssel zur Gesunderhaltung
- Gemeinsamer Abschluss und Evaluation

4. Schritt:

Evaluation auswerten und daraus weitere Maßnahmen ableiten. Eine nachhaltige Wirkung kann ein Gesundheitstag erst entfalten, wenn längerfristig weitere gesundheitsfördernde Aktivitäten angeboten werden.

Beispiel 2:

Jedes der oben aufgeführten Beispiele oder andere Angebote können auch als Einzelmaßnahme für ein Kollegium oder eine Teilgruppe durchgeführt werden:

Dieses Vorgehen eignet sich für Schulen, die

- schon ein Gesundheitsmanagement aufgebaut haben,
- in regelmäßigen Abständen gezielt Gesundheitstage oder Einzelmaßnahmen durchführen,
- den Bedarf des Kollegiums kennen und sich gezielt zu einem Thema fortbilden möchten,
- in einem Schulentwicklungsprozess stecken und die Einzelmaßnahme unterstützend anbieten möchten,
- die gerade keinen großen Gesundheitstag stemmen können.

Fortbildungsbeispiele:

- Einmal pro Schulhalbjahr nimmt eine Gruppe an einem Stimmbildungsseminar teil (kann als Inhouse-Schulung angeboten werden)
- Innerhalb eines Schuljahres werden aufeinander aufbauende Fortbildungsmodule zu gesundheitsförderlichen Themen interessierten Kolleg*innen angeboten: Resilienz aufbauen im Lehrberuf, Stressprävention, Umgang mit Emotionen im Lehrberuf, mentale Kreisläufe erkennen und unterbrechen, Erlernen und Üben von Entspannungstechniken, Konzept der gewaltfreien Kommunikation oder „Burn-out-Prophylaxe“
- Aufbau einer pädagogischen Fallbesprechungsgruppe oder der kollegialen Beratung

Tanja Neuthinger-Gärtner
ZSL Regionalstelle Mannheim

NACHRUF

Hermann Wilhelm hat Spuren hinterlassen



Foto: privat

Hermann Wilhelm

Unser GEW-Kollege Hermann Wilhelm ist am 4. Juni 2024 im Alter von 88 Jahren in Stuttgart gestorben. Hermann war eigentlich Pfarrer. Er wechselte aber schon bald nach seinem Vikariat und der ersten Pfarrstelle in den Schuldienst. Hermann gehörte zu den ersten gymnasialen Kollegen in Baden-Württemberg, die in die GEW eintraten. Von Anfang an setzte er sich für die Kolleg*innen ein.

Hermann war in verschiedensten Funktionen ehrenamtlich in der GEW tätig. Er war nicht nur Kreisvorsitzender des GEW-Kreises Stuttgart, sondern auch langjähriger Vorsitzender der Landesfachgruppe Gymnasien. In diesen Funktionen und als Mitglied im Hauptpersonalrat Gymnasien vertrat er in schwierigen Zeiten unter dem damaligen Kultusminister Mayer-Vorfelder sehr erfolgreich die Interessen der gymnasialen Kolleg*innen. Hermann begleitete dabei auch vom Berufsverbot bedrohte Kolleg*innen ins Oberschulamt.

Er behielt bei seiner Arbeit aber immer auch das Ganze im Blick, so war er ein Gegner des G8 und ein Verfechter der Schule für alle. Als Bezirksvorsitzender der GEW Nordwürttemberg hatte er die Lehrkräfte an allen Schularten im Blick und setzte sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im Bildungsbereich Tätigen ein. Mit Umsicht hat er den Erwerb der aktuellen

Landesgeschäftsstelle vorbereitet. Hermann gestaltete „seine“ GEW maßgeblich mit. Mit seinem Wirken hat er in der GEW viele Spuren hinterlassen.

Nach seinem Ruhestand war Hermann langjähriger Vorsitzender bzw. stellv. Vorsitzender des Württembergischen Lehrervereins und somit bis 2020 im Aufsichtsrat der Löchnerhaus GmbH aktiv. Er nahm aber auch nach wie vor aktiv am Geschehen in der GEW teil, so unterstützte er weiterhin regelmäßig die Warnstreiks der Kolleg*innen. Der Kontakt zu „seiner“ GEW war ihm sehr wichtig und er blieb uns ein wichtiger Gesprächspartner.

Wir behalten Hermann in dankbarer Erinnerung und vermissen ihn sehr. **█**

Martin Hettler

Bezirksvorsitzender GEW Nordwürttemberg

JUGENDWEBSITE

„An allem schuld – Wie Antisemitismus funktioniert“



Foto: www.an-allem-schuld.de

www.an-allem-schuld.de

Das Internet ist nicht nur eine der primären Informationsquellen von Jugendlichen, sondern auch ein zentraler Ort der Verbreitung von Antisemitismus. Antisemitische Inhalte sind längst nicht mehr nur auf obskure Ecken des Netzes beschränkt, sondern haben Einzug in Bereiche des alltäglichen Online-Konsums gefunden. Dies wurde nach dem 7. Oktober besonders deutlich, als soziale Medien und Plattformen wie TikTok mit antisemitischen Inhalten überschwemmt wurden, die in den Feeds der meist jungen Nutzer*innen auftauchten. Die Menge

solcher Inhalte führt zu Gewöhnungseffekten, wodurch Judenfeindschaft als etwas Normales erscheint, das oft weder reflektiert noch kritisch hinterfragt wird. Angesichts dieses Befunds ist es besonders wichtig, dass Jugendliche im Internet Gegenangebote finden, die ihnen in jugendgerechter Form verlässliche Informationen zum Thema Antisemitismus bieten. Die Website „An allem schuld – Wie Antisemitismus funktioniert“ (www.an-allem-schuld.de) ist eine solche Anlaufstelle: Sie bietet einen leicht zugänglichen Einstieg in das komplexe Themenfeld. Jugendliche und junge Erwachsene können sich hier eigenständig und selbstbestimmt mit aktuellem Antisemitismus sowie mit Aspekten der Vielfalt des Judentums und des jüdischen Lebens auseinandersetzen.

Auf der Website finden sich Erklärfilme, Interview-Clips, Audio-Elemente, Quizformate und weitere digitale Tools. Unterschiedliche Zugänge und Komplexitätsniveaus machen das Angebot

für Jugendliche mit ganz verschiedenen Erkenntnisinteressen und Vorkenntnissen attraktiv. Inhaltlich bietet „An allem schuld“ eine umfassende Aufklärung über ideologische Grundlagen, Verbreitung und Funktionen des Antisemitismus. Gleichzeitig werden die Nutzer*innen dazu angeregt, ihre eigenen Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten zu reflektieren. Ein wichtiges Anliegen des Online-Angebots ist es zudem, selbstbestimmte jüdische Perspektiven in ihrer Pluralität sichtbar zu machen. Denn ein realitätsnaher Einblick in die Vielfalt von Judentum und jüdischem Leben heute trägt zur Irritation klischeehafter Vorstellungen bei.

Für Pädagog*innen gibt es einen gesonderten Bereich mit Handreichungen und Anregungen für den Einsatz des Materials in der eigenen Bildungsarbeit. **█**

Caterina Zwilling

Bildung in Widerspruch e. V.

AB STEUERERKLÄRUNG 2023

Homeoffice-Pauschale anstatt Arbeitszimmer

Foto: deposit.com / Leonid lastrenskiy

Ab 2023 können Lehrkräfte bei ihrer Steuererklärung anstatt eines Arbeitszimmers eine Home-Office-Pauschale geltend machen. Die neue steuerliche Regelung ist eine Vereinfachung und für viele Lehrkräfte eine Verbesserung. Ab dem 01.01.2023 können Lehrkräfte, die an der Schule keinen eigenen Arbeitsplatz mit Schreibtisch und Bücherregal haben (das Klassenzimmer oder der Tischanteil im Lehrerzimmer zählen dabei nicht als eigener Arbeitsplatz), für jeden Tag, an dem sie zu Hause arbeiten bzw. neben dem Unterricht auch noch zuhause arbeiten, eine Tagespauschale von 6 Euro für bis zu 210 Arbeitstage absetzen. Maximal können also 1.260 Euro jährlich abgesetzt werden.

Dabei ist es unerheblich, ob sie zuhause ein Arbeitszimmer haben oder z.B. an einem Küchentisch oder an einer kleinen Arbeitsecke arbeiten. Die Kosten müssen auch nicht mehr erhoben und gegenüber dem Finanzamt nachgewiesen werden. Da Lehrkräfte auch in der unterrichtsfreien Zeit ihren Unterricht vor- und nachbereiten bzw. viele Korrekturen vornehmen, können sie 210 Arbeitstage und damit den Maximalbetrag von 1.260 Euro erreichen. An den

Tagen, an denen sie auch unterrichten oder an Besprechungen / Konferenzen usw. teilnehmen, können sie zusätzlich auch noch die Entfernungspauschale in Anspruch nehmen.

Regelung bis zur Steuererklärung 2022:

Lehrkräfte, die bis einschließlich 2022 ein Arbeitszimmer steuerlich absetzen wollten, benötigten dazu einen abgeschlossenen Raum, der zu 90 Prozent beruflich genutzt wurde. Die Kosten dafür mussten nachgewiesen werden und waren auf höchstens 1.250 Euro jährlich beschränkt.

Tipp: Sollte das Finanzamt das Arbeitszimmer bereits abgelehnt haben, so legen Sie innerhalb von 28 Tagen Widerspruch gegen den Einkommensteuerbescheid ein und beantragen Sie anstatt eines Arbeitszimmers die Anerkennung der Home-Office-Pauschale in Höhe von 1.260 Euro. Sollten Sie nicht das ganze Jahr im Schuldienst beschäftigt gewesen sein, so verringert sich die Pauschale pro Tag um 6 Euro oder monatlich um 105 Euro. ■

Kurt Wiedemann

INFOS FÜR SCHULLEITUNGEN

Aushang- und Auslagepflichten

Aushangpflichtige Gesetze 2024 – Sonderausgabe für die GEW, Broschüre, 124 Seiten, 12,50 Euro, plus Versandkosten. PDF-Datei, 8,50 Euro

Jeder Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, zahlreiche Arbeitsschutzvorschriften im Betrieb zur Einsichtnahme auszulegen oder auszuhängen. Hierzu gehören das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Mutterschutzgesetz, das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Arbeitszeitgesetz sowie Auszüge aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Arbeitsgerichts-gesetz. Ferner sind die Unfallverhütungsvorschriften zugänglich zu machen (§ 12 der Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“). Diese Verpflichtungen gelten auch im Schulbereich.

Sonderausgabe der GEW für Schulen

Damit Schulleitungen ihre Pflicht erfüllen können, bietet die GEW über den Süddeutschen Pädagogischen Verlag (SPV) allen Schulen die aushangpflichtigen Gesetze als Sonderausgabe für Schulen an. (Broschüre oder Download-Version als PDF). Wer das PDF im Intranet der Schule bereitstellt, ersetzt die Aushangpflicht. Weitere Informationen stehen im GEW-Jahrbuch 2024 auf Seite 26. ■

b&w**Aushangpflichtige Gesetze bestellen:**

service@verlag-weinmann.com

Unsere Jubilare

75. GEBURTSTAG

Christine Grab,
Schönau, * 27.02.1949

Monika Mielke,
Durbach, * 01.08.1949

Walter Heilmann,
Edingen-Neckarhausen,
* 01.08.1949

Dietmar Greisiger,
Pforzheim, * 02.08.1949

Richard Reschl,
Stuttgart, * 03.08.1949

Renate Reinhard,
Tübingen, * 03.08.1949

Leonie Menzel,
Stuttgart, * 04.08.1949

Herbert Wahl,
Freiburg, * 04.08.1949

Hans-Jürgen Merker,
Nanzdietschweiler,
* 05.08.1949

Irmtraud Nowak,
Pforzheim, * 05.08.1949

Lilo Reichert-Seibold,
Heilbronn, * 06.08.1949

Christa Friedrich,
Hüfingen, * 06.08.1949

Susanne Drees-Meier,
Wendlingen, * 07.08.1949

Georg Gerneth,
Karlsruhe, * 08.08.1949

Barbara Junge-Heupel,
Brigachtal, * 09.08.1949

Werner Schmoll,
Baden-Baden, * 09.08.1949

Bärbel Knorpp,
Wüstenrot, * 10.08.1949

Bärbel Heller-Seyfert,
Geislingen, * 10.08.1949

Wolfgang Hetzel,
Sasbach, * 10.08.1949

Angelika Schill,
Albbruck-Unteralpfen,
* 10.08.1949

Roman Andres,
Elztal, * 10.08.1949

Wolfgang Gerstenlauer,
Asselfingen, * 10.08.1949

Gisela Zander,
Freiburg, * 10.08.1949

Mathilde Gombert,
Freiburg, * 11.08.1949

Günther Zelzer,
Lahr, * 11.08.1949

Wilhelm Kirchgessner,
Buchen, * 11.08.1949

Uschi Kuhn,
Karlsruhe, * 12.08.1949

Helmut Schmitt,
Pforzheim, * 13.08.1949

Lothar Hainke,
Schorndorf, * 13.08.1949

Klaus Kaltenbach,
Sinsheim, * 14.08.1949

Franz Schmälzle,
Sasbach, * 14.08.1949

Ute Gressel,
Karlsruhe, * 14.08.1949

Melitta Petschow,
Ettlingen, * 18.08.1949

Angelika Munniger,
Fellbach, * 18.08.1949

Gabriele Römmele,
Karlsruhe, * 19.08.1949

Elisabeth Kramer,
Oberkochen, * 20.08.1949

Helmine Haug,
Mannheim, * 20.08.1949

Hildegard Plattner,
Dettenhausen, * 20.08.1949

Rolf Rath,
Sinsheim, * 20.08.1949

Karl-Heinz Paulsen,
Fellbach, * 20.08.1949

Eckhard Wurm,
Reutlingen, * 21.08.1949

Dieter Ziegler,
Reutlingen, * 22.08.1949

Gerhard Weiler,
Schriesheim, * 23.08.1949

Margot Schmelz,
Bad Mergentheim,
* 23.08.1949

Monika Hintner,
Ostfildern, * 24.08.1949

Gabriele Darvich,
Bad Krozingen, * 26.08.1949

Hermann Pöschko,
Schriesheim, * 26.08.1949

Ilse Kopper,
Bad Mergentheim,
* 26.08.1949

Jutta Kunberger,
Welzheim, * 27.08.1949

Barbara Schaudé-Güney,
Würzburg, * 27.08.1949

Günther Bosslet,
Karlsbad, * 27.08.1949

Brigitte Wuttke,
Remshalden, * 28.08.1949

Maria-Katharina Burger,
Filderstadt, * 28.08.1949

Ingeborg Lambinet,
Rheinmünster, * 31.08.1949

Gabriele Meyer-Bott,
Rottenburg, * 31.08.1949

Thomas Müller,
Rheinfelden, * 01.09.1949

Brigitte Lang,
Freiberg, * 01.09.1949

Werner Frech,
Oberkirch, * 01.09.1949

Manfred Daur,
Blaubeuren, * 03.09.1949

Alois Landwehr,
Niedernhall, * 03.09.1949

Eva Wagner,
Ludwigsburg, * 04.09.1949

Ursel Brik,
Stuttgart, * 04.09.1949

Gustav Schneider,
Mannheim, * 05.09.1949

Ute Beuth-Bauermeister,
Plankstadt, * 06.09.1949

Ines Thiel-Müller,
Tiefenbronn, * 06.09.1949

Bernd Heinowski,
Donauessingen, * 06.09.1949

Walter Wälder,
Albstadt, * 07.09.1949

Viktor Lüpertz,
Oberried, * 07.09.1949

Claudia Zander-Neubacher,
Allensbach, * 07.09.1949

Monika Oberschmidt-Spiess,
Konstanz, * 08.09.1949

Martin Saradeth,
Besigheim, * 08.09.1949

Nikita Hartmann,
Waldkirch, * 09.09.1949

Rolf Preissing,
Bad Buchau, * 10.09.1949

Gerhard Scherer,
Blumberg, * 10.09.1949

Jutta Nassal-Halder,
Königsfeld, * 10.09.1949

Gabriele Geigele-Blosl,
Empfingen, * 10.09.1949

Heinz-Willi Bernhardt,
Achern, * 11.09.1949

Ingrid Kirnberger,
Neuhausen, * 13.09.1949

Heinrike Margarete Wirsig,
Mönchweiler, * 13.09.1949

Albrecht Schnurr,
Schömberg, * 14.09.1949

Monika Ehrhardt,
Weinstadt, * 15.09.1949

Elfriede Brodt,
Kornwestheim, * 16.09.1949

Josef Scheipers,
Lörrach, * 18.09.1949

Edeltraud Gelb,
Hockenheim, * 19.09.1949

Hans-Joachim Schlipf,
Aalen, * 19.09.1949

Magdalene Maier-Petersen,
Tübingen, * 20.09.1949

Bernhard Tomczyk,
Albstadt, * 20.09.1949

Heinz Schwab,
Nattheim, * 21.09.1949

Wolfgang Hansmann,
Karlsruhe, * 22.09.1949

Angelika Scheffler,
Freiburg, * 22.09.1949

Erika Federer,
Elztal, * 23.09.1949

Erika Ostertag,
Esslingen, * 23.09.1949

Reinhard Stübner,
Sindelfingen, * 23.09.1949

Cornelia Nepraschek,
Dettenhausen, * 24.09.1949

Julie-Maria Sträß,
Winnenden, * 25.09.1949

Dietmar Lehmann-Schaukelberger,
Bad Liebenzell, * 25.09.1949

Ursula Schleger,
Kirchheim, * 25.09.1949

Marianne Schenek-Freier,
Böblingen, * 25.09.1949

Dorothee Jäger,
Freiburg, * 26.09.1949

Ursula Bretschneider,
Denzlingen, * 26.09.1949

Dietlinde Ziegler,
Korntal-Münchingen,
* 26.09.1949

Iris Schorn-Wisznewski,
Baden-Baden, * 26.09.1949

Ingrid Cronemeyer,
Villingen-Schwenningen,
* 27.09.1949

Renate Waegelein,
Mannheim, * 27.09.1949

Joachim Friedel,
Eschelbronn, * 28.09.1949
Maria Limbächer-Veit,
Pfullingen, * 28.09.1949
Norbert Reißer,
Ditzingen, * 29.09.1949
Thomas Küssner,
Plüderhausen, * 29.09.1949
Dagmar Lilie,
Karlsruhe, * 30.09.1949
Wilhelm Rojek,
Meckesheim, * 30.09.1949

80. GEBURTSTAG

Peter Mähn,
Schwetzigen, * 03.08.1944
Jobst Lehfeldt,
Mannheim, * 06.08.1944
Theo Düllmann,
Ulm, * 06.08.1944
Volker Schwender,
Buchen, * 07.08.1944
Klaus Häcker,
Stuttgart, * 07.08.1944
Ursula Kappenberger,
Rastatt, * 07.08.1944
Hans-Peter Nusser,
Emmendingen, * 09.08.1944
Danielle Desenfant,
Aspach, * 10.08.1944
Manfred Of,
Mannheim, * 10.08.1944
Johann Mencz,
Lauffen, * 11.08.1944
Wolfgang Rathgeb,
Laupheim, * 12.08.1944
Verena Bierer,
Besigheim, * 13.08.1944
Volker Krafft,
Freudenstadt, * 13.08.1944
Helmut Wagner,
Rottenburg, * 15.08.1944
Gunter Spannagel,
Buchen, * 16.08.1944
Birgit Urban,
Singen, * 16.08.1944
Traute Voigt-Lambert,
Rheinau, * 17.08.1944
Irene Wetzell,
Pforzheim, * 17.08.1944
Birgit Walter,
Neuhausen, * 19.08.1944
Torsten Wünsch,
Oberkirch, * 20.08.1944

Günther Webler,
Wissembourg / Weiler,
* 24.08.1944
Susanne Wagner,
Waldenburg, * 25.08.1944
Frank Osterlow,
Karlsruhe, * 25.08.1944
Helga Eisert,
Bretzfeld, * 26.08.1944
Fred Binder,
Tübingen, * 26.08.1944
Annerose Enger,
Konstanz, * 27.08.1944
Uli Wenmakers,
Tübingen, * 27.08.1944
Elsbeth Weichert,
Ulm, * 28.08.1944
Ulf Diethard Fischer,
Tübingen, * 01.09.1944
Klaus Bieg,
Lichtenwald, * 02.09.1944
Hans-Joerg Schwandt,
Nellingen, * 03.09.1944
Edeltraud Hoffmann,
Stuttgart, * 06.09.1944
Elisabeth Stille,
Deggingen, * 06.09.1944
Irene Nowak,
Ilfsfeld, * 06.09.1944
Alfred Latty,
Billigheim, * 08.09.1944
Elisabeth Jost-Glück,
Mannheim, * 10.09.1944
Jutta-Ulrike Witsch,
Schöneberg,
Freiburg, * 11.09.1944
Reiner Weigand,
Stuttgart, * 11.09.1944
Martin Albert Müller,
Gaiberg, * 11.09.1944
Helga Rumpel,
Friedrichshafen, * 12.09.1944
Gerd Hornung,
Mühlacker, * 12.09.1944
Christine Athing,
Ettlingen, * 14.09.1944
Hildburg Pitz,
Eppingen, * 14.09.1944
Hannelore Mitter,
Uhingen, * 15.09.1944
Liesel Volz,
Stuttgart, * 16.09.1944
Dietlinde Bialluch,
Crailsheim, * 17.09.1944

Karl-Otto Mayer,
Edingen-Neckarh., * 17.09.1944
Gisela Birke,
Pfronten, * 18.09.1944
Heinz Kellner,
Wertheim, * 18.09.1944
Ute Jost,
Karlsbad, * 18.09.1944
Rupert Hildenbrand,
Konstanz, * 19.09.1944
Helmut Göschel,
Sinsheim, * 19.09.1944
Gerlinde Holzwarth,
Aalen, * 20.09.1944
Dagmar Burkhardt,
Waldshut-Tiengen,
* 20.09.1944
Ulrich G. Speck,
Freiburg, * 21.09.1944
Wolfgang Geiger,
Tübingen, * 22.09.1944
Ulrich Scholz,
Oftersheim, * 23.09.1944
Barbara Grünschoß-Bucher,
Stuttgart, * 24.09.1944
Bernhard Blank,
Esslingen, * 25.09.1944
Bernd Ullrich,
Hechingen, * 25.09.1944
Albert Gerstetter,
Michelbach, * 25.09.1944
Barbara Pflugfelder-Mössner,
Winnenden, * 25.09.1944
Manfred Arnold,
Mössingen, * 26.09.1944
Karin Scruton,
Reutlingen, * 30.09.1944

85. GEBURTSTAG

Georg Rudroff,
Weikersheim, * 02.08.1939
Elisabeth Linz,
Rottweil, * 04.08.1939
Klaus Brand,
Villingen-Schw. * 05.08.1939
Peter Schiebold,
Creglingen, * 11.08.1939
Hannelore Süß,
Brühl, * 15.08.1939
Christa Heller,
Birkenau, * 15.08.1939
Gerhard Reister,
Pforzheim, * 18.08.1939
Bodo Klein,
Möckmühl, * 22.08.1939

Manfred Münzner,
Bad Wimpfen, * 25.08.1939
Hildegard Schweizer,
Tübingen, * 26.08.1939
Anne Rose Knapp,
Lautenbach, * 26.08.1939
Dietrich Siebörger,
Königsfeld, * 28.08.1939
Bernd Mudrow,
Schwetzigen, * 31.08.1939
Ulrich Widmann,
Riedlingen, * 01.09.1939
Rolf Brenner,
Stuttgart, * 07.09.1939
Maria Elisabeth
Kütemen-Gökmen,
Bretten, * 09.09.1939
Burkhard Sachs,
Freiburg i. Br., * 14.09.1939
Ingrid Jambor,
Rastatt, * 14.09.1939
Mathilde Kapp,
Ulm, * 24.09.1939
Ellenore Häffner,
Mainhardt, * 25.09.1939
Elsa Binder,
Geislingen/Steige, * 25.09.1939
Joachim Grams,
Balingen, * 26.09.1939
Dieter Lang,
Königsbach-Stein,
* 26.09.1939
Bärbel Liegle,
Rottenburg, * 27.09.1939
Helfried Lüft,
Bad Mergentheim, * 27.09.1939
Anne Vorderwülbecke,
Schwetzigen, * 30.09.1939

90. GEBURTSTAG

Rolf Nowitzki,
Waiblingen, * 01.08.1934
Werner Wolfspurger,
Rheinfelden, * 09.08.1934
Edgar Schöbel,
Besigheim, * 13.08.1934
Elfriede Schäfer,
Konstanz, * 14.08.1934
Gerhard Bengel,
Reutlingen, * 23.08.1934
Gerd Wittko,
Freiburg, * 01.09.1934
Fritz Neuweiler,
Knittlingen, * 04.09.1934

Unsere Jubilare

Herbert Kuhn,
Lörrach, * 19.09.1934
Katharina Frank,
Weil am Rhein,
* 20.09.1934
Gertrude Wagner,
Herrenberg, * 22.09.1934
Franz Brunn,
Walldürn, * 28.09.1934

91. GEBURTSTAG
Ursula Siegle,
Nürtingen, * 04.08.1933
Guenter Schmitt,
Eppingen, * 13.08.1933
Roswitha Rothmund,
Straubenhardt-Schwann,
* 14.08.1933
Günther Klebahn,
Rimbach-Zell,
* 30.08.1933

Willi Thauer,
Schwäbisch Gmünd,
* 30.08.1933
Therese Prunkl,
Sinsheim, * 23.09.1933

92. GEBURTSTAG
Erika Bettmann,
Freiburg, * 05.08.1932
Helmut Fritz,
Schwäbisch Hall,
* 01.09.1932

93. GEBURTSTAG
Anna Maria Holeczek,
Freiburg, * 26.08.1931
Doris Schober,
Asperg, * 11.09.1931

94. GEBURTSTAG
Edith Döppert,
Bisingen, * 13.08.1930
Rainer Maurer,
Fellbach, * 09.09.1930

95. GEBURTSTAG
Elisabeth Rückert,
Deißlingen, * 15.08.1929
Gertrud Hartmann,
Reutlingen, * 19.08.1929

99. GEBURTSTAG
Walter Kappl,
Mosbach, * 07.09.1925

105. GEBURTSTAG
Heinrich Utta,
Pfalzgrafenweiler,
* 23.09.1919

Pforzheim/Enzkreis



Die Geerhten ab 45 Jahren Mitgliedschaft, ganz rechts Otto Eckert, der für 65 Jahre Treue zur GEW ganz besonders geehrt wurde.

Der GEW-Kreisverband Pforzheim/Enzkreis feierte Anfang Juni sein traditionelles Sommerfest in der Grundschule Eisingen. An diesem Abend stand vor allem die Ehrung langjähriger GEW-Mitglieder im Mittelpunkt.

Mit Stolz und Dankbarkeit wurden die zahlreich erschienenen Jubilare geehrt, die zum Teil seit 65 Jahren der Gewerkschaft treu verbunden sind. Sie haben sich für die Rechte der Beschäftigten in Bildung und Erziehung eingesetzt und sind wichtige Stützen der GEW-Gemeinschaft. In warmen und wertschätzenden Worten

führten die beiden Kreisvorsitzenden Dietrich Gerhards und Joachim Eichhorn durch den Abend.

Neben dem Unterhaltungsprogramm mit Liedern der GEW-Aktiven Caro und Manne kamen auch die kulinarischen Genüsse nicht zu kurz. In geselliger Runde konnten sich die GEW-Mitglieder austauschen, alte Kontakte pflegen, neue Kontakte knüpfen und den Abend in vollen Zügen genießen. ■

Joachim Eichhorn

DIE ARCHE
Helfen Sie, zu helfen!

Damit jedes Kind eine faire Chance bekommt.

WER MACHT MICH SATT?

Jetzt für tägliches Mittagessen spenden!

www.kinderprojekt-arche.de
Die Arche Kinderstiftung Christl. Kinder- und Jugendwerk
IBAN DE82 3702 0500 0003 0301 00



Die Else-Mayer-Schule ist eine private Berufsfachschule, die an den sozialen Beschäftigungsträger Q-PRINTS&SERVICE gGMBH in Pforzheim angegliedert ist. Wir bilden zum/zur staatlich anerkannten Alltagsbetreuer*in aus und bieten ab September 2024 zusätzlich den 3-jährigen Ausbildungsgang zum/zur staatlich anerkannten sozialpädagogischen Assistent*in an.

Wir suchen AB SOFORT Lehrkräfte (m/w/d) 1. oder 2. Staatsexamen
 Fachrichtungen: Deutsch | Gemeinschaftskunde | Englisch | Religion

Die Anstellung erfolgt auf Honorarbasis. Referenznummer: Q2024-13

(Fach-)Lehrkräfte im Ausbildungsbereich Sozialpädagogische Assistenz

Referenznummer: Q2024-12

Für unseren neuen Ausbildungszweig suchen wir **ab September 2024** qualifiziertes, motiviertes und engagiertes Lehrpersonal für folgenden **Handlungsfelder**:

1. Kinder in ihrer Lebenswelt wahrnehmen und pädagogische Beziehungen zu ihnen entwickeln
2. Entwicklungs- und Bildungsprozesse begleiten + Gleichzeitig Klassenleitung des jeweiligen Kurses
3. Gruppen pädagogisch begleiten
4. Mit Eltern und Bezugspersonen zusammenarbeiten
5. Übergänge mitgestalten
6. Betreuungsmaßnahmen und Versorgungshandlungen ausführen

Und in folgenden Wahlpflichtfächern:

Musik - Kunst - Werken | Naturwissenschaften | Umwelt - Natur - Tiere

[Weitere Informationen zur Stelle finden Sie unter:](#)



Q-PRINTS & SERVICE

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung:

Nicole Bickel-Graci | personal@q-printsandservice.de | 07231 56603-570

Q-PRINTS&SERVICE gGMBH | Simmlerstraße 10 | 75172 Pforzheim | www.q-printsandservice.de

KONTEXT: WOCHENZEITUNG

ENTSCHEIDEND SIND
DIE, DIE WISSEN,
DASS EINE DEMOKRATIE
OHNE FREIE PRESSE
NICHT LEBT.

SIE SIND DAS HERZ VON
KONTEXT.

www.kontextwochenzeitung.de



Von hier an geht es aufwärts!

Die Klinik zeichnet sich aus durch ein intensives Behandlungs- und Psychotherapieangebot. Die Basis ist eine fundierte Einzeltherapie, ergänzt durch interessante Gruppentherapien, individuelles Sportcoaching und Restaurant-Genießerküche.

Unsere Indikationen: Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, psychosomatische Erkrankungen. Weitere Infos auf der Webseite.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

aufnahme@leisberg-klinik.de — www.leisberg-klinik.de

Unseren Toten zum Gedenken

**Gabriele Baumann-Rave,
Berufsschullehrerin**

* 27.03.1957 in Dingolfing (Bayern)
† 01.05.2024 in Dachsberg-Wittenschwand

Reinhart Baumgratz, Rektor

* 06.06.1947 in Stuttgart
† 16.06.2024 in Mainhardt

Birgit Berbig, Sozialpädagogin

* 03.12.1963 in Sigmaringen
† 08./09.05.2024 in Bodman-Ludwigshafen

Hermann Bertsch, Rektor

* 21.10.1939 in Welzheim
† zwischen 18./19.05.2024 in Münsingen

Margarete Billich-Hofmann, GHS-Lehrerin

* 13.08.1945 in Würzburg
† 13.05.2024 in Hockenheim

Jutta Choffat-Gleich, Fachoberlehrerin

* 27.12.1948 in Stuttgart
† 11.06.2024 in Winnenden

Gerhard Dürr, Berufsschullehrer

* 05.03.1928 in Nehren
† 21.04.2024 in Stuttgart

Gerda Fröscher, Oberlehrerin

* 10.06.1941 in Leutkirch/Allgäu
† 24.05.2024 in Reutlingen

Monika Hecking-Langner, GHS-Lehrerin

* 26.11.1968
† 15.06.2024

Klaus Hetzel, Sonderschullehrer

* 17.10.1945 in Bremen
† 15.04.2024 in Schwäbisch Gmünd

Anita Hönl, Oberlehrerin

* 24.03.1925 in Singen (Hohentwiel)
† 15.06.2024 in Singen (Hohentwiel)

Herwig Janicek, Oberstudienrat

* 16.09.1942 in Urspitz
† 11.06.2024 in Stuttgart

Heinz-Jürgen Kauffeldt, GHS-Lehrer

* 07.07.1952 in Stuttgart
† 28.05.2024 in Stuttgart

Hans Jürgen Krause, GHS-Lehrer

* 05.11.1940
† 20.05.2024

Wolfgang Linde, GHS-Lehrer

* 10.11.1952 in Geislingen/Steige
† 01.06.2024 in Böbingen/Rems

Dr. Helge Loos, Gymnasiallehrer

* 01.07.1955 in Nellingen a. d. Fildern
† zwischen 20.06. und 24.06.2024

Gerhard Nagel, Konrektor

* 02.10.1931 in Ammerbuch (Breitenholz)
† 14.06.2024 in Hechingen

Herbert Schäfer, Rektor

* 07.09.1938 in Rottweil/Neckar
† 22.05.2024 in Meßstetten

Roland Schifferdecker, GHS-Lehrer

* 29.01.1940 in Heidelberg
† 05.06.2024 in Öhringen

Peter Stäbler, GHS-Lehrer

* 04.10.1939 in Stuttgart
† 03.06.2024 in Heilbronn

Christa Swatosch-Lips, GHS-Lehrerin

* 21.12.1940 in Pforzheim
† 11.06.2024 in Mutlangen

Hartmut Thamm, GHS-Lehrer

* 30.08.1965
† 15.06.2024

**Ingrid Tschauer-Kruschinski,
GHS-Lehrerin**

* 27.10.1942 in Breslau, Niederschlesien
† 16.06.2024 in Freiburg

**Hermann Wilhelm, Oberstudienrat /
ehem. Bezirksvorsitzender
von Nordwürttemberg**

* 07.05.1936 in Heilbronn
† 04.06.2024 in Stuttgart

Uschi Wolpert-Schmidt, GHS-Lehrerin

* 19.09.1958
† 20.06.2024

Wer nicht genannt werden soll, bitte bei der Todesnachricht mit angeben. Oder per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder per Fax (0711 21030-65) mitteilen.

Konstanz

Foto: Alfred Heim



Langjährige GEW-Mitglieder aus dem Kreis Konstanz

Zahlreiche Mitglieder im Ruhestand (MiR) kamen Anfang Juni zur Jubilarehrung 2024 nach Stockach-Wahlwies ins „Winkelstüble“. Hans-Georg Pannwitz, GEW-Kreisvorsitzender, berichtete zuerst über die erfreulichen Ergebnisse der Personalratswahlen 2024, bevor er die einzelnen Ehrungen vornahm. Besondere Würdigung verdienten Toni Störk für 65 Jahre, sowie das Ehepaar Isolde und Günther Kregeloh für je 57 Jahre GEW-Mitgliedschaft.

Mit einem Blumengruß von der Reichenau dankte Hans-Georg darüber hinaus den Aktiven in der Gruppe der MiR für ihren Gratulationsservice an die Mitglieder bei runden Geburtstagen, aber auch für die Organisation jährlicher Veranstaltungen, wie den anstehenden Museumsbesuch „1300 Jahre Insel Reichenau“ im Archäologischen Landesmuseum (ALM) in Konstanz. ■

Alfred Heim

Lesebrief



06 / 2024

S. 8 – 11:

„Mit Rückenwind geht die Arbeit weiter“ Zu wenig Unterstützung aus der GEW für SBBZ

In Bezug auf den Artikel zu den Personalratswahlen 2024 sprang mir bei der Auflistung der Ergebnisse sofort ins Auge, dass die Wahlbeteiligung an den Grund-, Haupt-, Werkreal-, Gemeinschaftsschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (GHWRGS) im Verhältnis zu den anderen Schularten sehr niedrig war.

Ich frage mich, ob seitens der GEW Ursachenforschung dazu betrieben wurde bzw. wird. Meinerseits kann ich dazu sagen, dass ich mich – aus einem gewissen Maß der Resignation heraus – zum ersten Mal nicht an dieser Wahl beteiligt habe. Leider muss ich sagen, dass ich mich – und ich weiß, dass ich im Namen vieler Kolleg*innen spreche - in meinen 32 Jahren Dienstzeit als Fachlehrerin an einem SBBZ-Gen, noch nie so alleine gelassen gefühlt habe. Für mich ist nicht erkennbar, dass die GEW sich aktiv mit den konkreten Schwierigkeiten an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren auseinandersetzt und die Kolleg*innen unterstützt und stärkt.

Birgit Schneck

Termine

GEW

AK Lesbenpolitik

Unser nächstes Treffen findet am

> **Freitag, 06.09.2024**, 16:45 – 19:15 Uhr

in der Landesgeschäftsstelle,
Silberstraße 7a in Stuttgart statt.
lesbenpolitik@gew-bw.de

GEW-Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **Mittwoch, 07.08.2024**, 14:30 Uhr

Sommerfest

Traditionell im Holzgerlinger
Naturfreundehaus. Kaffee und Kuchen,
Gespräche, Spazierengehen,
Boulespielen ... und Abendessen.

Anmeldung bei Margot Littwin:

margot.littwin@gew-bw.de

Veranstalter: GEW-MiR Kreis Böblingen

Stuttgart

> **Mittwoch 19.09.2024**, 17:00 – 19:00 Uhr

Einladung zur Mitgliederversammlung des GEW-Kreises Stuttgart

Ort: Aula der Max-Eyth-Schule,
Fritz-Elsas-Straße 29, 70174 Stuttgart

Referentin: Landesvorsitzende Monika Stein
zu bildungspolitischen Themen

Weitere Tagesordnungspunkte:

- Wahl des Kreisvorstands
- Wahl der Delegierten zu den
LFG- und LPG-Versammlungen 2024
- Wahl der Delegierten zur LDV 2025

Aktion Jugendschutz (ajs)

Swipe, Like, Post: Social Media verstehen und junge Menschen begleiten

Online-Seminarreihe 2024

> **Mittwoch, 19.09.2024**

#safe: Jugendmedienschutz in Social Media

Social Media haben einen großen Einfluss auf verschiedenste Lebensbereiche junger Menschen. Die Online-Seminarreihe gibt pädagogischen Fachkräften die Möglichkeit, aktuelle Social-Media-Plattformen näher kennenzulernen und sich mit den vielfältigen Dimensionen von Social Media auseinanderzusetzen, sowie sich über die pädagogischen Möglichkeiten sozialer Medien auszutauschen.

www.ajs-bw.de/social-media.html



Im Juli 2024 erhält den **LesePeter**

das Sachbuch (ab 8 Jahren) von

Cliff Gofford und Gosia Herba

Geniale Power-Pflanzen

E.A.SEEMANN, Leipzig 2024

80 Seiten, 23,00 €

Ausführliche Rezension unter:

www.ajum.de (LesePeter)

Suche Lehrkraft für

Hausunterricht Gymnasium

Wir benötigen Hausunterricht für unsere Tochter Rubi, Schülerin an einem Gymnasium (Klasse 6/7) in Stuttgart-Ost. Sie ist seit Herbst 2023 an einer schweren Form von Long Covid (ME/CFS) erkrankt. Ihre Aufmerksamkeitsspanne pro Tag liegt bei 15 bis 60 Minuten.

Als Lehrkraft kommen infrage:

*Pensionäre*innen, Lehrkräfte in Pause, Referendar*innen (auch andere Schularten). Ziel ist, in den Hauptfächern (E, F, D, M) das Wichtigste zu vermitteln. Ein Mix aus Präsenz und Online ist denkbar.*

Kontakt: Judith Schuler und Valentin Betz

E-Mail: judith.schuler@gmx.net

Telefon: 0177/3073335

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlicher Redakteur: Michael Hirn
Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggle
Regelmäßige Mitarbeiter*innen: Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler
Koordination GEW-Design: Evi Maziol
Layout: Virginia Scaldavilla
Schlusskorrektur: Frank Osterlow

Anschrift der Redaktion:
 b&w, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon: 0711 21030-36,
 E-Mail: b+w@gew-bw.de

Beilage: „Die Unterrichtspraxis“ erscheint 8-mal im Jahr.
Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig
 E-Mail: up@gew-bw.de

Verlag mit Anzeigenverwaltung:
 Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),
 Silberstraße 7A, 70176 Stuttgart,
 Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,
 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

Geschäftsführung:
 Hans Maziol, Monika Stein
Verantwortlich für Anzeigen:
 Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de
Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats
 b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich
 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag.
 Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW.
 Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

Druck: GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim
Druckauflage: 50.000 Exemplare (3. Quartal 2024)
 Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:
 Nr. 09/2024 am 20.09.2024,
 Redaktionsschluss: 19.08.2024
 Nr. 10/2024 am 25.10.2024,
 Redaktionsschluss: 16.09.2024
 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw
 Dieses Heft wurde am 17.07.2024 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37
 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Die inspirierende Geschichte eines Lehrers...



Bei den Projekten mit seinen Schüler*innen wurde Lehrer Johann Alexandrow mehrfach mit zum Teil bundesweiten Preisen ausgezeichnet. Allerdings ist Johann Alexandrow von Geburt an Autist. Die Diagnose erhielt er erst am Ende seiner 37-jährigen erfolgreichen Karriere als Lehrer.

Wie er es geschafft hat, trotz seines anders verdrahteten Gehirns eine gute und kreative Lehrkraft zu werden, erschließt sich in diesem Buch.



Jetzt im Buchhandel
 oder direkt scannen



**Lehrer mit Asperger:
 Cool, kompetent, anders**
 22 Tipps für Lehrkräfte
 von Johann Alexandrow
 Paperback, 160 Seiten, 978-3-944970-43-1
 EPUB 978-3-944970-44-8
 EUR 12,90

süddeutscher
 pädagogischer
 verlag **spv.**

Für Lehrkräfte, Lehramtsstudierende, Schulleitungen, Eltern

Untentbehrliche Ratgeber



Goerlich/Rux
GEW Jahrbuch 2024
 für Lehrkräfte
 43. Auflage
 – Standardausgabe –
 2024, 1064 S., 27 €
 (Mitglieder 15 €)
 – Sonderausgabe für Berufliche
 Schulen –
 2024, 1400 S., 27 €
 (Mitglieder 15 €)
 Jeweils auch als E-Book



Goerlich/Rux
**Konferenzen in der
 Schule.**
**Mehr Rechte, als wir
 ahnen**
 Ratgeber zur Verbesserung der
 innerschulischen Kommunikation
 2024, 44 S., 12,90 €
 (Mitglieder 9,90 €)
 Auch als E-Book



Goerlich
50plus
**Alternativen zur Vollzeit
 bis 67**
 2. Auflage
 2024, 24 S., 8 €
 (Mitglieder 5 €)



Goerlich/Rux
55plus
**Ruhestand und
 Vorsorge**
 10. Auflage
 2023, 164 S., 20 €
 (Mitglieder 12 €)



Goerlich/Rux
Eltern-Jahrbuch
2024
 Für das Schuljahr 2024/2025
 23. Auflage
 2024, ca. 552 S., 22,90 €
 PLUS (inkl. E-Book) 28,90 €



GEW Baden-Württemberg
**Schul- und
 Beamtenrecht 2024**
 Reader für alle Schularten
 12. Auflage
 2024, ca. 76 S., 11,90 €
 (Mitglieder 7,90 €)

Erhältlich ab
 2. September 2024

Erhältlich ab
 Mitte Juli 2024

Bestell gleich jetzt:



www.spv-s.de

Alle genannten Preise inkl. MwSt.

Buch- Autor*innen



Du hast eine Idee für eine Publikation oder bereits eine Arbeit mit viel Leidenschaft geschrieben?

Dann bist du beim Süddeutschen Pädagogischen Verlag genau an der richtigen Adresse. Gleich, ob es sich um eine wissenschaftliche Arbeit handelt oder um ein Sach-, Fachbuch oder einen Ratgeber. Profitiere von einem sorgfältigen Lektorat mit einer permanenten persönlichen Betreuung und einer hochwertigen Herstellung.

Mit deinem Buch bei uns vermittelst du dein Wissen und deine Expertise einem breiten, interessierten Publikum im Bildungswesen.

Wir beraten dich gerne:

Süddeutscher Pädagogischer Verlag
 Silcherstr. 7a · 70176 Stuttgart
 stefan.beck@spv-s.de · Tel.: 0711/21030-771

süddeutscher
 pädagogischer
 verlag **spv.**



Illustration: imago